

Preussische Allgemeine



Nr. 10 · 11. März 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Folgen einer Zeitenwende

Die deutsche Sicherheitspolitik und die Neuausrichtung der Bundeswehr im Zuge des russisch-ukrainischen Kriegs **Seiten 2 und 3**



Kirche Wie der russische Angriff die ukrainische Orthodoxie eint **Seite 6**



Prozess Muss sich Wladimir Putin vor Gericht verantworten? **Seite 8**

AUFGEFALLEN

Das Glück des Olaf Scholz

Der März hätte ein äußerst unangenehmer Monat für den Bundeskanzler werden können. In seiner Titelgeschichte „Das Kartenhaus. Olaf Scholz, der Cum-Ex-Skandal und die Warburg-Bank“ hatte das Magazin „Cicero“ noch einmal die zweifelhafte Rolle des damaligen Ersten Bürgermeisters von Hamburg in einem der größten Finanzskandale der deutschen Geschichte beleuchtet.

Im Wesentlichen ging es dabei um Scholz' Rolle bei dem umstrittenen Verzicht auf eine Rückzahlung von 47 Millionen Euro durch die Hamburger Privatbank M.M. Warburg an die Stadt Hamburg 2016 und danach. Mit akribischen Recherchen unterlegt kamen die „Cicero“-Autoren in ihrer Geschichte zu dem Ergebnis, dass Scholz in der Causa Warburg nicht nur „mehrfach wichtige Dinge verschweigen“, sondern „auch gelogen“ hat.

Einen ultimativen Nachweis einer Lüge, der zwingend zu einem Rücktritt des Kanzlers hätte führen müssen, konnten die Kollegen zwar nicht vorlegen, doch hätte die Geschichte in normalen Zeiten für Scholz zweifelsohne zu weiteren unangenehmen Nachfragen durch die Medien und Vertreter der Opposition geführt.

Doch dann brach Ende Februar in der Ukraine der Krieg aus – und der Bundeskanzler verkündete (durchaus zu Recht) im Bundestag eine Zeitenwende, für die er alle Fraktionen des Hauses zur Geschlossenheit aufrief. In solchen Momenten interessiert sich niemand mehr für die kleinen Sünden der Vergangenheit. Pech für den „Cicero“, Glück für Scholz. *neh*

GESELLSCHAFT

Tiefere Erkenntnisse aus einem unerwarteten Krieg

Der Krieg im Osten ist für die Europäer nicht nur ein sicherheitspolitischer Weckruf, sondern auch eine Mahnung zur Rückbesinnung auf ihre eigenen Fundamente

VON RENÉ NEHRING

Kriege sind die schrecklichen Wegmarken der Geschichte. In ihnen gehen alte Reiche zu Grunde und entstehen neue Herrschaften. Sie erschüttern tradierte Gewissheiten und fördern revolutionäre Erkenntnisse. Fast immer sind Kriege auch Beschleuniger des Fortschritts, zumindest des technischen. Ob sie bei allem Leid für die Betroffenen auch einen gesellschaftlichen Fortschritt bringen, hängt von den jeweiligen Umständen ab. In jedem Fall sind Kriege immer auch Lehrmeister der Geschichte.

Dies gilt auch für den derzeit in der Ukraine tobenden Konflikt. Neben der grundlegenden Erkenntnis, dass bewaffnete Kämpfe keineswegs nur noch in rückständigeren Regionen der Welt möglich sind, sondern auch im sich lange Zeit der Geschichte entrückwärtigen Europa, bringt der russisch-ukrainische Krieg wieder Haltungen zum Vorschein, die in der durch Materialismus, Hedonismus und Individualismus geprägten Welt des Westens längst als überwunden galten.

Da sind einerseits die Motive des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Während in Westeuropa und Nordamerika zuletzt viel darüber sinniert wurde, ob Nationen und Grenzen in der einen Welt unserer Tage überhaupt noch zeitgemäß sind, schrieb Putin diverse Abhandlungen

über sein Verständnis der jüngeren europäischen Geschichte, darunter im Jahre 2020 einen Aufsatz über den Zweiten Weltkrieg und einen Essay „über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“ im vergangenen Jahr. Dass ein europäischer Herrscher im 21. Jahrhundert aus historischen Motiven heraus einen Angriffskrieg führt, um ein anderes Land zu erobern, lag in der an materialistischen Interessen orientierten westlichen Gesellschaft außerhalb des Denkbaren.

Auch die Haltung der Ukrainer ist im Westen keinesfalls mehr selbstverständlich. Als am 24. Februar die Nachricht vom russischen Angriff um die Welt ging, äußerte die Mehrheit der Kommentatoren in Berlin und Paris, Brüssel und Washington umgehend, dass die Ukraine dem kaum etwas entgegensetzen könne und binnen kurzer Zeit verloren sei. Dass eine Nation trotz scheinbar aussichtsloser Lage tapfer ihren Widerstand organisieren könnte, dass Männer ihre Frauen und Kinder zuerst in Sicherheit bringen, um anschlie-

ßend ihr Land gegen einen äußeren Invasoren zu verteidigen, kam vielen vermeintlichen Experten noch nicht einmal in den Sinn. In den Berichten aus Kiew, Irpin, Charkiw und andernorts waren in den letzten Tagen immer wieder Ukrainer zu hören, die erklärten, notfalls für ihr Vaterland sterben zu wollen. Wann hat es das zuletzt bei uns gegeben?

Der russisch-ukrainische Krieg lehrt somit schon jetzt, dass ideelle Motive und Haltungen, die über materielle Interessen weit hinausgehen, auch heute noch keinesfalls nur Folklore sind, sondern direkten Einfluss auf das Handeln politischer Akteure haben. Für den Westen folgt daraus, dass er sich dringend seiner eigenen Wurzeln vergewissern sollte. Viel zu oft in den vergangenen Jahren wurden Freiheit und Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Selbstverständlichkeiten angesehen – die Grundlagen dafür, die eigene Geschichte und Kultur, das Christentum und das Erbe der Aufklärung, jedoch sträflich vernachlässigt.

Insofern ist der Krieg im Osten für die Europäer im Westen nicht nur ein sicherheitspolitischer Weckruf, sondern auch eine grundlegende Mahnung, sich wieder stärker auf die Fundamente ihrer eigenen Gesellschaft, ihres Wohlstands und ihrer Sicherheit zu besinnen. Sollte dieser Ruf ungehört verhallen, werden sie blank dastehen, wenn die Stürme der Zeit auch über sie hereinbrechen.

Dass eine Nation tapfer Widerstand leisten könnte, kam vielen im Westen nicht in den Sinn

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Folgen des Ukraine-Kriegs für die Wirtschaftsbeziehungen nach Osten **Seite 7**

Kultur

Das Günter-Grass-Haus in Lübeck hat eine neue Dauerausstellung **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Die alte Reichsbrücke in Königsberg soll erhalten bleiben **Seite 13**

Lebensstil

Die von der Regierung geplante Freigabe von Cannabis bleibt umstritten **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Rückbesinnung auf den Kernauftrag

Stell dir vor, es gibt Krieg, und du hast keine Armee: Als Reaktion auf den russischen Angriff gegen die Ukraine kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitenwende auch für die Bundeswehr an. Doch wie soll diese aussehen?

VON HARALD KUJAT

Der russische Angriff auf die Ukraine hat das Sicherheitsgefühl der Deutschen und ihrer führenden Politiker massiv erschüttert. Noch vor wenigen Wochen, ja Tagen, als der Krieg noch nicht ausgebrochen war, hatte es die Bundesregierung abgelehnt, sich in der Ukraine-Krise mit Waffenlieferungen zu engagieren – und war dafür im In- und Ausland als unentschlossen und zögerlich kritisiert worden. Grund für die deutsche Haltung war die Absicht, nicht zu einer Eskalation beizutragen. Obwohl die Ukraine nicht Mitglied der NATO ist, wurden sogar Zweifel an der Bündnissolidarität Deutschlands geäußert.

Dem hat Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Sondersitzung des Bundestages zum Ukraine-Krieg am 27. Februar mit einer aufsehenerregenden Rede ein Ende gesetzt. Der Bundeskanzler sprach mit Blick auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine von einer Zeitenwende. Und in der Tat bedeuten die als Reaktion auf den Angriff angekündigten Maßnahmen nicht weniger als eine 180-Grad-Wende der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Facetten eines Richtungswechsels

Seither beliefert Deutschland die Ukraine in ihrem Verteidigungskampf mit Waffen. Der Bundeskanzler erklärte sich bereit, die Herausforderung anzunehmen, die aus dem Risiko einer Ausweitung des Krieges entstehen könnte, indem Deutschland wieder zu einem wehrhaften Verbündeten in der Nordatlantischen Allianz wird. Im Kern geht es darum, die Bundeswehr wieder zur Landes- und Bündnisverteidigung zu befähigen.

Offenbar hat der Ukraine-Krieg nicht nur der Regierungskoalition, sondern auch der CDU/CSU, die bisher Verantwortung für Deutschlands Sicherheit trug, die Augen dafür geöffnet, dass die Bundeswehr keinen angemessenen Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung leisten könnte, sollte aus dem Krieg in der Ukraine ein Krieg um die Ukraine, ein europäischer Krieg, werden.

Als Maßstab für die künftige Ausrichtung der Bundeswehr bezeichnete der Bundeskanzler die militärischen Fähigkeiten, die notwendig sind, um einer Bedrohung durch Russland zu begegnen. Man muss einschränkend hinzufügen, dass dies nicht absolut gemeint sein kann, sondern als deutscher Beitrag zu einer gemeinsamen Verteidigung Europas durch die NATO zu verstehen ist. Es bedeutet jedoch, dass Deutschland künftig Verantwortung für die eigene Sicherheit und die unserer Verbündeten in einer Weise übernehmen wird, die der Größe und der Wirtschaftskraft unseres Landes angemessen ist. Deutschland wächst damit auch ein größerer Einfluss auf die Sicherheitspolitik und die Strategie der Nordatlantischen Allianz zu. Ob die deutsche Politik dieser Herausforderung gewachsen ist, wird sich schon bald zeigen, denn im Juni soll das neue strategische Konzept der Allianz beschlossen werden.

Ursachen der derzeitigen Notlage

Laut Bundeskanzler soll die Bundeswehr eine „bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal“ erhalten. Die sicherheitspolitischen und geostrategischen Herausforderungen zwingen dazu, Aufgaben, Fähigkeiten und Mittel wieder in Einklang zu bringen. Die dafür erforderlichen finanziellen Voraussetzungen wird die Bundesregierung schaffen. Bereits 2022 wird der Bundeshaushalt einmalig mit einem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro ausgestattet, um die dringend notwendigen Investitionen und Rüstungsvorhaben zu realisieren. Außerdem sollen ab sofort jedes Jahr mehr als zwei Prozent



Lange vernachlässigt und nun wieder gefordert: Fähigkeiten zur klassischen Landes- und Bündnisverteidigung

des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung investiert werden. Damit wird das NATO-Ziel erfüllt, zu dem sich die Bundesregierung 2014, 2016 und 2018 verpflichtet hat.

Der jetzige desolate Zustand der Truppe ist in erster Linie eine Folge der Bundeswehrreform 2011. Nachdem der Anteil der Wehrpflichtigen aus finanziellen Gründen Jahr für Jahr reduziert wurde, ist die Wehrpflicht aus Gründen der Wehrgerechtigkeit ausgesetzt, *de facto* abgeschafft worden. Im gleichen Jahr wurde mit der sogenannten Neuausrichtung der Bundeswehr ein einschneidender Richtungswechsel vollzogen: vom Verfassungsauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung zu Auslandseinsätzen. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 27. Mai 2011 heißt es: „Eine unmittelbare territoriale Bedrohung Deutschlands mit konventionellen militärischen Mitteln ist unverändert unwahrscheinlich ... Die wahrscheinlichen Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung bestimmen die Grundzüge der neuen Struktur der Bundeswehr.“

Diesem konzeptionellen Ansatz lag das Missverständnis zugrunde, die sicherheitspolitischen und geostrategischen Rahmenbedingungen blieben unverändert stabil. Tatsächlich deutete sich schon 2008 durch den russisch-georgischen Krieg eine Änderung an. Und 2014, noch bevor die Reform vollständig umgesetzt war, hatte sich die Sicherheitslage in Europa durch die russische Annexion der Krim grundlegend geändert. Der durch die Verfassung gesetzte Kernauftrag der Bundeswehr – Landes- und Bündnisverteidigung gemäß Artikel 87a und 24 (2) – ist jedoch unveränderbar und verbindlich für jede Bundesregierung, unabhängig davon, wie sie die jeweilige außen- und sicherheitspolitische Lage beurteilt. Deshalb ist die damalige Neuausrichtung der Bundeswehr nicht nur außen- und sicherheitspolitisch, sondern auch verfassungsrechtlich kritisch zu beurteilen – während der sich nun abzeichnende Weg eine Rückbesinnung auf einen Kernauftrag unserer Verfassung bedeutet.

Zur Landes- und Bündnisverteidigung fähige und einsatzbereite Streitkräfte können auch für die Konfliktverhütung und Krisenbewältigung eingesetzt werden – umgekehrt ist das nicht der Fall. Ein weiterer Aspekt, der für die Fokussierung auf die Landes- und

Bündnisverteidigung spricht, ist die unterschiedliche Ausgangslage. Die Entscheidung, ob, in welchem Umfang und in welchem multinationalen Rahmen der Bundestag auf Antrag der Bundesregierung einen Einsatz zur Konfliktverhütung oder Krisenbewältigung billigt, wird von den nationalen Interessen Deutschlands bestimmt. Dagegen wird die Entscheidung über den Verteidigungsfall vom Aggressor durch seinen Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität Deutschlands oder eines Verbündeten getroffen.

Akute Herausforderungen

Obwohl sich die außen- und sicherheitspolitische Lage seit 2014 ständig weiter verschlechterte, wurde in den letzten Jahren keine ernsthafte Kurskorrektur vorgenommen, sondern lediglich der Eindruck einer Umsteuerung durch populistische „Trendwenden“ erweckt. Deshalb ist die Bundeswehr heute nicht in der Lage, einen angemessenen Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung zu leisten. Zu Recht hat der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, kürzlich knapp und treffend formuliert: „Die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da.“

Die Bundeswehr muss sich nun einer zweifachen Herausforderung stellen. Zum einen müssen die seit Jahren bestehenden Materiallücken geschlossen werden, insbesondere, um die Fähigkeit zur Teilnahme an Einsätzen der NATO-Response Force zu verbessern und den deutschen Beitrag zu erhöhen. Dazu gehört vorrangig die persönliche Ausrüstung und im Grunde alles, was kurzfristig verfügbar gemacht werden kann, um die Einsatzbereitschaft zu verbessern. Allein für die Auffüllung der Munitionsbestände auf die Höhe der NATO-Forderungen werden fast 20 Milliarden benötigt. Dazu müssen die Beschaffungsverfahren nicht erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Das Beschaffungswesen ist oft gerändert worden, weil die politisch Verantwortlichen um dessen Fallstricke wussten und sie vermeiden wollten, was häufig nicht zur Vereinfachung und Beschleunigung beitrug. Bewährt hatte sich die Einrichtung eines Rüstungsrates unter Leitung des Generalinspektors, weil Fähigkeits- und Rüstungsplanung in einer Hand zusammenliefen. Der Rüstungsrat wurde von einer Integrierten

Der durch die Verfassung gesetzte Kernauftrag der Bundeswehr – nämlich Landes- und Bündnisverteidigung – ist unveränderbar und verbindlich für jede Bundesregierung, unabhängig davon, wie sie die jeweilige außen- und sicherheitspolitische Lage beurteilt

Arbeitsgruppe Fähigkeitsanalyse (IAGFA) unterstützt, die als Kompetenzzentrum alle mit Fähigkeits- und Rüstungsplanung befassten Bereiche des Ministeriums integrierte.

Strategische Fähigkeiten

Die zweite, größere Herausforderung ist eine umfassende Reform der Struktur der Streitkräfte, des Personalumfangs, der Ausrüstung sowie der Bewaffnung und Ausbildung mit dem Ziel, die Bundeswehr wieder zur Erfüllung ihres verfassungsmäßigen Auftrags der Landes- und Bündnisverteidigung zu befähigen. Die von den Koalitionsparteien vereinbarte nationale Sicherheitsstrategie sowie die daraus abgeleiteten neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien und die entsprechende Bundeswehrkonzeption bilden die konzeptionelle Grundlage der Bundeswehrreform.

Ein entscheidender Schritt zu aufgabengerechten, leistungsfähigen Streitkräften sind strukturelle Veränderungen, um die Kampfverbände durch schwere und mittlere Kräfte zu verstärken und strategische Fähigkeiten wiederherzustellen, die wie beispielsweise die Heeresflugabwehr und die Marineflieger im Zuge der Neuausrichtung 2011 aufgegeben wurden. Verstärkt werden sollten die strategische Aufklärungs- und Verlegfähigkeit sowie die Schaffung weiterer Fähigkeiten durch neue Technologien. Die neue Streitkräftestruktur muss aufwuchsfähig konzipiert werden, damit Reservisten reibungslos in ihre Stammverbände integriert werden können und der Verteidigungsumfang durch Reserveverbände erhöht werden kann. Dazu sollte eine leistungsfähige Territorialstruktur für den Heimatschutz und die Unterstützung der alliierten Verbände in der Verbindungzone geschaffen werden.

Wehrpflicht und Beschaffungsvorhaben

Es ist absehbar, dass die erforderliche Erhöhung des Personals um mindestens zehn Prozent über den bisher angestrebten Personalumfang erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird. Erwartungsgemäß hat deshalb auch bereits eine Diskussion über die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eine allgemeine Dienstpflicht eingesetzt. Immerhin hat die Wehrpflicht dazu beigetragen, dass die Bundeswehr ihren Regenerationsbedarf an Freiwilligen zu mehr als 50 Prozent aus dem Wehrpflichtaufkommen decken konnte. Ob die Wehrpflicht politisch und gesellschaftlich unterstützt wird, ist jedoch zweifelhaft, zumal dann, wenn nicht weitgehende Wehrgerechtigkeit erreicht wird.

Der Bundeskanzler hat in seiner Bundestagsrede bereits konkrete Beschaffungsvorhaben genannt. Dazu gehören die bewaffnete Drohne, das Kampfflugzeug F-35 als Tornado-Nachfolger ebenso wie die Entwicklungsprojekte der nächsten Generation Kampfflugzeuge, Kampfpanzer und die Eurodrohne. Dringend erforderlich ist auch die Beschaffung eines schweren Transporthubschraubers. Das Heer wartet auf den Schützenpanzer Puma, denn der Bedarf der Truppe ist gegenwärtig nur zu fünfzig Prozent gedeckt. Außerdem braucht das Heer einen modernen Kampfhubschrauber, und der Marine fehlen vor allem Fregatten, Korvetten und U-Boote.

Es bleibt zu hoffen, dass die politische und gesellschaftliche Unterstützung der neuen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auch nach dem hoffentlich bald endenden Krieg Bestand hat. Denn eine neue europäische Sicherheits- und Friedensordnung zu schaffen, bleibt die große Herausforderung der Zukunft. Die Möglichkeiten, diese auch im deutschen Interesse mitzugestalten, sind erheblich gewachsen.

● **General a.D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr sowie von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

Ende eines Wachkomas

Für die deutsche Sicherheitspolitik bedeutet der Krieg in der Ukraine das Ende einer langen Ignoranz von Realitäten und der Vernachlässigung ihrer Armee. Was die Bundeswehr nun braucht – und welche Einsichten den Deutschen noch bevorstehen

VON JOSEF KRAUS

Erlauben wir uns ein gewagtes Gedankenspiel: Wie würde die Ukraine angesichts des Überfalls Wladimir Putins dastehen, hätte sie nicht ihre jetzige Streitmacht, sondern eine Armee, die materiell und personell ein Abbild der Bundeswehr wäre? Wäre die Ukraine besser gerüstet, die eigene Bevölkerung zu verteidigen und das eigene Land von dem Aggressor zu befreien?

Fest steht: Die Bundeswehr als Streitmacht des bevölkerungs- und wirtschafts-stärksten Landes Mittel- und Westeuropas ist keine starke Streitmacht. Selbst der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, kam wenige Stunden nach Putins Überfall im Netzwerk „LinkedIn“ zu einem vernichtenden Urteil: „... die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da ... Die Optionen, die wir der Politik zur Unterstützung des Bündnisses anbieten können, sind extrem limitiert ... Wir haben es alle kommen sehen und waren nicht in der Lage, mit unseren Argumenten durchzudringen, die Folgerungen aus der Krim-Annexion zu ziehen und umzusetzen ... Ich bin angefahren!“ Respekt, Herr General, solche Stimmen hätten wir häufiger gebraucht. Denn bislang herrschte in der Bundeswehr ein weit verbreitetes Schweigen der mehr als zweihundert Generale/Admirale.

Kontinuierlicher Niedergang

Ja, die Bundeswehr ist „mehr oder weniger blank“. Wer es wissen wollte, der konnte es wissen. Nehmen wir als Maßstab die Truppenstärke. Sie wurde in der Ära Kohl von 487.000 Soldaten im Jahre 1989 bis Ende 1998 auf 331.000 abgebaut. Nicht mitgerechnet ist die Auflösung der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR mit ihren rund 155.000 Angehörigen. Die Regierung Schröder baute die Bundeswehr auf 252.000 Mann ab. Dann folgten 16 Jahre Merkel, in denen die Bundeswehr auf zuletzt 183.000 Soldaten (2021) dezimiert wurde.

Parallel zum Abbau der Truppenstärke entwickelte sich auch die Einsatzfähigkeit der sogenannten Hauptwaffensysteme. Aktuelle Folge: Die Bundesregierung verweigerte der Ukraine zunächst militärische Hilfe. Aus Gründen des „Nie wieder“, aber wohl auch deshalb, weil sie erst einmal Bilanz ziehen musste, was sie denn überhaupt liefern konnte. Außer 5000 Stahlhelmen und einem Feldlazarett nichts? Kiew Oberbürgermeister Klitschko fragte pikiert, wann 5000 Kopfkissen kämen. Tatsächlich kann die Bundeswehr kaum Einsatzfähiges liefern. Großgerät ohnehin nicht. Immerhin sind mittlerweile folgende Lieferungen zustande gekommen: 1000 Stück „Panzerfaust 3“, 500 Stück Boden-Luft-Raketen des Typs „Stinger“ und 2700 Stück „Strela“-Flugabwehrraketen. Letztere haben es in sich: „Strela“ (russisch für „Pfeil“) stammen aus russischer Produktion und waren im Bestand der NVA. In der Bundeswehr sind sie seit 2012 für eine Nutzung gesperrt, weil rund ein Drittel gefährliche Haarrisse aufweist.

Wie aber schaut es generell mit der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr aus? Im „14. Rüstungsbericht“ des Generalinspektors vom 13. Januar 2022 heißt es geschönt: „Die Bundeswehr ist in der Lage, ihre Aufgaben kurzfristig, flexibel und gemeinsam mit unseren Verbündeten innerhalb sowie auch außerhalb Deutschlands zu erfüllen.“ Die Probleme werden dann auf insgesamt 119 Seiten beschrieben: „Die materielle Einsatzbereitschaft aller 71 Hauptwaffensysteme hat sich im Berichtszeitraum insgesamt verstetigt und in einigen Bereichen leicht verbessert. Sie liegt mit durchschnittlich 77 Prozent geringfügig über den 76 Prozent aus dem letzten Bericht. Unsere Zielgröße von 70 Prozent durchschnittlicher materieller Einsatzbereitschaft



Mangelhaft gerüstet: Für die Kriege der Zukunft fehlt der Bundeswehr neben der Ausstattung auch das Personal

übertrafen hierbei 38 Hauptwaffensysteme, 11 lagen unter 50 Prozent ... Die durchschnittliche materielle Einsatzbereitschaft von Kampffahrzeugen lag bei 71 Prozent, für Kampfeinheiten der Marine bei 72 Prozent, für die Kampf- und Transportflugzeuge bei 65 Prozent, für alle Unterstützungsfahrzeuge (Logistik, Sanität und CIR) bei 82 Prozent und bei den Hubschraubern weiterhin bei 40 Prozent.“ Der Gesamtbestand des Kampfpanzers Leopard 2 umfasst 289 Panzer, verfügbar sind 183 – das sind gerade einmal 64 Prozent. Bis hinein in die 1990er Jahre hatte die Bundeswehr übrigens 2800 Leo-Panzer. Einsatzprobleme gibt es auch beim Schützenpanzer Puma. Von den 350 neu (!) angeschafften Panzern ist ein Drittel (noch) nicht einsatzfähig.

Aufgewacht aus dem Wachkoma?

Nun scheint Deutschland seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine aus einem Wachkoma aufgewacht. Wie lange dieser Wachzustand vorhält, wissen wir nicht. Immerhin lautet die regierungsamtliche Losung jetzt: Wir müssen der Bundeswehr mit 100 Milliarden „Sondervermögen“ (= neue Schulden) unter die Arme greifen. Und wir wollen die NATO-Vereinbarung erfüllen, ja übererfüllen, und mehr als zwei Prozent unseres Bruttosozialprodukts (BIP) für Verteidigung ausgeben.

Man vergesse darüber nicht: Nach 16 Jahren Merkel-Regierung mit fünf CDU/CSU-Verteidigungsministern brachte man es gerade eben auf einen BIP-Anteil von 1,57 Prozent und damit zu einem hinteren Platz im NATO-Ranking. Allerdings sind diese 1,57 Prozent dem Konjunkturerückgang durch die Corona-Krise geschuldet. Vor der Krise war eine Quote von 1,42 Prozent erwartet worden.

Von 2013 bis 2019 hatte die Kanzlerin eine Ministerin von der Leyen gut fünf Jahre als

Chefin installiert, die der Bundeswehr wegen marginaler Vorfälle ein „Haltungsproblem“ vorhielt, die Kitas in den Kasernen errichtete, Uniformen für schwangere Soldatinnen kaufen ließ und selbst in der Bundeswehr den Gender-Murks installierte, die 200 Millionen Euro für „Beraterdienste“ ausgab, die ein funktionsfähiges Gewehr einziehen ließ (165.000 Stück G36) und für all dies zur Präsidentin der EU-Kommission befördert wurde.

Was die Bundeswehr braucht

Erstens: Die Bundeswehr braucht sicher mehr Geld – für Fahrzeuge, Flugzeuge und Schiffe. Aber die Strukturen der Bundeswehr müssen so gestrafft werden, dass das Geld gezielt eingesetzt werden kann. Von den 100 Milliarden, die neu in die Bundeswehr fließen sollen, muss wohl die Hälfte in die Personalrekrutierung gehen. Denn die Bundeswehr hat Nachwuchsprobleme. Schließlich hatte das umstrittene Aussetzen der Wehrpflicht im Jahr 2011 zu einer Ausdünnung des Bewerberpools geführt. Aktuell sind jetzt schon rund 20.000 Dienstposten nicht besetzt, außerdem soll die Personalstärke von aktuell 183.000 bis 2025 auf 203.000 aufgestockt werden. Das gelingt nur, wenn der Dienst in der Truppe wieder attraktiver wird. Zudem muss die Bundeswehr Abschied nehmen von ihrer Kopflastigkeit. Es passt nicht zusammen, dass die deutsche Armee 1989 bei fast 500.000 Mann rund 200 Generale/Admirale hatte und jetzt bei 183.000 Mann ebenfalls mehr als 200 Generale/Admirale.

Zweitens: Kriege der Zukunft – teilweise jetzt schon – werden Hybrid-, Cyber- und Hyperkriege sein – nicht nur zu Lande, in der Luft und auf See, sondern auch im „Cyber-space“ und im Weltraum. Es wird zu einer „5-D-Kriegführung“ kommen, nämlich zu ei-

ner gleichzeitigen Nutzung von *Desinformation, Deception, Disruption, Destabilisierung, Destruction* und schließlich, als sechstes D, durch *Disease*, also absichtlich herbeigeführte Krankheiten. Hier geht es einem Feind darum, die IT-Infrastruktur eines Landes zu stören – beziehungsweise umgekehrt gegen solche Angriffe zu verteidigen. In der Bundeswehr wurde hierfür 2017 der „Organisationsbereich Cyber und Informationsraum“ (CIR) geschaffen. Die Bundeswehr ist dennoch für „Cyber“ unzureichend gerüstet. Es fehlt zudem an der Koordination mit dem Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (BSI), dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem Zivilschutz. Vor allem fehlt es an Fachleuten, weil diese auf dem freien Markt weitaus attraktiver entlohnt werden.

Drittens: Das sogenannte Beschaffungswesen ist mit fast 10.000 Beschäftigten im Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAINBw) in Koblenz und nachgeordneten Dienststellen angesiedelt. Dieses Amt ist zu schwerfällig, wie man an der eklatant mangelnden Ersatzteilbevorratung und an zu geringen Munitionsbeständen erkennt.

Viertens: Bisherige europäische, transnationale Rüstungsprojekte wurden zu „Never-ending Stories“ und zu Milliardengräbern. Der Kampfjet „Eurofighter“ (beteiligt: Spanien, Italien, Großbritannien, Deutschland) wurde ab 1986 geplant und 2004 in Dienst gestellt. Der Lufttransporter A400M wurde ab 1991 von sieben europäischen NATO-Ländern konzipiert. Die erste A400M-Maschine wurde 2014 an die Bundeswehr ausgeliefert. Und selbst danach ging lange Zeit nichts ohne Nachbesserungen und Pannen ab. Womit sich die Frage stellt: Setzt man auf neue europäische Gemeinschaftsprojekte, deren Realisierung endlos dauert, oder kauft man bewährte Systeme aus den USA, etwa den F-35 als Nachfolger des „Tornado“?

Bedeutung der Bündnisstrukturen

Und die NATO, wie ist ihr Zustand, hat sie eine Zukunft? Vor rund zwei Jahren zumindest erklärte sie der französische Staatspräsident Macron für „hinfällig“. Welch unvorsichtiges Wort, das natürlich bei einem Putin ankam! Dennoch: Die NATO bleibt unverzichtbar, und die USA müssen dabei das Rückgrat des Bündnisses bleiben. Die NATO ist seit Putins Überfall auf die Ukraine notwendiger denn je. Zugleich muss sich Europa – im Verein mit den USA – im wahren Sinn des Wortes rüsten. Nicht nur wegen des Krieges in der Ukraine, sondern wegen der baltischen Staaten, der Ostsee, des Nordmeeres sowie des Mittelmeerraums, wo Russland via Syrien, aber auch Terrorgruppen an Macht gewinnen. Selbst die bislang neutralen Staaten Finnland und Schweden sind aufgeschreckt und wollen womöglich Mitglied der NATO werden.

Das heißt: Wir brauchen ein Europa, das sich endlich seiner Sicherheit in einer alles andere als friedlichen Welt widmet und bei allen Lippenbekenntnissen zur transatlantischen Gemeinschaft aufhören muss, sich auf ewig auf die USA (und die dortigen Steuerzahler) zu verlassen. Europa muss zudem die aggressive wirtschaftliche und zugleich militärische Expansionspolitik Chinas in den Blick nehmen. Europa muss erkennen, dass die USA im Fernen Osten gebunden sein werden und dass die Amerikaner ihre europäischen Partner ohne deren eigene große Anstrengungen auf Dauer nicht werden verteidigen können.

● **Josef Kraus** war von 1991 bis 2014 Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministers der Verteidigung. Zusammen mit Richard Drexel veröffentlichte er 2019 „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine“ (Finanzbuch-Verlag, 2., vollständig überarbeitete Auflage 2021).

Schon jetzt sind rund 20.000 Dienstposten nicht besetzt, außerdem soll die Personalstärke von aktuell 183.000 bis 2025 auf 203.000 aufgestockt werden. Das gelingt nur, wenn der Dienst in der Truppe wieder attraktiver wird

● MELDUNGEN

Nur selten in Gewahrsam

Berlin – Die Klimaaktivisten des „Aufstands der letzten Generation“ haben für Ende März und Anfang April weitere Aktionen angekündigt. Wie die Initiative mitteilte, würden in wenigen Wochen, „hundert Menschen, die bereit sind, hohe Repressionen in Kauf zu nehmen“, mit dabei sein. Laut Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) wurden in der Hauptstadt bisher 214 Strafermittlungsverfahren gegen Autobahnblockierer eingeleitet. Bis Ende Februar hatte die Polizei davon lediglich ein Dutzend Ermittlungsvorgänge abgeschlossen und zur weiteren Strafverfolgung der Staatsanwaltschaft übergeben. Gerichte sollen laut der „Berliner Morgenpost“ nur in jedem zehnten Fall Anträgen der Polizei zur Gewahrsamsunterbringung von Autobahnblockierern gefolgt sein. Das Berliner Polizeigesetz erlaubt zur Verhinderung weiterer Straftaten einen Gewahrsam von bis zu 48 Stunden. *N.H.*

Cum Ex: Welle von Anzeigen

Köln/Wiesbaden – Dutzende von Banken in Deutschland, die in Strafverfahren um Cum-Ex-Aktiengeschäften verwickelt sind, haben Anzeigen wegen des Verdachts auf Geldwäsche erstattet. Nach Informationen des „Handelsblatts“ liegt bei einer Kölner Spezialeinheit des Zolls mittlerweile eine dreistellige Zahl solcher Anzeigen vor. Bei den Cum-Ex-Geschäften hatten Banken rund um den Dividendenstichtag auf eigene Rechnung oder für Kunden Aktien hin- und hergeschoben, um doppelte Steuererstattungen auszulösen. Laut dem „Handelsblatt“ sehen Ermittler die erfolgten Hinterziehungen von Kapitalertragsteuern als „taugliche Vortaten einer Geldwäsche“. Eine mutmaßliche Schlüsselfigur derartiger Aktiengeschäfte, der Steuerrechtsanwalt Hanno Berger, wird sich nach seiner kürzlichen Auslieferung aus der Schweiz einem Prozess in Wiesbaden stellen müssen. Die Staatsanwaltschaft wirft Berger vor, über Aktiengeschäfte falsche Bescheinigungen über 113,3 Millionen Euro nie gezahlter Kapitalertragsteuer einschließlich des Solidaritätsbeitrags erlangt zu haben. *N.H.*

Thüringen: AfD liegt vorn

Erfurt – Beim sogenannten Thüringentrend hat die AfD erstmals die Linkspartei, die mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten stellt, überflügelt. Laut einer am 24. Februar veröffentlichten repräsentativen Umfrage käme die Thüringer AfD auf 24 Prozent der Stimmen, wenn am Sonntag Landtagswahl wären. Für die Linkspartei ermittelte die Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des MDR Thüringen einen Zustimmungswert von 23 Prozent. Die Thüringer AfD hat gegenüber der letzten Umfrage von Infratest dimap im Juli um zwei Prozentpunkte zugelegt. Die Linkspartei verlor hingegen vier Punkte. Die Thüringer CDU verlor seit dem Juli 2021 zwei Prozentpunkte und kam bei der neuen Umfrage auf nur noch 19 Prozent. Wie auf der Bundesebene konnte die SPD auch in Thüringen zulegen. Infratest dimap ermittelte für die Thüringer SPD eine Zustimmung von 15 Prozent. *N.H.*



Parteifreunde, aber hinsichtlich eines Pflichtdienstes nicht dicht beieinander: Der Sprecher der Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Hellmich, und die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl

WEHRPFLICHT

Dienst für das Vaterland – für alle oder keinen?

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine bricht die Diskussion neu auf. Die Fronten gehen quer durch die politischen Lager

VON NORMAN HANERT

Die Aussetzung der Wehrpflicht vor einem knappen Dutzend Jahren durch den damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) war ein vergleichsweise leichtes Unterfangen. Die Rückkehr zur Wehrpflicht könnte sich als schwieriger herausstellen. Sowohl im Regierungslager als auch in der Union gibt es namhafte Gegner einer Wehrdienstpflicht. Sollte die Politik keine allgemeine Dienstpflicht für beide Geschlechter einführen, droht zudem Streit über die Geschlechtergerechtigkeit.

Dienstpflicht oder Wehrpflicht?

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine haben Politiker verschiedener

Parteien eine Debatte über ein verpflichtendes Dienstjahr für junge Menschen in Gang gebracht. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Carsten Linnemann warb in der „Bild“ für ein „Gesellschaftsjahr“. Das Dienstjahr soll sich laut Linnemann „verpflichtend an junge Männer und Frauen nach Beendigung ihrer Schulzeit“ richten und sich nicht nur auf die Bundeswehr beschränken. Als weitere Einsatzmöglichkeiten neben der Bundeswehr nannte Linnemann den Pflege- und Sozialbereich, das Technische Hilfswerk, die Feuerwehr und auch Vereine. Seinen Vorschlag für ein Gesellschaftsjahr begründete der stellvertretende CDU-Vorsitzende auch mit der Vermittlung sozialer Kompetenzen an die Jugendlichen. „Das würde die Krisenresilienz unserer Gesellschaft stärken“, so Linnemann.

Der Sprecher der Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Hellmich, mahnt: „Die Debatte über eine allgemeine Dienstpflicht müssen wir dringend führen.“ Das Mitglied des Förderkreises Deutsches Heer ergänzte: „Eine Dienstpflicht würde den Gemeinsinn fördern.“

Mit oder ohne Frauen?

Wie die Argumente für eine allgemeine Dienstpflicht kommen auch die dagegen parteiübergreifend sowohl aus dem Regierungslager als auch aus der Opposition. Ablehnend ist die Haltung von Markus Söder. Der CSU-Vorsitzende sagte, aus seiner Sicht ergebe weder eine Rückkehr zur Wehrpflicht noch eine allgemeine Dienstpflicht Sinn. Es sei verfassungs-

rechtlich schwierig, eine allgemeine Dienstpflicht umzusetzen, wenn viele Menschen bereits mit der Umsetzung einer Corona-Impfpflicht ein Problem hätten. Trotz der Warnungen vor einem Personalnotstand in Kliniken und Pflegeeinrichtungen während der Corona-Pandemie bezweifelte der Christsoziale, dass es genügend Aufgaben gibt, um alle jungen Menschen für ein Jahr zum Dienst zu zwingen.

Mit oder ohne Ausländer?

Saskia Esken moniert, über die Dienstpflicht sei „lange genug diskutiert“ worden. Aus Sicht der SPD-Vorsitzenden würde die Wiedereinführung der Wehrpflicht weder bei der Verbesserung des Zustands der Bundeswehr noch in der aktuellen Auseinandersetzung mit Russland helfen. Ebenso erteilte die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD), einer bloßen Reaktivierung der Wehrpflicht eine Absage.

Tatsächlich zielen in der aktuellen Diskussion die meisten Befürworter aus guten Gründen gar nicht auf eine Reaktivierung der Wehrpflicht ab, sondern auf eine allgemeine Dienstpflicht. Bereits vor der Aussetzung der Wehrpflicht war eine Gerechtigkeitsdiskussion im Zusammenhang mit der Wehrpflicht aufgenommen. Durch die Verkleinerung der Bundeswehr in den 90er Jahren und die zunehmende Zahl der aus gesundheitlichen Gründen Ausgemusterten, waren in den letzten Jahren vor der Aussetzung der Wehrpflicht überhaupt nur noch weniger als 15 Prozent eines Jahrganges einberufen worden. Diese konnten sich gegenüber den Altersgenossen, die nicht zum Wehrdienst herangezogen wurden, mit Recht benachteiligt fühlen. Angesichts ständiger Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit wäre heutzutage auch kaum noch vermittelbar, warum eine Dienstpflicht nur für männliche Jugendliche gelten sollte.

Mit oder ohne Doppelstaatler?

Zu rechnen ist bei einer allgemeinen Dienstpflicht allerdings mit einer anderen Gerechtigkeitsdiskussion. Die Massenzuwanderung nach Deutschland hat dazu geführt, dass hier lebende Heranwachsende immer öfter gar keine deutschen Staatsbürger sind oder aber zwei oder noch mehr Staatsangehörigkeiten haben. Ob diese Personen per Gesetz zu einem Dienstjahr für die deutsche Gesellschaft verpflichtet werden können, ist fraglich. Bleibt dieser Personenkreis bei der Dienstpflicht außen vor, müssten sich wiederum die jungen Deutschen benachteiligt fühlen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und sonst keine.

CORONA

Wer die Wahrheit ans Licht bringt, der fliegt

Die Zahl der Impfkomplicationen ist möglicherweise viel höher als vom Paul-Ehrlich-Institut eingeräumt

Aus einer im Fachmagazin „Cell“ publizierten Studie geht hervor, dass sich die für die Produktion des Spike-Proteins verantwortliche mRNA noch mindestens 60 Tage nach einer Impfung mit den Vakzinen von BioNTech/Pfizer und Moderna in den menschlichen Lymphknoten nachweisen lässt. Dies resultiert wahrscheinlich aus der schützenden Umhüllung der mRNA mit lipiden Nanopartikeln.

Von einem schnellen Abbau der mRNA im Bereich der Einstichstelle, wie ihn die Hersteller behaupten, kann also keine Rede sein. Vielmehr stimuliert die injizierte mRNA die Lymphknoten unablässig dazu, den Organismus mit weiteren Spike-Proteinen zu übersättigen, was einerseits zwar die Impfwirkung erhöhen, andererseits aber auch zu einer Überforderung des Immunsystems führen kann. Das er-

klärt dann wohl einen beträchtlichen Teil der Impfkomplicationen, die offenbar deutlich häufiger auftreten als das Paul-Ehrlich-Institut für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel (PEI) in seinen Statistiken vermeldet.

Auf diese Untererfassung seitens des PEI machte nun der langjährige Vorstandsvorsitzende der BKK ProVita, Andreas Schöfbeck, mit sehr konkreten Zahlen aufmerksam. Eine von ihm in Auftrag gegebene Überprüfung der ärztlichen Abrechnungsdaten für die rund elf Millionen Versicherten der Betriebskrankenkassen in der Bundesrepublik habe ergeben, dass es in den ersten sieben Monaten des Jahres 2021 zu 216.695 Arztbesuchen wegen Impfnebenwirkungen gekommen sei. Gegenüber 2019 und 2020 liege damit ein Anstieg um das 27-Fache vor, der nur

aus der Corona-Impfkampagne resultieren könne. Hochgerechnet auf die gesamte Zeit nach Beginn der Massenimpfungen und die komplette Bevölkerung der Bundesrepublik ging Schöfbeck von bis zu drei Millionen Menschen aus, die nach einer Impfung ärztliche Hilfe benötigten. Dies wären an die fünf Prozent der Geimpften.

Das PEI hat also möglicherweise weniger als ein Zehntel der aufgetretenen Komplikationen erfasst, denn es meldete für die Zeit von Januar bis Dezember 2021 lediglich 244.576 Verdachtsfälle in Deutschland in puncto Impfnebenwirkungen.

Die Reaktionen auf die Verlautbarungen von Schöfbeck reichten von Zustimmung seitens einiger Ärztevertreter über Desinteresse bis hin zu Häme. So unterstellte Dirk Heinrich, der Bundesvorsit-

zende des Verbandes der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte (Virchowbund), dem Krankenkassenchef „peinliches Unwissen oder hinterlistige Täuschungsabsicht“ und argwöhnte, Schöfbeck wolle mit seiner „undifferenzierten Schwurbellei“ wohl „vor allem Werbung in der impfkritischen Klientel machen“. Das Bundesgesundheitsministerium bezeichnete die ProVita-Analyse als „hochgradig unseriös“. Und das Wochenmagazin „Der Spiegel“ warnte: „Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie lieber nicht diese Krankenkasse.“

Die BKK ProVita verwahrte sich zunächst gegen solche „polemischen Äußerungen“, traf dann aber nach einer Sitzung des Verwaltungsrates die abrupte Entscheidung, Schöfbeck fristlos zu entlassen. *Wolfgang Kaufmann*

BERLIN UND DER KRIEG

Für echte Flüchtlinge wird es eng

Auch weil jahrelang ungeprüft Immigranten aufgenommen wurden, fehlt für Ukrainer nun der Platz

VON HERMANN MÜLLER

Offenbar auf die gesamte EU gemünzt verkündete Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) Ende Februar, Europa stehe „an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer, und wir werden alle aufnehmen“. Nur wenige Tage später wurde in Berlin sichtbar, was diese Ankündigung in der Realität bedeutet. Kurz nach dem Beginn des russischen Einmarschs hatte Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) erklärt, die Stadt richte sich darauf ein, zunächst 20.000 Menschen unterbringen zu müssen. Allein am 4. und 5. März kamen aber schon täglich 11.000 Kriegsflüchtlinge in Berlin an. Innerhalb von drei Tagen musste sich die Stadt sogar um die Versorgung und Unterbringung von rund 30.000 Ukrainern kümmern. Zum Vergleich: Bei der Immigrationswelle im Jahr 2015 lag das Tageshoch der in Berlin ankommenden bei rund 1000 Personen.

Mit jedem Zug, der am Berliner Hauptbahnhof aus Richtung Warschau einläuft, steigt nun die Zahl der ukrainischen Kriegsflüchtlinge weiter an. Am vergangenen Sonntag sah sich Giffey im ZDF-Morgenmagazin offenbar bereits zu der Aussage genötigt: „Es geht darum, nicht alle Sonderzüge und Busse in Berlin anlanden zu lassen.“

„Schafft sichere Häfen!“

Tatsächlich treffen die in Berlin ankommenden Ukrainer, laut Bundespolizei in der Mehrzahl Frauen und Kinder, auf Flüchtlingsunterkünfte, die bereits zu über 90 Prozent belegt sind. Um die Menschen überhaupt noch unterbringen zu können, greift der Senat inzwischen auf Unterkünfte im Berliner Umland zurück. Tausende Berliner haben zudem angeboten, geflüchtete Ukrainer bei sich aufzunehmen.

Die massive Fluchtwelle durch einen Krieg in Europa stellt für Berlin eine extreme Ausnahme-situation dar. Verschärfend wirken sich nun aber auch Fehlentwicklungen in der Asylpolitik der jüngsten Jahre aus. Die 83 Heime des Berliner Landesamtes für Flüchtlinge waren beispielsweise schon im vergangenen Jahr nahezu an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt.



Etliche Tausend jeden Tag: Ukrainische Flüchtlinge kommen am Berliner Hauptbahnhof an

Foto: imago images/Jens Schicke

Gleichzeitig trommelte aber der bis vergangenen Herbst regierende rot-rot-grüne Vorgängersenk im Rahmen der Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen!“ offensiv dafür, zusätzlich Immigranten aus anderen Ländern aufnehmen zu dürfen, die über das Mittelmeer in die EU eingereist sind. Rückendeckung erhielt der Senat dabei von Aktivisten, die unter der Parole „Wir haben Platz!“ ebenfalls die Aufnahme zusätzlicher Immigranten durchsetzen wollten.

Weitgehendes Schweigen herrschte dagegen beim Senat zum jahrelang andauernden Nichtfunktionieren des Dublin-Asylsystems. Nach den bestehenden Asylregeln der EU müsste die Mehrheit der Asylantragsteller in Deutschland eigentlich auf dem Weg nach Deutschland in einem anderen EU-Land zumindest registriert worden sein. Eigentlich ist laut den sogenannten Dublin-Regeln das erste EU-Land, das der Asylbewerber betritt, auch für dessen Asylantrag zuständig. Wie die „Welt am Sonntag“ unter Berufung auf

das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge berichtet, waren von Anfang 2021 bis Ende November 53 Prozent der Asylantragsteller in Deutschland jedoch nicht in der EU-Datenbank Eurodac gespeichert. Im Raum steht damit der Verdacht, dass andere EU-Länder in großem Umfang Immigranten einfach nach Deutschland durchgewinkt haben, anstatt selbst die Asylverfahren zu bearbeiten.

Dürfen bis zu drei Jahre bleiben

Fakt ist in jedem Fall, dass Deutschland im vergangenen Jahr mit großem Abstand wichtigster Zielstaat für Asylbewerber in der EU war. Berlin und Deutschland insgesamt werden sich darauf einrichten müssen, auch für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge eines der wichtigsten Ziele zu werden.

Die EU hat für die Menschen aus der Ukraine am 3. März erstmals eine sogenannte Massenzustrom-Richtlinie in Kraft gesetzt. Durch diese Regelung müssen die Ukrainer in keinem EU-Land ein

Asylverfahren durchlaufen, sie bekommen gleich ein direktes Aufenthaltsrecht. Statt verpflichtenden Verteilungsquoten für alle EU-Länder sieht die Richtlinie für die Flüchtlinge eine freie Wahl ihres Ziellandes vor. Die Bundesregierung erwägt laut einem Bericht von „Business Insider“ darüber hinaus noch weitere Erleichterungen für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge. Demzufolge will die Bundesregierung eine spezielle Regelung des Aufenthaltsgesetzes nutzen, um Ukrainern bis zu drei Jahre Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen.

Für die Flüchtlinge aus der Ukraine wäre dies zudem mit einer Arbeitslaubnis sowie dem Anrecht auf staatliche Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verbunden. Die Massenzustrom-Richtlinie der EU zusammen mit den Plänen der Ampelregierung könnten schnell für eine Sogwirkung sorgen, an der Versuche einer Verteilung der Kriegsflüchtlinge auf alle EU-Länder scheitern werden.

STADTGESTALTUNG

Ein Badeplatz am Schloss – oder nur eine Treppe?

Humboldt-Forum im Berliner Schloss: Über die Gestaltung des Umfelds wird leidenschaftlich gestritten

Schon seit zwanzig Jahren setzt sich der Verein „Flussbad Berlin e.V.“ für ein Sommerbad am Spreearm im Abschnitt zwischen dem Auswärtigem Amt und dem Bode-Museum ein. Das von einer Gruppe aus Architekten und Künstlern konzipierte Projekt sieht vor, den Spreekanal an der Fischerinsel in einen naturnahen Wasserlauf umzuwandeln und die Wasserqualität so weit zu verbessern, dass auf 830 Metern ein Baden im Spreewasser möglich wird.

Bei einem wichtigen Teilpunkt dieses „Flussbad-Projekts“, einer Freitreppe zur Spree vor dem Berliner Humboldt-Forum, deutet sich nun aber ein Rückschlag an. Nach den Plänen der Initiatoren sollte eine 38 Meter breite Treppe mit Sitzstufen auf der westlichen Seite des Humboldt-Forums von der sogenannten „Schlossfreiheit“ zum Spreekanal hinun-

terführen und das Baden ermöglichen. In unmittelbarer Nähe entsteht derzeit schon das „Freiheits- und Einheitsdenkmal“. Die Bauarbeiten an der „Einheitswippe“ kommen mittlerweile gut voran, sodass ein Eröffnungstermin zum 3. Oktober 2022 realistisch erscheint.

Baumängel an der Schlossfassade

Bei den Planungen für die Freitreppe zur Spree war dagegen bereits im vergangenen Herbst eine starke Kostensteigerung bekanntgeworden. Die Initiatoren hatten ursprünglich mit 4,7 Millionen Euro kalkuliert. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung war nach eigenen Berechnungen aber auf Kosten von 5,7 Millionen Euro gekommen. Obwohl der Berliner Senat im Dezember 2019 den Bau der Freitreppe am Schlossplatz beschlossen hatte, heißt es von der Senatsbauver-

waltung nun: „Wir sehen die Treppe wegen der enorm hohen Kosten kritisch.“

Bereits der vorangegangene Senat hatte Geld für das Projekt nicht freigegeben. Befürworter des deutschen Einheitsdenkmals in Berlin, darunter der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, stören sich generell an den Plänen für das Flussbad in unmittelbarer Nähe des Denkmals.

Vergangenes Jahr sagte Thierse etwa, dass die geplante Freitreppe für das Freibad, Fahrradständer und ein Aufzug die Sicht auf das Denkmal einschränken würden. „Wir haben nichts gegen ein Flussbad, aber an dieser Stelle ist es unpassend“, so der SPD-Politiker im Sommer vergangenen Jahres.

Hans-Dieter Hegner, Vorstand Bau der Stiftung Humboldt-Forum im Berliner Schloss, steht der Idee einer Frei-

treppe dagegen aufgeschlossen gegenüber. „Wir würden den Bau der Freitreppe unterstützen, die Menschen wollen nahe am Wasser sein.“ Der Schloss-Vorstand schränkte allerdings ein: „Wir wollen ans Wasser, aber nicht um jeden Preis rein.“

Am fast 700 Millionen Euro teuren Humboldt-Forum selbst haben die Sturmtiefs, die im Februar über die Hauptstadtregion hinweggezogen sind, Mängel an der Bauausführung der barocken Fassade zutage gefördert.

Über dem Portal des rekonstruierten Schlüterhofs ist fast ein halber Meter Putz heruntergefallen. Vermutet wird, dass Handwerker der seinerzeit zuständigen Baufirma die Anschlussstelle zwischen Putz und einem Beton-Fertigteile nicht ordentlich ausgeführt haben.

Norman Hanert

KOLUMNE

Böse Demos, gute Demos

VON THEO MAASS

Vor wenigen Tagen zählte Berlin eine sechsstellige Anzahl von Spaziergängern. Unbehelligt von Behördenaufgaben und sehr robust auftretender Polizei gingen die Bürger auf die Straße. Das ist der Durchbruch, dachte ich mir. Schluss mit den Verboten, die sich auf den Phantasien eines Jens Spahn (CDU) oder Karl Lauterbach (SPD) gründeten. Tief durchatmen. Die demokratischen Bürgerrechte sind wieder hergestellt.

Aber dann schaute ich auf die mitgeführten Plakate. Da stand nicht „Nein zur Impfpflicht“ oder „Schluss mit dem 2G-Unsinn“. Das sah anders aus. Ich setzte meine Brille auf und las: „Stop Putin“, und ein Aktivist forderte: „Ich bin so dreist und sage: Ich fordere Waffen!“ Na ja, dachte ich mir, von mir aus sollen sie fordern und skandieren. Aber warum werden „böse“ Demonstrationen verboten und „gute“ Demonstrationen erlaubt?

Wo bleiben die aufgeregten Drohungen eines Gesundheitsministers Karl Lauterbach? Wieso gibt es keine Warnungen von Lothar Heinz Wieler vom Robert-Koch-Institut? Der omnipotente Virologe Christian Drosten hätte doch wenigstens seine Prognose in Kamera und Mikrofon unterbringen können. Auch nichts. Hatte Lauterbach nicht verkündet, im März sei jeder geimpft, genesen oder gestorben?

Scheint es nur so, dass das ganze Corona-Theater angesichts des Krieges in der Ukraine ersatzlos aus dem Programm gestrichen wurde? Oder dürfen wir wieder spazieren gehen oder demonstrieren? Nee, natürlich nicht. Das geht nur, wenn es für die „gute Sache“ ist. Und was gut ist, bestimmen die Regierung und die Meinungsinstrumente. Bürgerrechte gelten eben nicht für alle Bürger.

MELDUNG

Partnerschaft soll bleiben

Berlin – Der CDU-Landesvorsitzende von Berlin, Kai Wegner, hat gefordert, die Kontakte der deutschen Hauptstadt zu den Moskauer Behörden auszusetzen. Die beiden Hauptstädte pflegen seit 1991 eine Städtepartnerschaft. Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) wies die Forderung der CDU jedoch zurück. Nach der Senatssitzung am Dienstag erklärte Giffey, der Krieg sei Putins Krieg und nicht der des russischen Volkes. Es wäre das falsche Signal, die Partnerschaft mit Moskau jetzt auszusetzen. Dabei verwies Giffey auf die Demonstranten, die in Moskau gegen den Angriff auf die Ukraine protestierten. Auch Prenzlau und Cottbus, die jeweils Städtepartnerschaften mit russischen Städten unterhalten, wollen weiter an diesen festhalten. Der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Stephan Keller (CDU), hatte seine Partnerschaft mit der russischen Hauptstadt als Reaktion auf den Krieg auf Eis gelegt. F.B.

● MELDUNGEN

Keine Zunahme der Stürme

Geesthacht – Es gibt nicht mehr Stürme als früher. So antwortete die Klimaforscherin Frauke Feser vom Institut für Küstensysteme – Analyse und Modellierung am Helmholtz-Zentrum Hereon in Geesthacht auf eine Anfrage des „National Geographic Magazin“. Anlass der Anfrage waren die beiden Orkane Ylenia und Zeynep, die vergangenen Monat kurz nacheinander über Mitteleuropa feigten. Zwei Stürme pro Woche seien aber durchaus keine Seltenheit, meint Feser. Derartige habe man in den letzten 140 Jahren schon oft beobachten können. Statt einer Zunahme, sei seit den 1990er Jahren vielmehr eine leichte Abnahme der Sturmaktivität wahrzunehmen. Im Winter herrsche nun einmal Sturmsaison wegen der größeren Temperaturunterschiede zwischen den Polen und der Äquatorregion. Der Blick auf das Sturmgesehen jenseits der Tropen zeige noch keinerlei erkennbare Auswirkungen des Klimawandels.

W.K.

Peking revanchiert sich

Peking – Nachdem Argentinien seine Bereitschaft erklärt hat, sich dem chinesischen Jahrhundertprojekt der „Neuen Seidenstraße“ beziehungsweise der Belt and Road Initiative anzuschließen, erhielt es umgehend Rückendeckung aus Peking für seine Ansprüche auf das im südlichen Atlantik liegende britische Überseegebiet, das die Briten Falkland Islands und die Argentinier Islas Malvinas nennen. Die Inselgruppe ist bereits seit 1833 ein Zankapfel zwischen Großbritannien und Argentinien. Im April 1982 kam es deswegen sogar zum Krieg, an dessen Ende die Militärjunta in Buenos Aires als Verlierer dastand. Dass China sich nun auf die Seite Argentiniens schlägt, resultiert wohl nicht nur aus der neuen wirtschaftlichen Allianz, sondern auch aus dem gegen die Volksrepublik gerichteten Militärbündnis AUKUS, das Australien, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten Mitte September vergangenen Jahres geschlossen haben. Darüber hinaus hat Argentinien vermutlich zugesagt, China im Streit um Taiwan zu unterstützen.

W.K.

Ungarns Ja zur NATO-Präsenz

Budapest – Erst wollte Ungarns Präsident Viktor Orbán keine NATO-Truppen in seinem Land sehen, doch angesichts des Kriegs in der Ukraine hat er der Präsenz von NATO-Reaktionstruppen in einigen Landesteilen zugestimmt. Westlich der Donau können nun solche Kräfte eingesetzt werden, und der ungarische Luftraum kann für den Transitverkehr der NATO genutzt werden. Allerdings sollen weiterhin keine NATO-Truppenteile von Ungarn aus in die Ukraine verlegt werden. Ebenfalls untersagte Orbán Waffentransporte über Ungarn in das Kriegsgebiet. Offenbar will der ungarische Präsident sein Land so weit wie möglich aus dem Konflikt heraushalten und die freundschaftlichen Beziehungen zu Wladimir Putin nicht völlig kappen. Die EU-Sanktionen gegen Russland unterstützt Ungarn dagegen.

MRK

KRIEG IN DER UKRAINE

Nation vor Konfession

Wie der russische Angriff die ukrainische Orthodoxie eint

VON BODO BOST

Den russischen Einmarsch in die Ukraine begründet Russlands Staatspräsident Wladimir Putin unter anderem mit einer Verfolgung russisch-orthodoxer Gläubiger in der Ukraine. Offenbar hat er nicht mit den zuständigen Kirchen in der Ukraine gesprochen, denn sogar der bisher noch dem Moskauer Patriarchat treue Teil der orthodoxen ukrainischen Gläubigen unter Metropolit Onufrij weiß nichts von der von Putin beklagten Verfolgung orthodoxer Gläubiger in der Ukraine.

In der Ukraine gab es nach der Erlangung ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1991 mehrere sehr zerstrittene orthodoxe Kirchen. Neben zwei katholischen Kirchen gab es zunächst vier, dann drei orthodoxe Kirchen, die sich die ukrainischen Gläu-

bigen gegenseitig streitig machten. Acht Zehntel der Ukrainer sind Orthodoxe. Innerhalb der orthodoxen Kirchen war lange Zeit das Moskauer Patriarchat das führende. Erst als 2014 Russland die Krim und Teile des Donbas besetzte, verlor das Moskauer Patriarchat massiv an Sympathien in der Ukraine und bereitete damit 2018 die Gründung der selbständigen Orthodoxen Kirche der Ukraine durch den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel vor. Diese Kirche wird trotz ihrer rechtmäßigen Einsetzung von Russland und einer Vielzahl unter russischem Einfluss stehender orthodoxer Kirchen nicht anerkannt.

Metropolit Onufrij

Einen Tag vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine hatte der Ukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisatio-

nen (UCCRO), dem 16 katholische, orthodoxe und protestantische Konfessionen sowie jüdische und muslimische Vereinigungen angehören, Putin gewarnt, ein „aggressiver Krieg“ wäre ein „großes Verbrechen gegen den Allmächtigen“. Einen Tag später verurteilte der Rat, dem auch die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats (UOK-MP) angehört, den „unprovokierten Angriff Russlands und Weißrusslands auf die Ukraine“.

Die neue unabhängige Orthodoxe Kirche der Ukraine betete für die „Verteidiger des Mutterlandes“ und appellierte an die internationale Gemeinschaft, „die Aggression sofort zu stoppen“. „Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, den Feind zurückzuschlagen, unsere Heimat, unsere Zukunft und die der neuen Generationen vor der Tyrannei zu schützen, die der Ag-

gressor mit seinen Bajonetten anrichten will“, sagte das 45-jährige Kirchenoberhaupt, Metropolit Epiphanius, in einer Botschaft.

Metropolit Epiphanius

In der mit Moskau verbundenen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats gibt es nun Anzeichen für eine ernsthafte Spannung mit dem Moskauer Patriarchat über die Aggression Putins. In einem Appell am ersten Tag des Krieges rief ihr Oberhaupt, Metropolit Onufrij, die Ukrainer auf, „gegenseitige Streitigkeiten zu vergessen“, und forderte von Putin, „die Souveränität und Integrität der Ukraine und den Bruderkrieg sofort zu beenden“.

Das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill I., lobte hingegen in einer Botschaft aus Moskau noch drei Tage nach der Invasion Präsident Putin und übernahm auch dessen Formulierung des Krieges als „Militärübung“. Allerdings haben sich auch die Russische Orthodoxe Kirche im Ausland (ROKA) und einzelne orthodoxe Priester in Russland, wie Georgij Edelstein, von Putins Angriffskrieg deutlich distanziert.

Patriarch Kyrill I.

Russen und Ukrainer werden gerne als Brüdervölker dargestellt, weil beide gemeinsam das Christentum angenommen haben, sozusagen gemeinsam getauft wurden. Ganz richtig ist das nicht. Es handelt sich eher um ein Vater-Sohn-Verhältnis, denn als Wolodymyr der Täufer (960–1015) als Großfürst von Kiew die Rus taufte, gab er zwar Russland seinen Namen, aber das Land Russland gab es noch lange nicht. Erst einer seiner Nachkommen, Fürst Juri Dolgoruki (1090–1157) gilt als der Gründer Moskaus. Seine Kapelle steht direkt neben dem Höhlenkloster, das als Keimzelle des orthodoxen Christentums in der Kiewer Rus gilt. Deshalb blickt die Statue des Heiligen Täufers Wolodymyr hoch über der Stadt Kiew, wo er das Kreuz über die Stadt hält, gen Osten, also gen Russland, von wo nun die Aggression gegen die Ukraine ausgeht, die einen Keil in diese Bruderschaft treibt, aber die Ukrainer mehr denn je geeint hat. Auch die vielen russischsprachigen Ukrainer stehen nun wie ein Mann hinter Präsident Wolodymyr Selenskyj.



Ergreift im Gegensatz zum Patriarchen von Moskau und der ganzen Rus, Kyrill I., wie der Metropolit der Orthodoxen Kirche der Ukraine, Epiphanius, für Kiew und gegen Moskau Partei: Der Metropolit von Kiew und der ganzen Ukraine der UOK-MP, Onufrij

WEISSRUSSLAND

Für Alexander Lukaschenko wird die Luft dünn

Weißrussland ist weitgehend abhängig vom großen Nachbarn, dem seinerseits das Quasi-Embargo zusetzt

Fast 5000 Strafverfahren laufen gegen Regimekritiker, mehr als 600 Gegner des Präsidenten befinden sich derzeit in Haft. Das ist für eine Gesamtbevölkerung von nicht einmal zehn Millionen eine beträchtliche Zahl. Doch die Machthaber in Weißrussland verkünden in aller Regel nur, dass alles in bester Ordnung sei.

In der vergangenen Woche wurde das Resultat eines Referendums mitgeteilt, gemäß dem sich „eine überwältigende Mehrheit“ für eine Verfassungsreform entschieden und damit hinter Präsident Alexander Lukaschenko gestellt habe. Sie soll dem seit 1994 autoritär regierenden 67-Jährigen weitere Amtszeiten ermöglichen und ihm nach einem eventuellen Rückzug aus der Politik lebenslange Straffreiheit garantieren. Sollte es seine physische Verfassung zulassen, könnte Lukaschenko damit bis 2035 regieren.

Im Krieg in der Ukraine steht Weißrussland fest an der Seite seines russischen Nachbarn, kurz vor Ausbruch der Kampfhandlungen präsentierten sich die Präsidenten Lukaschenko und Wladimir Putin in trauter Zweisamkeit. Mehr als 300.000 russische Soldaten sind in dem Land stationiert, ob sie jemals wieder abziehen werden, ist ungewiss. Bei der Niederschlagung der Massenproteste nach der umstrittenen Wiederwahl Lukaschenkos vor gut einem Jahr konnte der Minsker Präsident auf die Unterstützung Russlands zählen.

Wirtschaftlich ist Weißrussland so abhängig von seinem Nachbarn wie kaum ein anderes Land auf der Welt. Die Wirtschaftsleistung beträgt pro Jahr rund 60 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Schweden kommt mit einer leicht höheren Einwohnerzahl auf mehr als

600 Milliarden Dollar pro Jahr. Vier Zehntel der weißrussischen Exporte gehen nach Russland. Noch gravierender ist, dass ein Großteil der laufenden Kredite von russischen Banken abgedeckt ist. Bisher hat Russland sein Nachbarland mehr oder weniger subventioniert. Es lieferte große Mengen von Rohöl unter Weltmarktpreisen, das Weißrussland nach einer Veredelung in heimischen Raffinerien zu Weltmarktpreisen weiterverkaufte.

Lange Zeit galt Lukaschenko als geschickter Taktiker. Durch gute Kontakte zu Europäischen Union schaffte er es, dass ein Großteil der gegen ihn und sein Land gerichteten Sanktionen aufgehoben wurde. Seit seinem „Putsch im Amt“ im Spätsommer 2020 ist es damit vorbei. Der Weißrusse, vor Jahren auch ein politischer Kontrahent Putins, verweigerte

der Ukraine seine ursprüngliche Unterstützung und ist nun treuer Gefolgsmann des Kreml. Die Auswirkungen für sein krisengeschütteltes Land sind unübersehbar, Lukaschenko hat Weißrussland auf Gedeih und Verderb Moskau ausgeliefert. Die EU-Staaten haben in der vergangenen Woche neue Sanktionen gegen den russischen Verbündeten verhängt. Minsk sei „der andere Aggressor in diesem Krieg“, hieß es in einer Mitteilung. Für Lukaschenko wird die Luft zwangsläufig dünn, denn die russische Wirtschaft ächzt bereits jetzt unter dem Quasi-Embargo. Noch benötigt Russland Weißrussland für den Krieg in der Ukraine, doch schon bald könnte der kleine Nachbar zum Problem werden. Vor allem dann, wenn die russischen Banken zahlungsunfähig werden.

Peter Entinger

VON PETER ENTINGER

Die drei Jahre sind es her, da reiste der Alleingesellschafter des Gebäckkonzerns Lambertz, Hermann Bühlbecker, mit einer Wirtschaftsdelegation nach Russland und traf dort auch auf dessen Präsidenten, Wladimir Putin. Er überreichte ihm einen Dresdner Christstollen und verewigte die Szene mit einem Selfie.

Inzwischen, ließ Bühlbecker wissen, sei er enttäuscht und traurig. „Auch ich habe mich, was Putins Motive und Ziele angeht, massiv geirrt“, so der 71-Jährige. Für das Osteuropageschäft der deutschen Wirtschaft sieht er schwarz. „Für uns ist es nicht existenziell. Als Wachstumsmärkte haben sie jedoch eine besondere Bedeutung. Im Westen ist das Wachstum begrenzt, aber in Osteuropa haben unsere Produkte gutes Potenzial“, sagt der Unternehmer. So wie ihm geht es derzeit vielen.

Unter normalen Umständen hätten deutsche Unternehmer in diesen Tagen an einem deutsch-russischen Wirtschaftsdialog teilgenommen. Organisiert wird das jährliche Treffen traditionell vom Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft. Zwar war das Verhältnis zu Russland schon länger gespannt, doch die Tagung hatte – nach Rücksprache mit der Bundesregierung – immer stattgefunden.

Hoffnung auf baldiges Kriegsende

Doch der Krieg sorgt für veränderte Verhältnisse. Nun ist alles anders. „Wir sollten die Dinge klar beim Namen nennen: Es geht aktuell weniger um die Sanktionen und deren Folgen, sondern um die Frage, ob wir mit Russland in Zukunft noch im nennenswerten Umfang wirtschaftliche Beziehungen haben werden oder nicht. Je schneller die russische Regierung diesen Krieg stoppt, desto mehr ist von diesen Beziehungen noch zu retten. Es steht außerhalb jeder Diskussion, dass die deutsche Wirtschaft die verfügbaren Sanktionen mitträgt“, teilt Ost-Ausschuss-Vorsitzender Oliver Hermes mit.

Die ersten deutschen Unternehmen haben ihre Geschäfte mit Russland bereits ausgesetzt. Der Lkw-Bauer Daimler Truck hat die Produktion und den Verkauf von Lastwagen gestoppt und denkt über einen kompletten Rückzug nach. BMW stoppt die Produktion in und den Export nach Russland, und Siemens hat das Neugeschäft ausgesetzt. Der Automobilhersteller VW scheut sich noch vor diesem Schritt. Er hat in einem Werk in Russland etwa 4000 Beschäftigte. „Wir haben schließlich eine Verantwortung für unsere Mitarbeiter“, teilt VW mit.

Es scheint, als würden viele Manager auf ein rasches Ende der Kampfhandlungen



Die Metro AG ist überdurchschnittlich betroffen: Ein Markt des Handelsriesen in Russland

Foto: pa

WIRTSCHAFTSKRIEG

„Wir sollten die Dinge klar beim Namen nennen“

Der Ost-West-Konflikt um die Ukraine droht die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen grundsätzlich in Frage zu stellen

gen und auf eine Rückkehr an den Verhandlungstisch setzen. „Wohin soll es führen, wenn alle Kontakte abgebrochen und alle Projekte eingefroren werden, wie es manche leichtfertig fordern?“, fragte Rainer Seele, Präsident der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer, in einem Interview mit tagesschau.de. Wirtschaftskontakte sicherten Frieden und Wohlstand. „Auch in den finsternen Zeiten des Kalten Krieges ist die deutsche Wirtschaft stets eine Brücke zur Sowjetunion gewesen“, sagt er.

Warnung vor Eskalationsfolgen

Viele Unternehmen hierzulande haben Standorte und eigenständige Tochterfir-

men in Russland, die nun von den europäischen Sanktionen betroffen sein dürften. Das prominenteste Beispiel ist wohl der Handelsriese Metro. Seit der Eskalation des Konflikts fiel der Kurs von dessen Aktie von knapp 10,12 auf 8,30 Euro. Der Großhändler ist seit 21 Jahren in Russland aktiv, hat in dem Land 93 Märkte und 10.000 Mitarbeiter. Von den Sanktionen sei man nicht unmittelbar betroffen, schließlich handele es sich bei den Tochterfirmen um „organisatorisch selbstständige Einheiten“, sagt ein Unternehmenssprecher, fügt aber hinzu: „Wir bewerten die Lage täglich neu.“

Metro fühle sich auch für die mehr als 10.000 Mitarbeiter in Russland verantwortlich. „Diese Menschen haben keine

persönliche Verantwortung für die Aggression gegen die Ukraine.“ Die Gehaltskonten seien über international unabhängige Banken abgesichert.

International agierenden Unternehmen wie dem Ölmulti BP mag es leicht von der Hand gehen, die Geschäfte mit Russland auszusetzen. Deutschen Mittelständlern wie Landtechnikhersteller Claas fällt es dagegen schwer. Man verweist auf ungeklärte rechtliche Fragen und hofft auf eine politische Lösung. „Zur weiteren Entwicklung und möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen spekulieren wir nicht, da hier gegenwärtig nur theoretische Überlegungen möglich sind“, so der Firmensprecher Wolfram Eberhardt.

KRIEG IN DER UKRAINE

Sorge vor Hungerunruhen

Viele Länder nicht zuletzt Arabiens sind von Weizenlieferungen der beiden Kriegsparteien abhängig

Der Krieg in der Ukraine und die neuen Wirtschaftssanktionen gegen Russland stellen nicht nur ein Risiko für die globalen Finanzmärkte und die Energieversorgung vieler Länder dar. Inzwischen weisen Ökonomen, aber auch Entwicklungshilfeorganisationen darauf hin, dass sich derzeit ein giftiger Mix für die Weltwirtschaft zusammenbraut. Dabei spielt neben zunehmender Inflation und steigenden Energiepreisen auch die Knappheit von Lebensmitteln zunehmend eine Rolle.

Die Ukraine und Russland haben sich im Welthandel zu sehr wichtigen Agrarexporteur entwickelt. Russland ist seit 2018 der weltgrößte Weizen-Exporteur, die Ukraine war auf dem besten Weg, der drittgrößte Weizen-Anbieter zu werden. Bei Mais lag die Ukraine bislang auf Platz vier der größten Exporteure. Welt-

weit Spitzenreiter ist die ukrainische Landwirtschaft bei der Ausfuhr von Sonnenblumenöl. Bei Rapsöl liegt die Ukraine im internationalen Vergleich als Exporteur auf Rang zwei.

Derzeit ist der Export von Lebensmitteln aus der Ukraine allerdings weitgehend zum Erliegen gekommen. In den Schwarzmeerbahnen ist die Schiffsverladung komplett eingestellt worden. Udo Hemmerling vom Deutschen Bauernverband (DBV) gab gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland eine alarmierende Einschätzung zur aktuellen Lage der Landwirtschaft ab: „In der Ukraine scheint eine reguläre Frühjahrsbestellung der Äcker wegen des Krieges nicht mehr möglich. Landwirte gehen in den Militärdienst; ebenso werden Diesel und Traktoren dorthin abgegeben.“

Besonders schwer trifft es Importnationen, die von Weizeneinfuhren aus der Ukraine und Russland anhängig sind und deren Angehörige sich Preiserhöhungen kaum leisten können. Laut einer Zusammenstellung von Gallup Data für das Jahr 2019 ist die Türkei am stärksten von Weizenimporten aus der Ukraine und Russland abhängig. Das Land bezog 2019 insgesamt 75 Prozent seiner Weizenimporte von diesen beiden Agrarexporteur. Im Fall der Türkei würden Preiserhöhungen oder gar ein Lieferstopp für Weizen eine ohnehin massiv inflationsgebeutelte Bevölkerung treffen.

Erst vor Kurzem hat das nationale Statistikamt der Türkei bekannt gegeben, dass im Februar im Vergleich zum Vorjahresmonat die Inflation auf 54,4 Prozent gestiegen ist. Schon im vergangenen Jahr

hatten bei einer Gallup-Umfrage 51 Prozent der befragten Türken angegeben, innerhalb der vorangegangenen zwölf Monate mindestens einmal finanziell nicht in der Lage gewesen zu sein, sich den Kauf von Lebensmitteln leisten zu können.

Auch Ägypten ist in den vergangenen Jahren stark von Weizeneinfuhren aus Russland und der Ukraine abhängig gewesen. Im Jahr 2019 machten diese Importe sieben Zehntel der Weizeneinfuhren aus. Aber auch für Staaten wie Nigeria, Kenia, Marokko, Tunesien, Thailand und Indonesien waren Weizenlieferungen aus den beiden nun kriegsführenden Ländern eine wichtige Größe. Lieferunterbrechungen könnten rasch auf die Ernährungslage der Bevölkerung und damit auf die politische Stabilität durchschlagen können.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Ausnahmen für Uran

Washington – Laut Reuters haben mehrere Betreiber US-amerikanischer Kernkraftwerke, darunter Duke Energy Corporation, Exelon Corp. sowie das Nationale Energie Institut (NEI) von der US-Regierung verlangt, keinen Importstopp für russisches Uran zu verhängen. Der Reuters-Bericht beruft sich auf Quellen, die nicht genannt werden wollen. Die US-Energieerzeuger befürchten einen Engpass bei der Versorgung mit Uran und steigende Preise. In den USA werden rund 20 Prozent des Stroms mit russischem Uran erzeugt. Zwar verfügen die Bundesstaaten Texas und Wyoming über große Uran-Reserven und auch in Australien und Kanada gibt es umfangreiche Uran-Vorkommen, doch sind mit keiner dieser Möglichkeiten die günstigen Preise zu halten, die mit der Verarbeitung des billigen russischen Urans gewährt werden können. Da Präsident Joe Biden der Bevölkerung versprochen hat, die Stromkosten niedrig zu halten, sagte die US-Regierung zu, sich die Anfragen der Industrie anzuhören und erst dann zu entscheiden. MRK

Katar winkt beim LNG ab

Doha – Katar ist zwar der weltweit größte Lieferant von Flüssigerdgas (LNG), das als die wichtigste Alternative zum russischen Erdgas gilt, mit dem Europa 30 bis 40 Prozent seines Bedarfs deckt. Allerdings könnte das am Persischen Golf gelegene Emirat nur zehn bis 15 Prozent mehr LNG nach Europa verkaufen als bisher. Das hat der katarische Energieminister Saad al-Kaabi mitgeteilt. Laut dem Minister sei der Export von LNG zumeist durch langfristige Verträge geregelt, in denen man sich auf „sehr klare Bestimmungsorte“ geeinigt habe. Daraufhin nahm die EU nun Verhandlungen mit China, Japan, Südkorea und Indien auf und damit den Ländern, welche die größten LNG-Mengen aus Katar beziehen, um die Möglichkeiten für eine Umleitung von Lieferungen auszuloten. W.K.

Währungen unter Druck

Frankfurt am Main – Der Krieg in der Ukraine hat nicht nur beim russischen Rubel einen Kurssturz ausgelöst, sondern auch bei ostmitteleuropäischen Währungen. Der polnische Zloty und der ungarische Forint sind so stark unter Druck geraten, dass beide Währungen zeitweise auf Rekordtiefs gegenüber dem Euro fielen. Auch die tschechische Krone erlitt starke Kursverluste. Angesichts hoher Inflationsraten haben die Zentralbanken im Osten der EU begonnen, die Leitzinsen in schneller Folge wieder anzuhoben. Polens Nationalbank hat seit vergangener Herbst fünf Zinserhöhungen durchgeführt. Mittlerweile liegt der polnische Leitzins wieder bei 2,75 Prozent. Zur Jahresmitte sieht die Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG den Leitzins der Zentralbank Polens bei 4,5 Prozent. Die tschechische Nationalbank hat ihren Leitzins wegen der hohen Inflation bereits im Dezember vergangenen Jahres um einen Prozentpunkt auf 3,75 Prozent angehoben. N.H.

KOMMENTARE

Faesers falsche Moral

HANS HECKEL

In Berlin prallen gerade echte und falsche Moral aufeinander. Kaum war der erste Schwung an Kriegsflüchtlingen an der Spree angekommen, da funkte die Hauptstadt schon SOS und bat händeringend um die Unterstützung der anderen Bundesländer (siehe Seite 5).

Dass die eigenen Kapazitäten zur Unterbringung der Ukrainer so rasch erschöpft waren, hat weniger mit deren schierer Zahl zu tun als damit, dass Berlin seit Jahren stolz darauf ist, nur sehr wenige ausreisepflichtige Asylsucher auch wirklich abzuschieben. Sie verstopfen nun die Aufnahme-Einrichtungen, die dringend für echte Flüchtlinge benötigt würden.

Ob die Politik aus diesem Fiasko lernt? Das ist leider kaum anzunehmen: Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat bereits verkündet, dass alle, die aus der (oder über die?) Ukraine einreisen wollen, ohne Kontrolle ins Land gelassen würden. Dass wir die geflüchteten Ukrainer, fast alles Frauen, Kinder und alte Leute, aufnehmen, versteht sich.

Doch das, was die SPD-Ministerin jetzt aufischt, ist nichts weniger als die Einladung an alle Schlepper- und Schleuserbanden dieser Welt, ihr Geschäft in großem Stil unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Ukraine-Flucht zu verbergen.

Was sich hier wiederholt, ist genau jener Kontrollverzicht und Kontrollverlust von 2015. Niemand in Berlin will wissen, wer über unsere Grenzen kommt, welche Gefahren und Gefährder sich da möglicherweise unter uns mischen. Das Massaker vom Breitscheidplatz 2016 schon vergessen? Oder den „Flüchtling“, der über Deutschland kam und in Paris mitmordete?

Ganz zu schweigen davon, dass die Kapazitäten Deutschlands im Zuge eines längeren, immer brutaler werdenden Kriegs in der Ukraine massiv belastet werden dürften und wir jeden Platz für echte Flüchtlinge benötigen. Da ist jeder falsche Flüchtling, der sich unter Ausnutzung des Leids der Ukrainer über die Grenze schleicht, einer zu viel. Faesers „Humanität“ ist in Wahrheit Verbohrtheit und Gleichgültigkeit.

Hatz auf Russen

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

„Wenn du in Berlin Russisch sprichst, musst du jetzt aufpassen, dass du keine auf die Fresse kriegst.“ Diese Drohung verbreitet sich derzeit vielfach in den sozialen Medien.

Auch wenn seit dem Ausbruch des russisch-ukrainischen Krieges die meisten Menschen mit russischem Pass hierzulande in der Regel unbehelligt bleiben, so deutet sich doch der Trend an, ihnen kein Gehör mehr zu schenken. Mütter berichten, dass ihre Kinder in der Schule Anfeindungen ausgesetzt sind, sie von Klassenaktivitäten ausgeschlossen werden, selbst wenn sie ein deutsches Elternteil haben und für den Krieg in der Ukraine rein gar nichts können. Nachrichten von eingeschlagenen oder beschmierten Fensterscheiben oder russischer Geschäfte kommen nicht nur aus Deutschland, auch in Frankreich, Spanien und anderswo wird gegen Russen mobil gemacht.

Das Leid der Menschen im Krieg in der Ukraine, der zweifellos von Russland ausgeht und Wladimir Putin persönlich anzulasten ist, bestimmt tagtäglich unsere Nachrichten. Irrationale Anfeindungen gegen alles Russische könnten auch die ukrainischen Flüchtlinge treffen, die Schutz verdienen. Etwa 30 bis 50 Prozent der Ukrainer sprechen auch heute noch Russisch trotz der vielen Bemühungen der verschiedenen Regierungen, die Sprache zu verdrängen.

Wie kann es sein, dass in einem demokratischen Land wie Deutschland, das seit Jahrzehnten jeder noch so kleinen Minderheit Schutz gewährt, nun russische Menschen, die hier als gute Nachbarn leben, Steuern zahlen und in der Regel die Gesetze achten, nun Angst davor haben müssen, für die Taten eines knapp 2000 Kilometer entfernten Regierungschefs in Haftung genommen werden?

Die Freiheitsrechte unserer Gesellschaft gelten auch für Russen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswiger Zeitungsvorlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

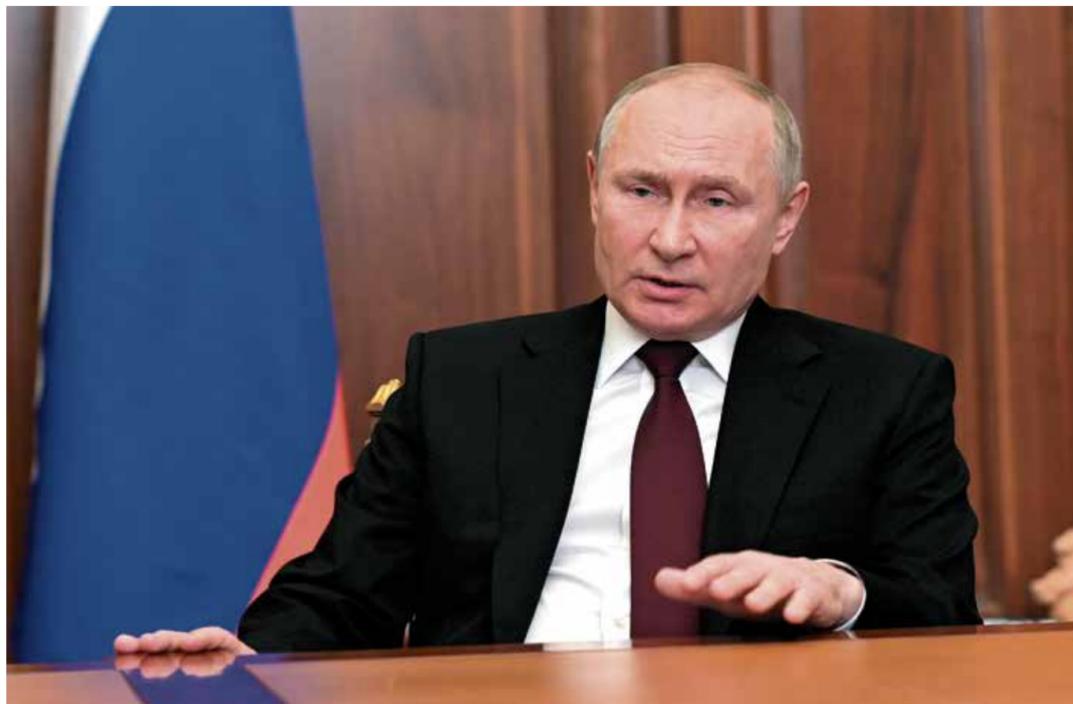
Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Weltweit geächtet: Der russische Präsident während seiner TV-Ansprache am 21. Februar

Foto: paz

DEBATTE

Putin vor Gericht?

REINHARD OLT

In den vergangenen Tagen ist mancherorts die Meinung geäußert worden, der von Russlands Präsident Putin gegen die Ukraine geführte Krieg wäre vermieden worden, wenn die Konflikte um die Krim sowie die Ost-Ukraine durch Anwendung des in Art. 1 der Menschenrechtspakte verankerten Selbstbestimmungsrechts friedlich gelöst worden wären. Und zwar dadurch, dass man die Bevölkerung in einer demokratischen Abstimmung gefragt hätte, was sie will und den ethnischen Minderheiten umfangreiche Schutzmaßnahmen angeboten hätte. Dazu ist nüchtern festzustellen:

Die Bevölkerung der Ukraine hat sich im Dezember 1991 in einem klaren Akt international anerkannter Selbstbestimmung für die staatliche Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Souveränität ihres Landes ausgesprochen. Diese Selbstbestimmung wird etwa den Südtirolern bis heute nicht zugestanden! Zwischen Lemberg im Westen und Lugansk im Osten, zwischen Tschernigow im Norden und Sewastopol auf der Halbinsel Krim im Süden votierten in der Abstimmung vom 1. Dezember 1991 (bei einer Beteiligung von 84,18 Prozent) 92,26 Prozent aller 37.885.555 Stimmberechtigten für die Souveränität der Ukraine.

Auch die Bevölkerung in der Ost-Ukraine, wo ethnische Russen die Mehrheit bilden, stimmt mit überwiegender Mehrheit dafür: so in den Verwaltungsgebieten Donezk (83,90 Prozent; Wahlbeteiligung 64 Prozent) und Lugansk (83,86 Prozent; Wahlbeteiligung 68 Prozent) sowie auf der (2014 von Russland einverleibten) Krim (54,19 Prozent; Wahlbeteiligung 60,0 Prozent). Die Halbinsel hatte in der Ukraine den Status einer autonomen Republik. Das Selbstbestimmungsrecht war damals ebenso unbestritten ausgeübt worden, wie es Schutzmaßnahmen für die ethnischen Minderheiten gegeben hat.

Ganz offensichtlich haben weder die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts noch Volksgruppen-Schutzmaßnahmen den nunmehr von Wladimir Wladimirovitsch Putin vom Zaun gebrochenen Krieg, den er und seinesgleichen beschönigend „militärische Spezialoperation“ nennen, vermieden. Putins geopolitische Motive rühren von seinem russo-zentristischen Geschichtsbild her, welches der Ukraine die Eigenständigkeit als Nation und Staat a priori abspricht. Dies hat er in seiner Fernsehansprache vom 21. Februar 2022 unmissverständlich dargelegt.

Putin tritt mit seinem Angriffskrieg das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen. Dafür müsste er sich eigentlich verantworten. So wie sein südslawischer „Bruder“ Slobodan Milošević wegen der Angriffskriege der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) weiland gegen Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und das Amselfeld/Kosovo polje.

Forderungen nach Putins Verantwortung vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag sind längst laut geworden. So erklärte Premier Boris Johnson im britischen Unterhaus: „Was wir schon jetzt von Wladimir Putins Regime gesehen haben bezüglich der Nutzung von Kampfmitteln, die sie bereits auf unschuldige Zivilisten abgeworfen haben, das erfüllt aus meiner Sicht bereits vollkommen die Bedingungen eines Kriegsverbrechens“. Johnsons Regierungssprecher fügte hinzu, formal sei es Sache internationaler Gerichte, die Frage möglicher Kriegsverbrechen zu klären.

„Den Haag“ ermittelt bereits

Tatsächlich hat der IStGH bereits angekündigt, dies vorzunehmen. Am 28. Februar kündigte Chefermittler Karim Khan an, der IStGH werde „so schnell wie möglich“ eine Untersuchung zu möglichen Kriegsverbrechen in der Ukraine in Gang setzen. Es gebe „hinreichende Gründe für die Annahme, dass sowohl Kriegsverbrechen als auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden“.

Doch ob es tatsächlich zu einer Anklage sowie einem Verfahren gegen Putin et alii kommen wird, ist fraglich. Weder Russland noch die Ukraine gehören zu den 123 Unterzeichnerstaaten des sogenannten Römischen Statuts vom 17. Juli 1998, auf dem die Zuständigkeit des IStGH beruht; trotzdem kann ermittelt werden.

Russland hatte das Statut seinerzeit zwar unterzeichnet, es aber nicht ratifiziert. 2016 zog es seine Unterschrift wieder zurück. Offenbar wollte es bereits von der damaligen Chefanklägerin des IStGH angeordneten Ermittlungen wegen der Annexion der Krim (2014) sowie der Involvierung in die Ausrufung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch dortige russische Separatisten (2014) ebenso aus dem Weg gehen, wie es sich damit vorsorglich gegen mögliche Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem Einsatz seiner Luftwaffe in Syrien wappnete.

Indes könnten die Vereinten Nationen eigens einen Ad-hoc-Strafgerichtshof – analog dem UN-Kriegsverbrechertribunal

(„Haager Tribunal“) in der Causa Jugoslawien – einsetzen. Russland wird dagegen als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats gewiss sein Veto einlegen. Ob es China, ebenfalls ständiges Mitglied des Gremiums, ihm gleichtut, hängt wohl von der weiteren Entwicklung im Ukraine-Krieg ab. Bemerkenswerterweise hat sich China, das sich für die Unverletzlichkeit der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine aussprach, in der Abstimmung über die Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Verurteilung Russlands wegen des Kriegs der Stimme enthalten.

Grundsätzlich kann vor dem IStGH jeder angeklagt werden, auch Staatschefs, da es vor diesem Gericht keine wie auch immer geartete Immunität gibt. Milošević, ehemals Präsident Serbiens, war das erste vormalige Staatsoberhaupt, gegen das ein internationales Gerichtsverfahren geführt wurde. Er war vor besagtem, eigens wegen der Jugoslawien-Kriege eingeführten „Haager Tribunal“ wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermords angeklagt. Ebenso General Ratko Mladić, Kommandeur der bosnisch-serbischen Armee und Hauptverantwortlicher für das Massaker von Srebrenica 1996; er wurde 2017 zu lebenslanger Haft verurteilt. Dasselbe gilt für Radovan Karadžić, den einstigen Präsidenten der Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina, der 2019 wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Milošević wurde man indes nur habhaft, weil ihn der (später ermordete) serbische Regierungschef Zoran Djindjić festnehmen und nach Den Haag ausliefern ließ. Doch vor seiner Verurteilung starb Milošević 2006 in Haft.

Gegen einen amtierenden Staatschef wurde indes erst einmal ein internationaler Haftbefehl vom IStGH erlassen: 2009 gegen den Sudanesen Omar al-Baschir. Dieser wurde trotz entsprechender Zusage der sudanesischen Regierung (2020) bis heute nicht ausgeliefert. Umso weniger müssen Putin und/oder andere am Militärschlag gegen die Ukraine Hauptbeteiligten fürchten, von Moskau als Kriegsverbrecher nach Den Haag ausgeliefert zu werden.

● **Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Olt** war von 1985 bis 2012 Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und von 1994 bis zu seinem Ausscheiden deren politischer Korrespondent in Wien. Er hatte Lehraufträge an diversen deutschen und österreichischen Hochschulen inne.

„Blechtrommel“ neu designt

Das Lübecker Günter-Grass-Haus präsentiert eine neue Dauerausstellung zu Leben und Werk des Literaturnobelpreisträgers

VON HARALD TEWS

Für seine Nobelpreisträger macht Lübeck stets einen großen Bahnhof. Da genügt schon die Eröffnung einer kleinen Dauerausstellung, damit sich die neue Kulturstaatsministerin Claudia Roth für einen Empfang am vergangenen Mittwoch im Theater Lübeck schick gemacht hat.

Die grüne Politikerin erntet, was ihre Vorgängerin Monika Grütters von der CDU in die Wege geleitet hat: das Ergebnis einer kompletten Umgestaltung der Ausstellungsräume im Günter-Grass-Haus für einen sechsstelligen Betrag. Anders als der Literaturnobelpreisträger Thomas Mann und der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt ist Grass kein gebürtiger Lübecker; er stammt bekanntlich aus Danzig und kann sich nicht einmal als Zugezogener bezeichnen. Seine letzten 28 Lebensjahre verbrachte er im südlich von Lübeck gelegenen Behlendorf. Sein Sekretariat und das Archiv der Günter- und Ute-Grass-Stiftung verlegte er jedoch in die Lübecker Altstadt. Die Ähnlichkeit der Hansestadt mit seiner Heimatstadt Danzig und die Nähe zur Ostsee mochten ihn dazu bewegen haben.

Das schmale Hinterhaus an der Glockengießerstraße 21 bietet dabei seit dem Jahr 2002 auf zwei Etagen die Räumlichkeiten für Ausstellungen des Günter-Grass-Hauses, wobei der obere Bereich Sonderausstellungen vorbehalten bleibt. Die Dauerausstellung im Erdgeschoss müsse laut Museumsleiter Jörg-Philipp Thomsa alle zehn Jahre neu konzipiert werden. „Der 20. Geburtstag des Hauses war eine ideale Gelegenheit für eine Umgestaltung, denn die vorletzte Ausstellung von 2012 war ohnehin veraltet, weil Günter Grass 2015 starb und sich dadurch neue Aspekte ergaben“, so Thomsa.

War sie zuvor mit Einblicken in Originalmanuskripte auf das literarische Werk



Ein rattenscharfes Design: Eine multimediale „Hyperbox“ zum Grass-Roman „Die Rätin“

Fotos (2): tws

von Grass ausgerichtet, so wendet sich der Blick jetzt auf dessen Biographie und den bildenden Künstler, der Grass schließlich auch war. So hängen die Wände voll mit zum Teil neu erworbenen Originalzeichnungen, Aquarellen und Lithographien des Autors, die größtenteils tierische Motive aus seinen „Fabel“-haften Werken zeigen: Ratten nach seinem Roman „Die Rätin“ (1986), Kröten nach seiner Erzählung „Unkenrufe“ (1992) oder Krebsgetier nach seiner Novelle „Im Krebsgang“ (2002). Im Hinterhof greift wie schon seit jeher als Plastikskulptur eine Hand nach dem Butt aus dem gleichnamigen Roman von 1977.

Größter Hingucker der Ausstellung sind aber weniger die Bilder als die von

Bruno Grass zur Verfügung gestellte originale Olivetti-Schreibmaschine, auf der sein Vater sein Jahrhundertwerk „Die Blechtrommel“ schrieb. Laut Bruno Grass war die Schreibmaschine ein Geschenk der Großtante zum Hochzeitstag seines Vaters mit der Mutter Anna Margareta Schwarz am 20. April 1954. Dass der Autor, der in seinem Erinnerungsband „Beim Häuten der Zwiebel“ erst spät – im Jahr 2006 – seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS offenbarte, ausgerechnet an Hitlers Geburtstag heiratete, ließ sich laut Bruno Grass nicht umgehen. Es war kein anderer Termin mehr frei, „und er wollte meine Mutter unbedingt heiraten“.

Grass' viel diskutierte SS-Vergangenheit dürfte mit ein Aspekt für die Neuaus-

richtung der Ausstellung gewesen sein. Sie wird nicht verschwiegen, wenngleich man leicht daran vorbeiläuft. Gleich im Dielenbereich beim Museumsshop findet sich eine Zeitleiste mit biographischen Daten zu Grass. Direkt daneben läuft auf



Darauf ist die „Blechtrommel“ entstanden: Grass' Olivetti-Schreibmaschine

einer multimedialen Monitorwand eine Filmcollage mit Motiven aus der „Blechtrommel“ und dem „Ärzte“-Musiker Bela B. als Trommler in Endlosschleife. Das sind nette mediale Spielereien, die aber kaum zum Verweilen einladen.

Überhaupt hat man Grass jetzt in ein ultramodernes Design gezwängt. Das lenkt fast von Grass und seinem Werk ab und zwingt den Besucher, eher die neuartigen Dioramen in dem wie bisher ausgestellten alten Kolonialwarenladen aus der „Blechtrommel“ zu bewundern als die Kolonialwaren selbst. Und die von Grass thematisierte Vertreibung aus den Ostgebieten? Ist kein Thema mehr. „Neu schlägt alt“ heißt es dann auch bei den beiden sogenannten Hyperboxen, hinter denen sich auf durchsichtigen Touchscreen-Bildschirmen Motive aus „Beim Häuten der Zwiebel“ und „Die Rätin“ verbergen.

Überhaupt ist der Rundgang im kleinen Erdgeschoss schnell abgeschlossen, es sein denn, man öffnet einige Schubladen, die als „offenes Archiv“ Grass' Manuskripte, Schreib- und Malutensilien enthalten. Im oberen Stockwerk ist noch bis Sonntag die Ausstellung „Into the Trees“ zu sehen, in welcher der SPD-Unterstützer Grass seine grüne Ader aufzeigt als Kämpfer gegen das Waldsterben.

Am Treppenabsatz fällt der Blick auf die Literaturnobelpreismedaille von 1999. „Es ist aber nur eine von zwei Repliken“, verrät Thomsa, das Original befindet sich im Besitz der Günter- und Ute-Grass-Stiftung. „Auch ich und alle anderen Familienmitglieder haben damals vom Stockholmer Nobelpreisakademie eine Replik abbekommen: aus Schokolade“, ergänzt Bruno Grass. Die sei aber längst verspeist.

● **Günter-Grass-Haus** Glockengießerstraße 21, Lübeck, geöffnet Dienstag bis Sonntag und ab 1. April schon ab Montag von 11 bis 17 Uhr, Eintritt: 4 Euro. Internet: www.grass-haus.de

TV-KRITIK

Im nassen Einerlei verdurstet

Eine Greta für unser Wasser – Mit dem Film „Bis zum letzten Tropfen“ macht die ARD ein Umwelt-Fass auf

Jeder Regisseur hat seine Handschrift, auch der investigativ arbeitende Daniel Harrich. Wenn der 38-Jährige Regie führt und gleichzeitig als Autor zeichnet, geht es gemeinhin nicht um Kunst, sondern um Aufklärung. Das war so in seinem Film gegen die Waffenlobby, und das ist so in „Bis zum letzten Tropfen“ (16. März um 20.15 Uhr, Das Erste), dem fiktionalen Höhepunkt des ARD-Programmschwerpunkts im März zum Thema Wasser.

Die Botschaft ist unmissverständlich: Wer das hohe Gut des Grundwassers an Geschäftemacher verkauft, verscherbelt ein Menschenrecht. So weit, so aktuell. Die Thematik wurde vor den Toren Lübecks schon in der Realität abgehandelt. Apollinaris, eine Tochterfirma von Coca-Cola, wollte dort in einem dritten Brunnen nach Grundwasser bohren, doch nach Bürgerprotesten liegen die Pläne auf Eis. Ob das Anzapfen von Grundwasser so unbedenklich ist, wie von den Konzernen behauptet, ist tatsächlich umstritten.

Aber muss der Boss von „Pure Water“, der dem fiktiven Städtchen „Lauterbrunn“ im TV-Film Arbeitsplätze und strukturellen Aufschwung verspricht, so

skrupellos daherkommen, wie von Ulrich Tukur dargestellt? Muss der widerständige Landwirt (Michael Roll), dem die staubtrockene Krume durch die Finger rieselt, mit einer dramatischen Selbstverbrennung ein Fanal setzen? Und muss die Tochter des Bürgermeisters (Sebastian Bezzel) eine jugendliche Heroine sein, die

der schwedischen Umweltaktivistin Greta bis aufs Haar ähnelt? Die aktuellen Diversity-Vorgaben im Film werden durch einen mongoloiden Darsteller eingelöst, der im Feldzug gegen den Einbruch skrupelloser Kapitalisten sein Leben lässt.

Dieser Film ist so erwartbar und grob gestrickt, dass auch die anfänglich gesetz-

te Western-Atmosphäre nicht mehr versöhnen mag. Am eindringlichsten noch das Wort-Duell zum Schluss: „Können Sie morgens noch in den Spiegel schauen?“, fragt der Bürgermeister, und der Boss von „Pure Water“ antwortet: „Ja, kann ich, und was ich da sehe, gefällt mir gut. Wir verkaufen keine Sturmgewehre! Wer unser Wasser nicht kaufen will, für den bleibt der Wasserhahn.“ Wie lange es aus den Wasserhähnen noch sprudelt, um großzügig Golfplätze und Gärten zu wässern, um Autos zu waschen und millionenfach die WC-Spülung zu betätigen, ist allerdings die Frage.

Jenseits des allzu missionarischen Spielfilms informiert die darauffolgende Dokumentation „Durst – wenn das Wasser verschwindet“, für die ebenfalls Harrich verantwortlich zeichnet. Außerdem ermutigt das Erste zu zahlreichen Mitmach-Aktionen. So können Bürger melden, wo in ihrem Umfeld in letzter Zeit Bäche und Teiche versandet sind. Oder sie können ihren persönlichen „Wasserfußabdruck“ messen. *Anne Martin*



Tief ins Wasser eingetaucht: Bernhard (Michael Roll) und Martin (Sebastian Bezzel)

● **Infos** www.daserste.de/unserwasser

BUCHTIPP

Kollwitz neu in Text und Bild

Im Kollwitz-Museum am Neumarkt 18–24 in Köln läuft vom 11. März bis 19. Juni die Ausstellung „Kollwitz Kontext – Das Werk hinter den Meisterwerken“. Dabei handelt es sich um eine mit zum Teil nie gezeigten Exponaten begleitende Schau zu dem gleichzeitig im Hirmer Verlag erschienenen neuen Buch „Käthe Kollwitz. Der Werküberblick 1888–1942“. Diese Monographie von Hannelore Fischer, der langjährigen Direktorin des Kollwitz-Museums, präsentiert einen Überblick über das künstlerische Œuvre und setzt Kollwitz' Arbeiten mit Selbstzeugnissen, zeitgenössischen Kommentaren und aktuellen Würdigungen in Beziehung. Mit mehr als 200 Abbildungen in nach Themen geordneten Kapiteln sowie einer Einführung über ihr Leben zeigt der Band die Hauptwerke der Künstlerin wie auch ausgewählte Zeichnungen und seltene Zustandsdrucke aus ihrer weltweit umfangreichsten Sammlung im Kölner Kollwitz-Museum (304 Seiten, Einführungspreis in der Ausstellung: 25 Euro). Internet: www.kollwitz.de *tws*

CONTAINMENT-POLITIK

Aufruf zur Eindämmung des Sowjetimperialismus

Die Verkündung der Truman-Doktrin durch den US-Präsidenten am 12. März 1947 vor dem Kongress gilt als Beginn des Kalten Krieges

VON LYDIA CONRAD

Der Zweite Weltkrieg war noch keine zwei Jahre vorbei, als aus den Verbündeten gegen Deutschland im Zweiten Weltkrieg Gegner im Kalten Krieg wurden. Diese Entwicklung resultierte nicht zuletzt aus dem Bemühen der Sowjetunion, auch außerhalb Europas ihren Macht- und Einflussbereich zu erweitern, nachdem sie bereits im östlichen Teil Europas Satellitenstaaten geschaffen hatte.

Im Iran, der seit August 1941 unter alliierter Besatzung stand, wollte der sowjetische Diktator Josef Stalin ebenfalls prosojetische Republiken gründen. Das führte zum ersten großen Zwist mit den USA. Schließlich sorgte der von 1945 bis 1953 amtierende 33. US-Präsident Harry S. Truman für ein Ende des Engagements der UdSSR, indem er mit dem Einsatz von Atomwaffen drohte.

An die Türkei stellte Moskau territoriale Forderungen und verlangte Mitspracherechte bei der Kontrolle der Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer. Das lief auf eine Revision des Vertrages von Montreux vom 20. Juli 1936 heraus, der Ankara die alleinige Souveränität über den Bosphorus, das Marmarameer und die Dardanellen einräumte.

In Griechenland tobte seit 1946 ein erbitterter Bürgerkrieg zwischen der international anerkannten konservativen griechischen Regierung und den Guerillatruppen der Kommunistischen Partei, die indes eher von Jugoslawien als von der UdSSR unterstützt wurden. Dennoch befürchteten der US-Präsident und seine Berater angesichts der Lage an der Südostflanke Europas einen Dominoeffekt: Sollten die Türkei und Griechenland auch noch kommunistisch regierte Staaten werden, dann könnten zahlreiche weitere Länder rund um das Mittelmeer folgen.

In dieser brisanten Situation erklärte Großbritannien im Februar 1947, dass es nicht mehr in der Lage sei, den griechischen Royalisten militärisch und wirtschaftlich unter die Arme zu greifen. Für sie, so die Briten, sollten die USA einspringen.

Achesons eindrucksvolle Bilder

Das war durchaus im Sinne Trumans. Allerdings musste der demokratische Präsident zuvor die Unterstützung der Repub-



Vor 75 Jahren: Harry S. Truman versucht mit seiner Rede vor dem Kongress, „das amerikanische Volk zu Tode zu erschrecken“

se Hilfe zu einer ganz grundsätzlichen strategischen Notwendigkeit: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Weltgeschichte muss fast jede Nation zwischen alternativen Lebensformen wählen. Nur so oft ist diese Wahl nicht frei. Die eine Lebensform gründet sich auf den Willen der Mehrheit und ist gekennzeichnet durch freie Institutionen, repräsentative Regierungsform, freie Wahlen, Garantien für die persönliche Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit sowie Freiheit von politischer Unterdrückung. Die andere Lebensform gründet sich auf den Willen einer Minderheit, den diese der Mehrheit gewaltsam aufzwingt. Sie stützt sich auf Terror und Unterdrückung, auf die Zensur von Presse und Rundfunk, auf manipulierte Wahlen sowie auf den Entzug der persönlichen Freiheiten. Ich glaube, es muss die Politik der Vereinigten Staaten sein, freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen ... Die freien Völker der Welt rechnen auf unsere Unterstützung in ihrem Kampf um die Freiheit. Wenn wir in unserer Führungsrolle zaudern, gefährden wir den Frieden der Welt.“

Durchschlagender Erfolg

Die Wirkung dieser Erklärung, die als „Truman-Doktrin“ in die Geschichte einging, war durchschlagend. Zwei Monate später genehmigte der Kongress mit großer Mehrheit 400 Millionen US-Dollar an militärischer und wirtschaftlicher Hilfe für Griechenland sowie auch die Türkei.

Darüber hinaus markierte der 12. März 1947 einen Wendepunkt in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Mit Einschränkungen in der Trump-Ära folgen die USA seither dem Grundsatz, dass sie die Rolle der führenden globalen Ordnungsmacht einnehmen müssten. Hieraus resultierte die im Juli 1947 verkündete Bereitschaft zur „Eindämmung des sowjetischen Imperialismus“. Zu den im Rahmen dieser sogenannten containment policy (Eindämmungspolitik) ergriffenen Maßnahmen gehörten der von US-Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 vor Absolventen der Harvard University vorgeschlagene Marshallplan zur Verhinderung einer Übernahme Westeuropas durch die UdSSR und die Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages am 4. April 1949.

Kurzbiographien



Der republikanische Senator von Michigan **Arthur Vandenberg** war vom 4. Januar 1947 bis zum 3. Januar 1949 Präsident pro tempore des Senats.



Der General of the Army **George Marshall** war vom 21. Januar 1947 bis zum 20. Januar 1949 Außen- sowie von 1950 bis 1951 Verteidigungsminister.



Dean Acheson war vom 16. August 1945 bis zum 30. Juni 1947 der Vize des Außenministers. 1949 bis 1953 war er als Marshalls Nachfolger selbst Minister.

likaner erlangen. Diese kontrollierten beide Kammern des Kongresses und vertraten zumindest teilweise einen eher isolationistischen Kurs, wie sie es ja auch schon nach dem Ersten Weltkrieg getan hatten. Deshalb initiierte Truman ein

Treffen mit den wichtigsten Vertretern der Republikaner, darunter den Senatspräsidenten Arthur Vandenberg. An dieser Begegnung nahm neben Außenminister George Marshall auch dessen Staatssekretär Dean Acheson teil. Dieser be-

nutzte gleich zwei eindrucksvolle Bilder. Zum einen verglich er kommunistische Staaten mit faulen Äpfeln, die sehr schnell eine ganze Kiste voller Obst verderben könnten. Zum anderen verglich er ins sowjetische Lager wechselnde Staaten mit umstürzenden Dominosteinen, die andere mit sich reißen. Vandenberg veranlasste das zu dem Rat an den Präsidenten, vor das Parlament zu treten und „das amerikanische Volk zu Tode zu erschrecken“. Und das versuchte Truman am 12. März 1947 mit einer 18 Minuten langen Rede vor dem Kongress.

Er begann mit den Worten: „Der Ernst der Lage, mit der die Welt heute konfrontiert ist, erfordert mein Erscheinen vor einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses. Die Außenpolitik und die nationale Sicherheit dieses Landes sind betroffen.“ Danach bat der Präsident um die Zustimmung für Unterstützungsleistungen an Griechenland. Um die zumeist strikt antikommunistisch eingestellten Republikaner zu überzeugen, stilisierte Truman die-

LUDWIG STOLLWERCK

Ein Multitalent, das nicht nur Schokolade interessierte

Mit dem preußischen Unternehmer starb vor 100 Jahren ein Pionier auf dem Gebiet der Technik und der Werbung

Nach seiner Schulausbildung an der Volksschule und der hohen Bürgerschule absolvierte der am 22. Januar 1857 geborene Kölsche Jung Ludwig Stollwerck eine Ausbildung in dem von seinem Vater gegründeten Süßwarenunternehmen Franz Stollwerck & Söhne. Nach dem Tode des Vaters 1876 wurde dieses Unternehmen mit der von Ludwigs älteren Brüdern 1871 gegründeten Firma Gebr. Stollwerck zusammengelegt. 1881 wurde er Teilhaber.

Während seiner zahlreichen Aufenthalte im Ausland interessierten Ludwig Stollwerck insbesondere dessen Werbe- und Produktstrategien. Folgerichtig übernahm er im gemeinsamen Familienbetrieb die Werbung. Nach dem Tod seines ältesten Bruders Albert Nikolaus übernahm er 1883 den Vertrieb.

Stollwerck war in seinem Metier. 1886 sah er in den USA die ersten Münzautomaten. Nach seiner Rückkehr entwickelte er mit einem Ingenieur und einem Metallbauer den Verkaufsautomaten „Mercur“. Weitere Modelle folgten. Für die Automaten-Produktion gründete er 1894 ein eigenes Unternehmen, die Deutsche Automatengesellschaft Stollwerck & Co. (DAG). Die Automaten wurden nicht nur für den Verkauf von Stollwerck-Schokolade eingesetzt, sondern auch für den Verkauf von Fahrkarten, Parfüm und Toilettenpapier sowie Gerichten in Automatenrestaurants. So entstand mit den Automaten neben den Süßigkeiten ein zweites unternehmerisches Standbein.

Stollwercks Faible für technische Innovationen ließ ihn sich auch mit der



Ludwig Stollwerck 1918 Foto: Wikimedia

noch jungen Filmtechnik beschäftigen. Er initiierte Filmaufnahmen und organisierte erst versuchsweise und dann gewerblich Filmvorführungen. In einem von der Deutschen Automatengesellschaft Stollwerck & Co. angemieteten Saal fand 1896 die erste kommerzielle Vorführung mit einem Kinematographen statt. „Ohne Risiko und fast ohne Arbeit“ glaubte er mit dem Film Geld verdienen zu können.

Pionierarbeit in Deutschland leistete Stollwerck auch mit dem landesweit erstmaligen werblichen Einsatz des Emailschildes 1893 und des Zeppelins 1912. Aufsehen erregte er auch mit seinen Sammelbildern und -alben. Das 1904 herausgegebene Sammelalbum Nummer 7 gilt als das erste durchgehend mit Farbfotos versehene Buch in Deutschland.

Im Jahre 1902 wurde auf Stollwercks Betreiben hin das Familienunternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Familie übernahm die Stammaktien, auswärtige Investoren erhielten Vorzugsaktien. So kam das Unternehmen zu Geld, ohne dass die Familie die Führung aus der Hand geben musste.

Das bedeutet aber nicht, dass Stollwerck auf fremden Sachverstand verzichtet hätte. So ernannte er erstmals in der Firmengeschichte Prokuristen. Ab 1914 war die Familie im Vorstand nicht mehr unter sich.

Gesundheitlich angeschlagen zog sich Stollwerck 1920 aus der Geschäftsleitung zurück. Zwei Jahre später, am 12. März 1922, starb er in seiner Geburtsstadt. *Manuel Ruoff*



Der Präsident mit den Joint Chiefs of Staff: Der Generalstabschef der Air Force, Curtis Lemay, der Vorsitzende der JCS, Lyman Lemnitzer, der Generalstabschef der Army, George Decker, der Admiralstabschef der Navy, Arleigh Burke, und der Generalstabschef des Marine Corps, David Shoup, im Kabinettsraum des Weißen Hauses Foto: pa

WALTHER REINHARDT

Preußens letzter Kriegsminister

Gemäß dem aktuellen Traditionserlass grenzt sich die Bundeswehr zunehmend von früheren deutschen Streitkräften ab und konzentriert sich auf die eigene Tradition. Insofern stellt es eine Ausnahme dar, dass die 1968 nach dem württembergischen General der Kaiser- und der anschließenden Weimarer Zeit Walther Reinhardt benannte Reinhardt-Kaserne in Ellwangen (Jagst) noch immer so heißt. Das wird nicht zuletzt daran liegen, dass auch General Walther Reinhardt eine Ausnahme darstellte in seiner Loyalität zur Weimarer Republik.

Letzteres mag an seiner Herkunft liegen. Im Gegensatz zu seinem bedeutenden Gegenspieler General Hans von Seeckt war Reinhardt bürgerlich und stammte aus dem traditionell als liberal geltenden Württemberg. In dessen Armee machte der am 24. März 1872 in Stuttgart geborene Sohn eines württembergischen Generalmajors eine Karriere bis zum Oberst.

Als große Wende in seinem Leben gilt seine Berufung ins preußische Kriegsministerium. Ende Oktober 1918 übernahm er die Leitung von deren Demobilisierungskommission. Nach dem Abschluss des Waffenstillstandes von Compiègne wurde Preußens Kriegsminister auf eigenen Wunsch entlassen und Reinhardt dessen Nachfolger. Der Württemberger war Preußens letzter Kriegsminister.

Mit dem Ende des Kaiserreiches kam auch das Ende der Armeen seiner Bundesstaaten. An deren Stelle trat die Reichswehr. Der erste Chef der Heeresleitung wurde im Oktober 1919 Reinhardt. In dieser Funktion arbeitete er eng und vertrauensvoll mit dem sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske zusammen.

Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 gehörte Reinhardt zu den wenigen höheren Offizieren, die für den Einsatz der Reichswehr gegen die Putschisten um den General Walther von Lüttwitz und den Zivilisten Wolfgang Kapp plädierten. Die Reichswehr verhielt sich indes passiv, neutral gemäß dem Motto des Chefs des Truppenamtes General Hans von Seeckt: „Truppe schießt nicht auf Truppe“ beziehungsweise „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“.

Wegen dieser Haltung der Reichswehr musste der Reichswehrminister nach dem Putsch zurücktreten. Der Chef der Heeresleitung solidarisierte sich mit seinem Minister und trat ebenfalls zurück. In weniger wichtigen Verwendungen blieb Reinhardt bis 1927 bei der Truppe. Es passt zu ihm, dass er nach seinem Ausscheiden die nach ihm benannten Reinhardt-Kurse organisierte, die dem militärischen Nachwuchs zusätzlich zur militärischen Ausbildung auch politisches und ziviles Rüstzeug auf akademischem Niveau vermitteln sollten.

Zum Nationalsozialismus brauchte sich Reinhardt nicht mehr zu positionieren. Er starb am 8. August 1930 in Berlin.

Manuel Ruoff



FOTO: WIKIMEDIA

Vor 150 Jahren geboren: Reinhardt

OPERATION NORTHWOODS

Wie die US-Militärführung einen Angriff auf Kuba rechtfertigen wollte

Terrorakte unter falscher Flagge sollten den Vorwand für das Zuschlagen der US-Streitkräfte liefern. Vor 60 Jahren präsentierten die Joint Chiefs of Staff ihrem Präsidenten einen entsprechenden Plan

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Scheitern der vom US-Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) initiierten Invasion von Exilkubanern in der Schweinebucht im April 1961 suchte die Führung in Washington unter Präsident John F. Kennedy nach alternativen Möglichkeiten, um auf der Insel einen Regime Change durchzuführen. Hierfür initiierte Kennedy ein Komitee unter der Leitung seines Bruders Robert, das im November 1961 die Geheimoperation Mongoose beschloss. Die stand unter der Leitung von Brigadier General Edward Lansdale und verfolgte das Ziel, Castro zu ermorden und ein den USA genehmeres Regime auf der Zuckerrohrinsel zu installieren.

Es herrschte im Komitee Konsens, dass bei direkten militärischen Aktionen der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba es ratsam war, der eigenen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit gravierende Vorwände zu präsentieren. Deshalb ersuchte Lansdale die Joint Chiefs of Staff (JCS) am 5. März 1962 um die Übersendung einer „kurzen, aber genauen Beschreibung von Vorwänden ..., die eine Rechtfertigung für eine militärische Intervention der USA in Kuba liefern würden“.

„Gut koordinierte Zwischenfälle“

In Reaktion hierauf übermittelten die JCS am 13. März 1962 die erbetene Auflistung unter dem Titel „Justification for Military Intervention in Cuba“. Sie trug die Unterschrift des Vorsitzenden der JCS, General Lyman Lemnitzer, und wurde sowohl dem Verteidigungsminister, Robert McNamara, als auch dem Präsidenten vorgelegt. Darin empfahlen die Stabschefs der Teilstreit-

Kurzbiographien



Robert F. Kennedy wurde nach der Wahl seines älteren Bruders zum Präsidenten im Jahre 1960 US-Justizminister und einer dessen engsten Berater.



Edward Lansdale hat in beiden Indochinakriegen Erfahrungen in der Führung asymmetrischer Kriege gesammelt. 1957 bis 1963 arbeitete er im Pentagon.



Der vormalige Präsident der Ford Motor Company und spätere Weltbankpräsident **Robert McNamara** war von 1961 bis 1968 Verteidigungsminister der USA.

kräfte samt der Nationalgarde zahlreiche „false flag operations“, Unternehmen unter falscher Flagge. Militärische Kommandotrups oder CIA-Agenten sollten nicht nur kubanische Attacken auf die Streitkräfte der Vereinigten Staaten vortäuschen, sondern ebenso Terrorakte gegen zivile Schiffe und Flugzeuge der USA unter falscher Flagge verüben, um Kuba zu diskreditieren und eine scheinbare Legitimation für vorgebliche Gegenschläge zu erlangen.

Im Einzelnen enthalten das Schreiben und dessen Anhänge fast zwei Dutzend Ideen hinsichtlich der Inszenierung von „gut koordinierten Zwischenfällen“. Thematisiert werden unter anderem die diversen Möglichkeiten, den fälschlichen Eindruck zu erwecken, dass Castros Militärangriffe auf die seit 1903 von den USA genutzte Guantanamo Bay Naval Base gestartet oder Schiffe auf dem Weg dahin versenkt hätte. Dem folgen dann Sätze wie: „Wir könnten eine scheinbare Terrorkampagne der kubanischen Kommunisten in

Miami und anderen Städten in Florida oder sogar in Washington entfachen ... Wir könnten ein Boot voller kubanischer Flüchtlinge auf den Weg nach Florida versenken (tatsächlich oder vorgeblich)“. Anschließend heißt es, Angriffe durch Militärmaschinen scheinbar kubanischer Herkunft würden sicher „für zusätzliche Provokationen sorgen ... brauchbare Nachbildungen von MIG-Kampfflugzeugen ließen sich in etwa drei Monaten fabrizieren“.

In diesem Zusammenhang wird unter Punkt 8 ausgeführt: „Es wäre möglich, einen Vorfall zu inszenieren, bei dem ein ‚kubanisches‘ Flugzeug eine zivile Chartermaschine auf dem Weg von den USA nach Jamaika, Guatemala, Panama oder Venezuela angreift und abschießt.“ Als Passagiere kämen dabei idealerweise amerikanische Studenten auf einem Urlaubsflug in Frage. Dabei sollte der Tod der Insassen der Maschine vorgetäuscht werden, indem man eine ferngesteuerte unbemannte Kopie des zivilen Flugzeugs

nach fingierten Notrufen über dem offenen Meer abstürzen lässt.

Außerdem erwogen die Staatschefs, kubanische Attacken gegen benachbarte karibische Staaten wie Haiti, Guatemala, Nicaragua oder die Dominikanische Republik „zu simulieren“. So zum Beispiel in Form von nächtlichen Luftangriffen „kubanischer“ Bomber auf Flugplätze der Streitkräfte der Dominikanischen Republik. „Diese könnten durch ‚kubanische‘ Funksprüche sowie ‚kubanische‘ Waffenlieferungen ... an die kommunistische Guerilla-Bewegung im Lande ... ergänzt werden.“

Die JCS ließen sich nicht beirren

Wie aus einer Aktennotiz von Lansdale mit dem Titel „Meeting with the President, 16 March 1962“ hervorgeht, lehnte Kennedy die Vorschläge an jenem Tage ab. „Der Präsident sagte unverblümt, dass wir nicht über den Einsatz militärischer Gewalt diskutieren, dass General Lemnitzer die USA in Berlin oder anderswo derart engagiert finden könnte, dass er nicht in der Lage wäre, die in Betracht gezogenen vier Divisionen in Kuba einzusetzen.“ Dem schloss sich McNamara unmittelbar darauf an. Kennedy argumentierte also nicht ethisch-moralisch gegen die Vorschläge. Er kritisierte nicht etwa das Handeln unter falscher Flagge, sondern die Bindung von seinem Erachtens zu vielen Truppen.

Trotz Lemnitzers zwischenzeitlicher Abschiebung nach Europa planten die Joint Chiefs of Staff 1963 nochmals „false flag operations“ gegen das Castro-Regime. Nun sollte ein kubanischer Angriff auf Jamaika oder Trinidad-Tobago vorgetäuscht werden, um Hilferufe an die Adresse der USA zu provozieren. Doch Kennedy war nach wie vor nicht bereit, diese Ideen der Militärführung aufzugreifen.

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Der Schock über den Kriegsabbruch mitten in Europa sitzt tief – nicht nur im Westen, sondern auch in der russischen Bevölkerung. Noch eine Woche vor Beginn der „militärischen Operation“ in der Ukraine, wie Putin seinen Überfall nennt, hätte niemand damit gerechnet, dass dies wirklich passieren könnte.

„Meine Cousine Aljona aus dem Donbass haben wir in unserer Datscha südlich von Moskau untergebracht. Kaum, dass sie da angekommen war, erreichte sie die schreckliche Nachricht vom Tod ihres achtjährigen Enkels Dima. Aljonas Tochter Irina war mit dem Sohn in der Ukraine geblieben, weil sie Ärztin ist und dort gebraucht wurde. Ich kann es kaum ertragen, all die negativen Nachrichten im Fernsehen anzusehen. Ich versuche erst gar nicht die Sender Rossija 1 und Pervij Kanal einzuschalten“, sagt die 66-jährige Moskauerin Galina Suworowa.

Die beiden Staatssender berichten rund um die Uhr über die „Militäroperation“, wobei in erster Linie die Gräueltaten der Ukrainer gezeigt werden, und verbreiten die Sicht des Kreml. Die ständige Berieselung dürfte dazu beitragen, dass die Mehrheit der Russen immer noch glaubt, dass Putin keine andere Wahl geblieben sei, als die Ukraine anzugreifen, und dass er den Menschen im Donbass helfen wolle, die schon seit acht Jahren unter erbärmlichen Kriegsbedingungen leben mussten.

Rückzug ins Private

Viele Russen fühlen sich in einer verzweifelten und depressiven Verfassung angesichts der völlig veränderten Realität, in der sie über Nacht zu Angehörigen eines Aggressors wurden. Ganz gleich, wie der Krieg ausgeht, sie spüren, dass ihre Zukunft völlig ungewiss ist und keine gute sein wird. Ein Gefühl der Hilflosigkeit und einer bleiernen Schwere macht sich breit.

Wie Galina geht es vielen Otto-Normal-Bürgern in Russland. Nach zwei Jahren Corona-Pandemie, die besonders in den Großstädten zahlreiche Opfer gefordert hat, fehlt ihnen die Kraft, einen Krieg, dazu noch gegen ein Volk, in dem viele Verwandte haben, zu verarbeiten. Die alleinstehende Galina verlor zudem noch während der Pandemie ihre gut bezahlte Stelle in einem Import-/Export-Unternehmen. Da sie schon längst im Rentenalter ist, das



Schlimme Zeiten befürchtet: Russlandweit decken die Bürger sich mit Vorräten ein

Foto: imago images/ITAR-TASS

STIMMUNGSBILDER AUS RUSSLAND

Über Nacht Angehörige eines „Schurkenstaates“

Kollektivschuld der Russen? Bürgern droht wegen des Ukrainekriegs nicht nur der Verlust ihres Wohlstands, sondern auch ihres Ansehens in der freien Welt

für Frauen in Russland mit 60 beginnt, fand sie nur noch eine geringfügige Beschäftigung. Betrug ihr Einkommen zu Kriegsbeginn noch umgerechnet 350 Euro, waren es aufgrund des Rubelverfalls eine Woche später nur noch gut 200 Euro.

Bürger, die vom wirtschaftlichen Aufschwung des Landes nach dem Zerfall der Sowjetunion profitierten und sich als einigermaßen wohlhabend wählten, sehen sich nun in einer ähnlichen Situation wie ihre Eltern Anfang der 1990er Jahre: zum Sterben zu jung, zum Leben zu alt. Den Verlust ihres derzeitigen Vermögens wer-

den sie nie wieder aufholen können. Wie Galina ziehen sich auch viele ihrer Freundinnen ins Private zurück. Sie beschäftigen sich mit der Pflege ihrer betagten Eltern, mit eigenen Krankheiten und sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder. Viele reiche Russen hatten in der Vergangenheit ihre Söhne und Töchter ins Ausland studieren lassen, wo sie nicht selten wegen besserer Arbeitsmöglichkeiten geblieben sind. Auch heutigen Studenten drohen Schwierigkeiten. Wegen des Ausschlusses russischer Banken vom internationalen Zahlungssystem SWIFT und der Sperrung ihrer Visa-

und Masterkarten können ihre Eltern sie nicht mehr mit Geld versorgen.

Fernsehen versus Internet

Es sind überwiegend junge Menschen, die gegen den Krieg auf die Straße gehen. In allen größeren Städten des Landes kam es zu Demonstrationen mit zahlreichen Festnahmen. Der Anthropologe Alexander Asmolow sieht die Gefahr, dass daraus ein Generationenkonflikt entsteht. Die Jugend wünscht sich längst eine andere Führung als die Putins, mit dem sie aufgewachsen sind. Sie vertraut eher den Nachrichten aus

dem Internet als denen der Staatssender. Der Krieg vertiefte die Polarisierung der politischen Ansichten, da er niemanden kalt lasse, so Asmolow.

Besondere Lage

Dass dem so ist, davon konnte sich Natalia Romanova überzeugen, die sich im Königsberger Gebiet aufhielt, als am 24. Februar der Krieg begann. Sie traf eine Ukrainerin, die schon lange in der Exklave lebt und Putin-Anhängerin ist, weshalb ihre Kinder kein Wort mehr mit ihr wechseln.

Auch für die Inhaberin des Hamburger Reisebüros RusslandReisenRomanova kam der Angriff auf die Ukraine völlig überraschend. Sie wurde Zeugin, wie die Menschen im Gebiet die Situation erlebten. Obwohl der Gouverneur des Gebiets, Anton Alichanow, versuchte, die Bürger zu beruhigen, kam es zu Panikkäufen. In einigen Läden wurden Grundnahrungsmittel bereits knapp. Wie in anderen Städten auch, versorgten sich aufgeregte Bankkunden mit US-Dollar und Euro, bis die Automaten nichts mehr ausspuckten.

In Krisenzeiten wird den Bewohnern des nördlichen Ostpreußen ihre Exklavenlage besonders bewusst. Viele haben Angst, dass sie bald völlig isoliert sein werden. Noch ist es möglich, sich mit allem Notwendigen zu versorgen, aber wie es in zwei Wochen aussieht, ist völlig ungewiss.

Tragen alle Russen die Schuld?

Bei ihrer Rückkehr nach Hamburg musste Romanova feststellen, dass sich auch hier etwas verändert hatte, als einige ihrer deutschen Freunde sie dafür anfeindeten, dass sie Russin ist und Erklärungen von ihr verlangten. „Ich selbst verurteile diesen Krieg, aber die meisten Russen, mit denen ich gesprochen habe, sind immer noch für Putin. Ich kann das nicht erklären, dazu habe ich zu wenig Ahnung von Politik“, sagt die junge Frau der PAZ. Sie beklagt, dass die Bereitschaft zuzuhören verloren gegangen sei.

Ein vielfach angeführtes Argument der Putin-Anhänger ist, dass er das Leiden der Menschen in Lugansk und Donezk beenden wolle, für das sich im Westen jedoch niemand interessiere. Übersehen wird auch gerne, dass neben den Demonstrationen selbst russische Oligarchen sich gegen Putins Krieg ausgesprochen haben und Hunderttausende Russen sämtlicher Berufsgruppen ihre Unterschrift unter Antikriegs-Petitionen gesetzt haben.

ALLENSTEIN

Das polnische Echo auf den Krieg in der Ukraine

Das südliche Ostpreußen war auf Flüchtlingsströme gut vorbereitet – Antikriegsproteste vor dem Rathaus

Der russische Einmarsch in die Ukraine versetzte die Menschen in Allenstein und Ostpreußen in helle Aufregung. Die Furcht vor einer Ausweitung des Konflikts und dem Ausbruch des Dritten Weltkriegs ist groß. Aufgrund von Gerüchten über zu erwartende Treibstoffpässe und drastische Preiserhöhungen bildeten sich lange Schlangen an den Tankstellen, und viele stürmten die Geldautomaten. Aus Angst vor einer weiteren Zuspitzung des Konflikts begeben sich viele zur Passbehörde im Woiwodschaftsamt, um Pässe zu beantragen, für den Fall, dass man vor dem Krieg fliehen muss.

Neben diesen panischen Reaktionen gibt es auch eine bemerkenswerte Unterstützung für die Ukrainer. Am 24. Februar fand eine Solidaritätskundgebung vor dem Allensteiner Rathaus statt. Mehr als 1000 Menschen nahmen daran teil, darunter örtliche Politiker und Vertreter der lokalen Behörden. Die Demonstranten trugen ukrainische Flaggen und Plakate zur Unterstützung der Ukrainer. An der Kundgebung nahmen Schüler, Lehrer und Eltern der Grundschule Nr. 8 in Bartenstein mit Ukrainisch als Unterrichtssprache teil.

Als die russischen Truppen an der ukrainischen Grenze zusammengezogen wurden, erhielten die polnischen Woiwoden aus Warschau bereits die Anweisung, Unterkünfte für potentielle Kriegsflüchtlinge vorzubereiten.

Große Hilfsbereitschaft

Die Stadt Elbing gab bekannt, 420 Plätze in vier Schulturnhallen zur Verfügung zu stellen. Allensteins Stadtpräsident Piotr Grzymowicz teilte mit, dass Allenstein etwa 60 Unterkunftsplätze für Flüchtlinge in der Jugendherberge Relax gemeldet habe. Weitere Flüchtlingsheime entstanden in Lansk, Frauenburg, Wapltitz oder Osterode. Vor allem Mütter mit Kindern, die Anfang März in Allenstein eintrafen, fanden dort Schutz. Die meisten Ukrainer kommen aus Lemberg und Umgebung, aber es gab auch eine Gruppe von Menschen aus der Ostukraine. Am Hauptbahnhof wurde eine Informationsstelle für ankommende Flüchtlinge eingerichtet. Häufig werden den Flüchtlingen von Nichtregierungsorganisationen und Privatpersonen Unterkünfte zur Verfügung gestellt. Aber man muss damit rechnen,

dass täglich mehr Flüchtlinge kommen werden. Grzymowicz sagte, dass es derzeit an einer Erfassung von Flüchtlingen mangelt, was zu Problemen führt, zum Beispiel im Bildungswesen.

Rund 44.000 Euro werden für die Oblast Riwna in der Ukraine gespendet. Das Geld wird für den Kauf dringend benötigter Dinge, einschließlich Lebensmitteln, verwendet. Verschiedene Stiftungen

und Organisationen, darunter die Lebensmittelbank und Schulen, sammeln Geld und Sachspenden. Die Menschen spenden nicht nur Kleidung, Decken, Schlafsäcke und lange haltbare Lebensmittel, sondern auch Medikamente, Verbandstoffe und Unterkünfte in ihren Häusern und Wohnungen. Das Hospiz der Caritas-Erzdiozese Ermland in Allenstein beteiligt sich ebenfalls an der Hilfsaktion und bereitet sich auf die Aufnahme von Patienten vor, die eine palliative Versorgung benötigen, darunter auch solche, die mit Hilfe eines Beatmungsgeräts beatmet werden müssen.

Ukrainer, die schon länger in Allenstein arbeiten, lassen sich zur ukrainischen Armee einberufen. Zu diesem Zweck kehren einige Arbeiter ukrainischer Herkunft in ihr Heimatland zurück, um es gegen die Russen zu verteidigen. So kündigten kürzlich 40 Bauarbeiter ihr Arbeitsverhältnis, die bei dem Umbau der Sporthalle Urania beschäftigt waren. Angesichts der von vielen Ländern des Westens verhängten Sanktionen kündigte Allenstein seine Städtepartnerschaft mit Königsberg.



Kundgebung gegen den Krieg: 1000 Teilnehmer kamen zum Allensteiner Rathaus

FOTO: D.K.

Dawid Kazanski



KÖNIGSBERG

Die alte Reichsbrücke bleibt erhalten

Bauarbeiten für neue Pregelüberquerungen haben begonnen – Bürger sind nur teilweise zufrieden

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Bereits im vergangenen Jahr gab es hitzige Diskussionen zwischen Architekten, besorgten Bürgern und Behörden über die Zukunft der berühmten historischen doppelstöckigen ehemaligen Reichsbrücke von Königsberg, die den Status eines Kulturbesitzes hat. Der Bau dieser doppelstöckigen Brücke begann 1913, wurde während des Ersten Weltkriegs unterbrochen und wurde 1926 abgeschlossen.

Vor dem Zweiten Weltkrieg fand der Straßenverkehr auf dem Unterdeck und der Eisenbahnverkehr auf dem Oberdeck statt. Ursprünglich war die Brücke mit einem horizontalen Drehmechanismus ausgestattet, der es ermöglichte, den mittleren Teil der Brücke mit Hilfe von zwei Elektromotoren in weniger als drei Minuten um 90 Grad zu drehen, um Schiffe passieren zu lassen.

Im Jahr 1945 wurde die Brücke von Wehrmachtstruppen auf dem Rückzug gesprengt. 1949 wurde die zweistöckige Brücke wiederaufgebaut, wobei der Schwenkmechanismus durch einen Hebe- und Drehmechanismus ersetzt wurde, sodass der mittlere Teil zwischen den beiden Türmen angehoben wurde.

Kulturerbe von regionaler Bedeutung

Durch einen Erlass der Regierung des Königsberger Gebiets vom 23. März 2007 erhielt die doppelstöckige Brücke den Status eines Kulturbesitzes von regionaler Bedeutung. Die Brücke wird immer noch für den Straßen- und Schienenverkehr genutzt. Der Fahrzeugverkehr ist an dieser Stelle sogar so hoch, dass die Kapazität der Brücke und der angrenzenden Straßen ausgelastet ist.

Da die Konstruktion der Brücke nach einer Inspektion jedoch für nicht mehr sicher genug befunden wurde, gab es eine Debatte über ihre Zukunft. Die Idee, eine zusätzliche Doppelbrücke zu bauen, stieß bei den Bürgern auf ein geteiltes Echo. Dieser Vorschlag wurde als Alternative zum vollständigen Abriss der Brücke unterbreitet.



Bauarbeiten sind in vollem Gange: Neben der ehemaligen Reichsbrücke (r.) entstehen zwei neue Brücken

Foto: J.T.

Derzeit ist die bisherige Brücke als Fußgängerüberführung freigegeben, aber beidseits der alten sollen zwei neue Brücken gebaut werden: eine Eisenbahnbrücke und eine Straßenbrücke. Mit dem Bau wurde bereits begonnen.

Ein Lastkahn wurde auf dem Pregel bis zur Stelle der neuen Kreuzung am Alten Graben/Ausfalltorstraße [Marschall-Bagramjan-Straße] und der Holländerdammstraße [General-Butkow-Straße] gefahren. Die ersten tragenden Elemente der Brücke wurden mit einem Schwimmkran an Land gebracht. Die Pfähle für die Eisenbahnbrücke wurden eingerammt, und die Vorbereitungen für den Bau der Pfeiler der Straßenbrücke sind im Gange. Die Leiterin der Stadtverwaltung, Jelena Djalowa, wies darauf hin, dass der Bau

der Eisenbahn- vor den Arbeiten an der Straßenbrücke Vorrang habe.

Zwei neue Brücken statt einer

Insgesamt sind für die Straßenbrücke acht große Pfeiler geplant, von denen zwei im Flussbett stehen werden. Die Gesamtlänge der Brücke wird 386 Meter betragen. Darauf werden sechs Fahrspuren zur Verfügung stehen. Während der Bauarbeiten müssen die Stromleitungen, die über den Fluss verlaufen, unterirdisch verlegt werden. Das Brückengebiet wird über etwa zwei Kilometer Zufahrtsstraßen verfügen.

Während der Bauzeit werden die Bewohner des Königsberger Gebiets mit Zeit raubenden Umleitungen konfrontiert sein. Von den sechs Fahrspuren auf der Holländerdammstraße werden die

Bauarbeiten nur drei für die Verkehrsteilnehmer übrig lassen. Es ist geplant, dass die neuen Brücken spätestens im Mai 2024 in Betrieb genommen werden können. Bis dahin wird die Verkehrsführung voraussichtlich mehr als einmal geändert.

Die Tatsache, dass die alte Reichsbrücke erhalten bleibt, begrüßte die Mehrheit der Bürger. Dass die historische Brücke von beiden Seiten eingezwängt und durch zwei neue Brücken verdeckt wird, ist für Fachleute des Städtebaus jedoch verwirrend. Denn es sei nicht nur wichtig, das Kulturgut zu erhalten, sondern auch die historische Umgebung.

Die voraussichtlichen Baukosten belaufen sich umgerechnet auf fast 129 Millionen Euro für jede Brücke. Die Arbeiten sollten etwa fünf Jahre dauern.

ALLENSTEIN

„Die Galgen“ könnten bald Vergangenheit sein

Stadtpräsident Piotr Grzymowicz will dem sowjetischen Denkmal den Schutzstatus entziehen

Das schon länger umstrittene Denkmal der sowjetischen Eroberung von Erm-land und Masuren auf dem Platz beim Marschall- und Woiwodschaftsamt in Allenstein – im Volksmund auch „die Galgen“ genannt – könnte bald der Vergangenheit angehören. Es wurde in den Jahren 1949 bis 1953 als Denkmal der „Dankbarkeit“ gegenüber der Roten Armee unter anderem mit Baumaterial vom Tannenberg-Denkmal bei Hohenstein errichtet und 1993 unter Denkmalschutz gestellt. Das will Allensteins Stadtpräsident Piotr Grzymowicz jetzt ändern.

„Dankbarkeit“ gegenüber der Roten Armee

Auf seinem Facebook-Profil kündigte er am 2. März an, einen Antrag auf Aufhebung des Schutzes für das Denkmal beim Ministerium für Kultur und nationales Erbe einzureichen. Er begründete das mit



Schon lange umstritten: Denkmal für die roten „Befreier“ in Allenstein

Foto: U.H.

der russischen Aggression gegen die Ukraine, die „von der zivilisierten Welt, zu der wir gehören, nicht hinzunehmen ist“. Weiter heißt es in dem Post: „Da das heutige, verbrecherische, putinsche Russland sich auf die Tradition der Roten Armee beruft, deren Brutalität die Einwohner Ermlands und Masurens im Jahr 1945 erfahren haben, habe ich mich zum Stellen dieses Antrag [...] entschieden.“

Denkmalentfernung wegen der russischen Aggression gegen die Ukraine

Sollte der Schutz für das Denkmal aufgehoben werden, könnte es abgerissen werden. Vor der Entscheidung über das weitere Schicksal des Denkmals werde er aber den Meinungsaustausch mit den Einwohnern Allensteins suchen, kündigte Grzymowicz für diesen Fall schon an.

Uwe Hahnkamp

MELDUNGEN

Königs-Kiefer umgestürzt

Hirschen – Die „Königs-Kiefer“, ein Naturdenkmal in einem Reservat am Mucker-See, ist Opfer der Stürme im Februar geworden, wie der Masurische Landschaftspark meldete. Das Alter des Baumes wird auf mehr als 320 Jahre geschätzt. Der Sturm Anfang Februar hat viele Zerstörungen im Baumbestand verursacht. Auf der Web-Seite des Parks ist ein Bild der umgestürzten „Königs-Kiefer“ zu sehen. Sie hatte eine Höhe von 35 Metern und einen Umfang von 3,60 Metern und war bereits 1973 abgestorben. Sie stand im Reservat am Bildungsweg Kruttinnen-Hirschen. Das Holz der umgeworfene Kiefer bleibt vor Ort im Reservat, damit es neuen Mikroorganismen sowie Pilzen, Moosen und Insekten einen Lebensraum bietet. Die Aufgabe des Naturschutzreservates ist es, einen mehr als 200 Jahre alten Kiefernbaum-Bestand und drei darin befindliche Seen zu schützen. In dem Gebiet steht auch ein weiteres in Masuren bekanntes Naturdenkmal: die 420 Jahre alte „Eiche am Mucker“.

PAZ

Kanalbau schreitet voran

Elbing – Bis zum Ende dieses Jahres soll das erste Schiff durch den Kanal ins Frische Haff fahren. Noch könne kein konkretes Datum genannt werden, weil noch ein schwieriger Teil der Arbeiten, die Befestigung der Schleusentore, bevorstehe. Marek Grobarczyk, der Infrastruktur-Vize-minister, sagte, dass es die erste Investition dieser Art in der Republik Polen sei und er die Hoffnung habe, dass alles rechtmäßig zugehen wird. Er ergänzte, dass die Öffnung des Kanals zum Frischen Haff die Chance zur Entwicklung der am Haff gelegenen Orte wie Elbing und Frauenburg biete. Weiter hob er hervor, dass mit dem Bau des Kanals die Vertiefung des Wasserweges durch das Frische Haff und durch den Elbing-Fluss sowie die Modernisierung des Elbinger Hafens und der Bau neuer Brücken einherschreiten wird. PAZ

Wrackteile an der Ostsee

Strobjehnen – An der Ostseeküste wurde am Strand in der Nähe von Strobjehnen das Wrack eines alten Holzschiffes entdeckt. Dmitrij Mamontow, Mitglied des Unterwasserforschungsclubs des Ozeanmuseums in Königsberg, hat es gefunden. Anschließend wurde das Fundstück in das Zentrum für maritimes Erbe gebracht. Dort sollen Wissenschaftler das Objekt untersuchen und weitere Einzelheiten herausfinden. Wie die Museumsleitung mitteilte, werden nach der eingehenden Untersuchung Restauratoren versuchen, das Fragment des alten Schiffes zu erhalten, um es für die Ausstellung zum Thema „Unterwassererbe der Region“ der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

MRK

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Paulus, Anna, geb. **Czeslik**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. März

Wicking, Helene, geb. **Robatzek**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 17. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Otto, Hildegard, geb. **Schwesig**, aus Wehlau, am 16. März
Schultz, Elfriede, geb. **Denda**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gutthat, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. März
Saß, Margarete, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. März
Schmitz, Frieda, geb. **Schwarz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 13. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Günther, Lieselotte, geb. **Turrowski**, aus Lyck, am 11. März
Holuba, Renate, geb. **Kirschnick**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. März
Nickel, Christel, geb. **Hömke**, aus Fischhausen, am 17. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Benger, Grete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 11. März
Daschkey, Paul, aus Mulden, Kreis Lyck, am 17. März
Erwin, Gerda, geb. **Lenz**, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 11. März
Falk, Ruth, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. März
Hoffmann, Hannelore, geb. **War-nat**, aus Lyck, am 14. März

Hofmann, Erika, geb. **Ballnus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 12. März

Klause, Ega, geb. **Freude**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrun-gen, am 14. März

Lojewski, Siegfried, aus Scha-reiken, Kreis Treuburg, am 15. März

Schulz, Margarete, geb. **Freiwald**, aus Lyck, am 14. März

Sültemeyer, Else, geb. **Roziewski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dombrowski, Herbert, aus Lyck, Bahnhofstraße 1, am 13. März

Gunia, Irene, geb. **Hanke**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhau-sen, am 12. März

Mattke, Richard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 12. März

Ott, Trude, geb. **Homp**, aus Groß-heidekrug, Kreis Fischhausen, am 16. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bierkandt, Ruth, geb. **Wehowski**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. März

Budzinski, Harry, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. März

Gillwald, Kurt, aus Reichau, Kreis Mohrun-gen, am 15. März

Hänsel, Lieselotte, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 11. März

Meyer, Waltraud, geb. **Ollech**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. März

Robitzki, Erna, geb. **Lütje**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 18. März

Schumann, Helmut, aus Rode-bach, Kreis Ebenrode, am 12. März

Seibel, Meta, geb. **Eisermann**, aus Bagnitten, Kreis Mohrun-gen, am 11. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beyer, Waltraud, geb. **Lau**, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 11. März

Brückner, Waltraud, geb. **Schön-herr**, aus Lötzen, am 17. März

Kohn, Waltraud, geb. **Kehlert**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. März

Milewski, Anni, geb. **Schalmann**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 11. März

Pyko, Heinz, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. März

Schlüter, Ingeborg, geb. **Hein**, aus Treuburg, am 17. März

Schmidtke, Waltraud, geb. **Kol-berg**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. März

Schönholz, Gudrun, aus Lyck, am 17. März

Steinke, Anneliese, geb. **Kirsch-nick**, aus Sorthenen, Kreis Fisch-hausen, am 14. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bauer, Gerti, geb. **Lucka**, aus Haa-senberg, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Föllscher, Gerda, geb. **Dumschat**, aus Ebenrode, am 12. März

Gruppe, Ursula, geb. **Dotzek**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 11. März

Hille, Gerhard, aus Neidenburg, am 13. März

Loosen, Maria, geb. **Meyer**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 12. März

Mielenz, Irmgard, geb. **Kudritz-ki**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 12. März

Muscheites, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 14. März

Nagorny, Gerda, aus Gailau, Kreis Lyck, am 16. März

Riekewald, Günter, aus Lyck, am 14. März

Salomon, Edeltraud, geb. **Dom-mel**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 14. März

Schumacher, Anneliese, geb. **Kropka**, aus Mohrun-gen, am 11. März

Smaka, Waldemar, aus Markau, Kreis Treuburg, am 12. März

Steinmann, Johanna, geb. **Osen-ger**, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. März

Zywietz, Werner, aus Passen-heim, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bendick, Reinhard, aus Wehlau, am 14. März

Berger, Else, geb. **Grüner**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 13. März

Brötje, Katharina, geb. **Kuhr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 16. März

Erbuth, Reinhold, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 15. März

Fischkal, Edith, geb. **Mankau**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. März

Fröhlich, Ingrid, geb. **Leinert**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 15. März

Grenz, Kurt, aus Lank, Kreis Hei-ligenbeil, am 13. März

Hein, Hannelore, geb. **Meller**, aus Diewens, Kreis Fischhausen, am 17. März

Köpke, Wolfgang, aus Mohrun-gen, am 12. März

Kurpjuhn, Otto, aus Eibe-nau, Kreis Treuburg, am 12. März

Mandel, Hans-Jürgen, aus Treu-burg, am 16. März

Rudz, Else, geb. **Malinka**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 14. März

Ruske, Edith, geb. **Maczeyzik**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 12. März

Schröder, Christel, aus Thieren-berg, Kreis Fischhausen, am 13. März

Weier, Werner, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 16. März

Wischnat, Gerhard, aus Ebenro-de, am 15. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Balzer, Irmgard, geb. **Taday**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 17. März

Bankmann, Stephan, aus Lyck, am 16. März

Böker, Edith, geb. **Westphal**, aus Klein Friedrichsdorf, Kreis Elch-niederung, am 13. März

Hartmann, Herta, geb. **Borutta**, aus Deutschheide, Kreis Ortels-burg, am 13. März

Lucka, Gerhard, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Mühlhoff-Gerecht, Helga, geb. **Meyer**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 11. März

Newiger, Hans, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 16. März

Oberfrank, Elfriede, geb. **Sal-ewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. März

Oberhoff, Herta, geb. **Mucha**, aus Kannwiesen, Kreis Ortelsburg, am 15. März

Osigus, Elisabeth, geb. **Samors-ki**, aus Klein Jerutten, Kreis Or-telsburg, am 16. März

Pantel, Kurt, aus Fischhausen, am 12. März

Senge, Hedwig, geb. **Rux**, aus Nei-denburg, am 16. März

Siepmann, Regina, geb. **Tilitzki**, aus Fischhausen, am 15. März

Steinfath, Käte, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 13. März

Thommek, Käthe, geb. **Knies**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baumann, Siegfried, aus Nuß-berg, Kreis Lyck, am 13. März

Baumgarten, Margarete, geb. **Marks**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 13. März

Böhm, Horst, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 15. März

Burhorst, Renate, geb. **Ruhnau**, aus Menguth, Kreis Ortelsburg, am 11. März

Decker, Hildegard, geb. **Patz**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 16. März

Gebert, Wilfriede, geb. **Hasso**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 13. März

Glitsch, Christel, geb. **Stacklies**, aus Neukirch, Kreis Elchniede-rung, am 12. März

Grigo, Herta, geb. **Buhr**, aus Petz-kau, Kreis Lyck, am 14. März

Hänschen, Helmut, aus Richau, Kreis Wehlau, am 12. März

Hoppe, Erich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 16. März

Hoth, Brigitte, geb. **Zeiger**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 11. März

Kärsten, Eva, geb. **Haberland**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Ey-lau, am 13. März

Kerling, Helmut, aus Lyck, am 16. März

Kulschewski, Horst, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 17. März

Nikutowski, Werner, aus Giesen, Kreis Lyck, am 12. März

Richter, Hildegard, geb. **Kusau**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 12. März

Schäfer, Alfred, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 15. März

Steinwasser, Sigrid, geb. **Murza**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 14. März

Stoldt, Edith, geb. **Piontek**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 17. März

Tiller, Marlene, geb. **Lagerpusch**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchnie-derung, am 15. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berger, Gerhard, aus Maschen, Kreis Lyck, am 13. März

Czichowski, Günter, aus Großep-pingen, Kreis Neidenburg, am 15. März

Dombrowski, Barbara, geb. **Pop-pek**, aus Ortelsburg, am 15. März

ANZEIGE

Wendelin Schlosser
„Kulturrevolution –
Hass auf das Normale“

Die Deutschen kommen nicht mit dem Selbsthass zur Welt, sondern sie werden von Hasspredigern zum Selbsthass erzogen. Die vom Selbsthass zerfressenen Deutschen marschieren mit gefalteten Händen und geschlossenen Gosen dem Abgrund entgegen.

ISBN: 978-3-8372-2443-6
 2021, 262 S., 19,80 €

August von Goethe Literaturverlag

Gosdzinski, Gerd, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 11. März

Grütz, Erika, geb. **Donnerstag**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 13. März

Hau, Herbert, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 15. März

Heß, Wally, geb. **Pulkeit**, aus Wehlau, am 11. März

Lehner, Irene, geb. **Froese**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 11. März

Hinweis

Alle auf den Seiten
„Glückwünsche“ und
„Heimat“ abgedruckten
 Glückwünsche, Berichte
 und Ankündigungen werden
 auch ins Internet gestellt.
 Der Veröffentlichung kön-
 nen Sie jederzeit widerspre-
 chen.

Landsmannschaft Ostpreu-
 ßen e.V., Buchtstraße 4,
 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Lingk, Edeltraut, geb. **Nogga**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 17. März

Manthey, Reinhard, aus Goyden, Kreis Mohrun-gen, am 17. März

Narkiewicz, Hilda, aus Soffen, Kreis Lyck, am 17. März

Przygoda, Walter, aus Lieben-berg, Kreis Ortelsburg, am 13. März

Rausch, Brigitte, geb. **Weber**, Kreisgemeinschaft Preußisch Ey-lau, am 15. März

Schaar-Hilgers, Ursula Marian-ne, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 17. März

Schröder, Monika, geb. **Bauer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. März

Weiß, Helga, geb. **Dilba**, aus Treu-burg, am 15. März

Zielinski, Brunhilde, geb. **Kikul**, aus Gutfeld/Frankenau, Kreis Nei-denburg, am 15. März

Zusendungen für die Ausgabe 13/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 13/2022 (Erstverkaufstag 1. April) **bis spätestens Dienstag, den 22. März**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt

23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg

25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)

1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Heilsberg

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg

10. bis 16. Oktober: Werkwo-che in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Treffen

Nürnberg – Dienstag, 29. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, (Ende der U1 gegenüber): Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen zum Thema „Die Volksabstimmung in Ostpreußen im Jahr 1920“.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531)2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Tel.: (05901)2968

Treffen

Holzminden – Freitag, 25. März: Treffen, Frau Nütz wird Sprichwörter, Weisheiten und Redewendungen erklären, die ursprünglich aus der Bibel stammen.

PAZ wirkt!



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964)1037, **Fax** (02964)945459, **E-Mail:** Geschaef@ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Jahreshauptversammlung

Bielefeld – Montag, 21. März, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Jahreshauptversammlung der Ost- und Westpreußen Bielefeld bei Kaffee und Kuchen. Erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“. Es gilt die 3G Regel.

Bitte Voranmeldung bei Barbara Dörr unter Telefon (0521)82026, oder bei Gertrud Riede unter Telefon (05202)5584.

Alle Mitglieder werden gebeten nach Möglichkeit an der Jahreshauptversammlung teilzunehmen. Ebenso willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, ständige Mitarbeiter und Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie aus anderen Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens. Wir freuen uns auf Ihr Kommen. *Der Vorstand*



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371)301616

Tag der Heimat

Leipzig – 23. April, 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Beginn, Saal des Kleingartenvereins „Seilbahn“, Max-Lie-

bermann-Straße 91, 04157 Leipzig: Der „Freundeskreis Nordostpreußen/Kaliningrad“ lädt nach drei Jahren Unterbrechung gemeinsam mit dem Aussiedlerverband Sachsen, der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und dem Regionalverband der Vertriebenen und Spätaussiedler Leipzig/Nord-sachsen wieder zum Tag der Heimat ein.

Nach so langer Pause möchten wir mit Ihnen wieder ein schönes und angenehmes Treffen erleben. Das Ensemble Sonnenschein, Christopher Spatz und andere werden für gute Unterhaltung sorgen. Begleitet wird die Veranstaltung durch die Präsentation der Wanderausstellungen „Wolfskinder“ und „Heimatwechsel“ der Stiftung Erinnerung, Begegnung, Integration – Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen.

Sie können sich bei Ihrem Besuch auf ein Wiedersehen mit alten Freunden und Bekannten sehr freuen. Wir rechnen mit reger Teilnahme und prominenten Besuchern.

Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Hinweise und Fragen bitte unter Telefon (0341)9010730 oder per Mail an ebs.grashoff@web.de

Barbara und Eberhard Grashoff



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V. Bericht

Flensburg – In diesem Jahr konnten wir unsere Mitgliederversammlung, die seit Jahren mit einem Grünkohlessen eröffnet wird, planmäßig am 9. Februar abhalten. Mit 23 stimmberechtigten Teilnehmern, dazu ein Gast, war die Hälfte unserer Mitglieder vertreten, eine

große Freude für den Vorstand. Die Tagesordnung entsprach der in der PAZ vom 28. Januar veröffentlichten, wobei die doppelte Aufführung des TOP 13 korrigiert wurde.

Wir gedachten der im Vorjahr von uns gegangenen Mitglieder. Fünf Landsleute hatten uns verlassen: Klaus Gehrmann (89 Jahre), Christel Sauerwein (84 Jahre), Hildegard Schwitzkowski (90 Jahre), Elisabeth Sporleder (91 Jahre) und Hanna Straif (91 Jahre). Sie alle werden in unserem Gedächtnis bleiben.

Seinen Jahresbericht konnte der Vorsitzende relativ kurz halten, da durch die Pandemie im ersten Halbjahr 2021 keine Veranstaltungen stattfinden konnten. Er sprach die verbliebenen sechs Treffen an, von denen er besonders die Gedenkfeier am Totensonntag mit der Teilnahme von Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange hervorhob. Er berichtete von den Restaurierungsarbeiten am Ehrenmal Stein des Osten (getragen durch die Stadt Flensburg) sowie an den kleineren Gedenksteinen der einzelnen Provinzen (getragen durch die VLM FI e.V. und ermöglicht durch eine großzügige Spende der Flensburger Helmut-Schumann-Stiftung), die abgeschlossen werden konnten.

Die Kassenführung war, wie in den vergangenen Jahren, ohne Fehl und Tadel, so konnten die Kassenprüferinnen grünes Licht geben und die Entlastung des Vorstandes empfehlen. Diese erfolgte einstimmig. Der Haushaltsentwurf 2022 ist solide aufgestellt; er weist ein geringes Minus auf, der aber bei der guten finanziellen Lage des Vereins kein Problem darstellt.

Die anstehende Wahl zum Vorstand (alternierend wird jährlich die Hälfte des Vorstandes neu gewählt) wurde wie im Vorjahr professionell durch Landsmann Hermann Welk geleitet. Alle zur Wahl stehenden Amtsinhaber (Vorsitzender, Schriftführerin, zwei Beisitzer/-innen) stellten sich zur Wiederwahl. Da es keine weiteren

Kandidaten gab, wurden die Amtsinhaber erneut gewählt; einstimmig. Der wiedergewählte Vorsitzende dankte dem Wahlleiter und äußerte seine Hoffnung und Erwartung, dass der neu gewählte Vorstand weiterhin gut zum Wohle des Vereins arbeiten werde.

Die weiteren TOP (Information über die Berichterstattung in der PAZ/Michael Weber; Bericht über die Landesgruppen der Ostpreußen und der Pommern/Vorsitzender) nahmen wenig Zeit in Anspruch. Die Vorschau des Vorsitzenden auf den Totensonntag 2022 mit der 70. Wiederkehr der Aufstellung des Stein des Ostens, hier besonders die Liste der Einzuladenden, benötigte etwas mehr Raum. Dieses Thema konnte noch nicht abgeschlossen werden, sodass der Vorstand noch Arbeit vor sich hat.

Unter „Verschiedenes“ übermittelte der Vorsitzende Grüße der pommerschen Landsmannschaft sowie des Arbeitskreises Stettin (Ursula Zander), wies auf die kommenden Veranstaltungen hin und stellte die Durchführung der im Mai vorgesehenen Tagesfahrt nach Nordstrand zur Abstimmung, da die beteiligten Gastronomen keine verlässliche Zusage der Durchführung geben konnten. Die Mitglieder entschieden sich in der Mehrheit, die Fahrt auszusetzen und sich auf die etwas später im Jahr vorgesehene Fahrt durch Angeln zu konzentrieren. Im weiteren Verlauf berichtete Landsmann Welk über eine für September festgelegte Fahrt nach Saatzig. Mit ausgiebiger Zeit zum Planchieren bei Kaffee und Gebäck sowie dem Spielen des Ostpreußen- und Pommernliedes ging die Veranstaltung zu Ende.

Ankündigung VLM FI

Flensburg – Dienstag, 15. März, 15 Uhr, TSB-Heim, Eckener Straße: Kaffeetafel mit Vortrag, Herr Jensen (jüdische Gemeinde) trägt vor zur Thematik „Jüdisches Leben in Flensburg“.



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203)43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

70 Jahre Memellandgruppe und Bezirkstreffen

Düsseldorf – Achtung neuer Termin, Freitag, 13. Mai, 10.30 Uhr (Einlass), 11 Uhr (Beginn), Gerhart-Hauptmann-Haus, Eichendorff-Saal, Bismarckstraße 90: Feier zum 70-jährigen Bestehen der Memellandgruppe Düsseldorf verbunden mit einem Bezirkstreffen. Die Feierstunde wird durch die Vorsitzende Karin Gogolka eröffnet. Danach folgt ein Vortrag des Bundesvorsitzenden der AdM Uwe Jurgsties. Musikalische Begleitung durch Waldemar Dantschenko. Anschließend gemeinsames Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen. Der Unkostenbeitrag beträgt 10,- Euro und beinhaltet den Eintritt, Mittagessen, Kaffee und Kuchen sowie alkoholfreie Getränke.

Wegen der Vorbestellung des Essens bitte telefonische Anmeldung unter (02452)62492. Wir freuen uns, wenn Sie sich den Termin freihalten und zu uns kommen. Wegen der ständigen Änderungen der Corona-bedingten Einschränkungen, die möglicherweise auch zu einer Absage führen können, fragen Sie bitte nach dem aktuellen Stand bei mir nach.

Der ursprünglich vorgesehene Termin 19. März musste aus verschiedenen Gründen leider abgesagt werden. *Karin Gogolka*

770-Jahr-Feier

Mannheim – Anlässlich der 770-Jahrfeier der Stadt Memel ha-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-02-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie40 Euro
Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Fortsetzung von Seite 15

ben wir unter Beteiligung der Chorgemeinschaft Frederic Zeiler und dem Förderverein Städtepartnerschaften Mannheim eine Reise vom 30. Juli bis 7. August geplant.

Abflug am 30. Juli ab Frankfurt nach Riga. Von dort per Bus (der uns bis zum Rückflug am 7. August zur Verfügung steht) nach Memel für fünf Übernachtungen im neuen 4-Sterne-Hotel Victoria.

Am 31. Juli Stadtrundgang in Memel und Konzert der Chorgemeinschaft. 1. August zur freien Verfügung. 2. August Ausflug Kurische Nehrung. 3. August Ausflug in das Memelland mit Schifffahrt. 4. August: Memel-Kaunas (Stadtbesichtigung) und weiter für zwei Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel Novotel Centrum in Wilna. 5. August: Stadtrundgang/-fahrt in Wilna. 6. August: Fahrt von Wilna über Siauliai (Berg der Kreuze) nach Riga zur Übernachtung im 4-Sterne-Hotel Radisson Latvija. 7. August: nach dem Frühstück Stadtbesichtigung von Riga und Rückflug nach Frankfurt (Ankunft 18 Uhr).

Der Reisepreis für Flug Frankfurt-Riga-Frankfurt, acht Übernachtungen mit Frühstück, fünfmal Halbpension, Buskosten und aller Ausflüge können bei Uwe Jurgsties erfragt werden.

Wegen der fälligen Anzahlung bei der Fluggesellschaft wird um schnellste Anmeldung unter Telefon (06203) 43229 bei Uwe Jurgsties und einer Anzahlung von 150,- Euro pro Person auf das Konto: UTTA Uwe Jurgsties, IBAN: DE04 6705 0505 0038 470809 gebeten.

Frühlingstreffen

Dortmund – Sonnabend, 9. April, 13 Uhr, Deutsche Heimatstube, Landgrafenstraße/Ecke Märkische Straße, Eingang Märkische Straße 1-3, 44139 Dortmund: Treffen.

Der Frühling hat sich schon angekündigt; und Ostern steht vor der Tür. Es ist höchste Zeit, dass wir uns wiedertreffen und die schönen Frühlingslieder singen und uns über alle Geschehnisse während der Corona-Zeit unterhalten können. Ich hoffe, wir Memelländer haben das alle gut überstanden. Darum lade ich sie alle ganz herzlich ein zu unserem Treffen. Wir fangen pünktlich an mit einem kleinen Mittagsbuffet. Nach schönen Frühlingsliedern und kurzen Berichten trinken wir gemeinsam Kaffee mit leckerem Kuchen. Zum Unterhalten wird Zeit reichen, sodass Gäste aus weiteren Entfernungen im Hellen nach Hause kommen können. Zutritt nur für Geimpft, Genesene oder Getestete. Bitte melden Sie sich an bei: Gerhard Schikschnus unter Telefon (0231) 291568, mobil (0173)8103050, per E-mail: g.schikschnus@web.de.

Deutscher Kulturverein Memel

Memel – Sonnabend, 26. März: Mitgliederhauptversammlung. Dienstag, 12. April: Monatstreffen. Gründonnerstag, 14. April: Osterfeier bemalen. Ostermontag, 18. April: Osterspaziergang mit Ostereiersuchen der Kinder mit anschließend Kaffeetrinken.

Nähere Informationen bei Heiko Kressin unter Telefon (0037) 067552084.

Heydekrug – Sonntag, 24. April: Osterfeier vom Verein Heide.

Nähere Informationen bei Gerlinda Stunguriene unter Telefon (0037) 067102051.

Fasching im Deutschen Kulturverein

Memel – Trotz aller Vorbehalte und nach langer Überlegung haben wir uns doch entschlossen, am 27. Februar unser lange geplantes Faschingsfest zu feiern. Wir wollten gerade unseren älteren Mitgliedern ermöglichen, für eine kurze Zeit ungetrübte und sorglose Stunden zu verbringen. Insgesamt 46 Karnevalisten nahmen an einer fröhlichen und ausgelassenen Feier im schön geschmückten Saal teil. Bei humorvollen Vorträgen und Stimmungsmusik verging die Zeit wie im Fluge.

Für das leibliche Wohl gab es eine Fruchtbowle, Berliner, Crêpes und Fischbrötchen. Auch für die Kinder lagen Süßigkeiten bereit.



Memel Helau: Karnevalsvergnügen beim Deutschen Kulturverein in Memel Foto: Erika Kulik

Wir möchten uns noch einmal ausdrücklich bei allen fleißigen Helfern vom Auf- und Abbau und den Frauen für die Zubereitung der Getränke und Speisen sowie der AdM (Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V.) und dem Direktor des Besucherzentrums des Nationalparks in Karkelbeck für die Unterstützung bedanken.

Heiko Kressin

Aschermittwoch im Deutschen Kulturverein

Memel – Am 2. März begibt der Deutsche Kulturverein Memel den Aschermittwoch mit dem traditionellen üblichen Fischessen. Obwohl der Verein lediglich die Organisation der Veranstaltung, nicht aber deren Finanzierung übernahm, jeder Gast zahlte seine Rechnung selbst, nahmen doch 37 Mitglieder und Gäste dieses Angebot an.

Es wurde ein schöner Abend mit einem ausgezeichneten Es-



Zum Aschermittwoch: Fischessen in Memel Foto: Stefan Elbert

sen, guten Getränken und angenehmen Gesprächen. Wir waren und sind der Überzeugung, dass es gerade in diesen schwierigen und unvorhersehbaren Zeiten notwendig ist, zwischenmenschliche Kontakte und das Gefühl von Gemeinschaft zu vermitteln, um unseren Mitgliedern und Freunden Ängste zu nehmen und sie für ein paar Stunden die Sorgen und Nöte des Alltags vergessen zu lassen.

Zur Auswahl gab es Matjes oder schwarzen Heilbutt jeweils mit Beilagen und dazu eine Suppe und einen erfrischenden Nachtisch, wofür es für die Küche ein großes Lob gab. Unser ausdrücklicher Dank gilt, wie immer, dem Kollektiv des Restaurants „Garaschas“ die alles hervorragend vorbereiteten und natürlich unserer Judita und unserem Stefan, die die Vorbereitung des Abends übernommen hatten.

H.R.Kressin
Vorsitzender DKV Memel

Dittchenbühne

Elmshorn – Mittwoch, 16. März, 18 Uhr, „Forum Baltikum – Dittchenbühne“: Autor Helmut Heyen liest aus seinem Roman „Unter Windflüchtern“, der von Veränderungen in dörflichen Regionen nach dem Zweiten Weltkrieg und vom Strukturwandel erzählt.

Zur Lesung spielt Else Brückner-Heyen Piano.

Anmeldung beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Preis: 15 Euro pro Person inklusive Suppe.

Rätsel

Magisch: 1. zeitlos, 2. stechen, 3. Popeln

Mitteltwörter: 1. Märchen, 2. Tapeten, 3. Schlacht, 4. Zähler, 5. Bestigter, 6. Kreislauf, 7. Vitamin

Realist

trichterförmige Waffel für Gefirrenes

Laubbaum

Umstellvorrichtung bei Geleisen

Aufbewahrung

Hindernis aus Holzpfählen

sich täuschen

3. Popeln

Magisch: 1. zeitlos, 2. stechen, 3. Popeln

Realist

trichterförmige Waffel für Gefirrenes

Laubbaum

Umstellvorrichtung bei Geleisen

Aufbewahrung

Hindernis aus Holzpfählen

sich täuschen

So ist's richtig:

PAZZ2 10

Schüttelrätsel

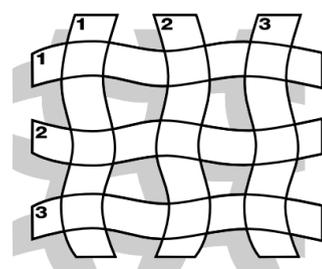
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEGL NOPTZ	AMNO	AAEGV	AENW	AILPR	ALOS	EERT	ELTZ
AEMRS				EEL			
AEGI LN		EEIL SW					
				ORT			

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für einen Tatsachenmenschen.

1	HAUS					OPER
2	MUSTER					ROLLEN
3	RABATT					PLAN
4	STROM					STAND
5	MODE					LAMPE
6	WASSER					MITTEL
7	PRO					STOSS



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 nicht der Mode unterworfen
- 2 mit etwas Spitzem verletzten
- 3 sehr fein geripptes Gewebe

Heimatkreisgemeinschaften

Die St. Johanniskirche

Memel – Schon immer wurden auf unserer Erde Bauten, die von Menschen erdacht, oft sehr lange geplant, danach in jahrelanger mühevoller Arbeit geschaffen, bewundert und verehrt, wenn sie eine rasch erkennbare Faszination auf die Menschen ausübten. Man musste sich nicht mit ihnen beschäftigen, denn die Ausstrahlung war und ist so intensiv, dass die Menschen überwältigt werden vom Glanz dieser Bauten, von der Optik, von der Kreativität, von der gefühlten Wärme, die sie dem Betrachter schenken. Oft hat sich die Wissenschaft diesen Dingen gewidmet, aber nicht immer konnte und kann sie genau beschreiben, welches die Ursachen, welches die Gründe sind, warum sich viele Menschen für den einen oder anderen Bau begeistern, sich so inspirieren lassen.

Im Laufe der Jahrhunderte haben Naturkatastrophen, Feuer, Kriege und Zerstörungswut viele wunderbare Bauten, besser Baudenkmäler, vernichtet, manche unwiederbringlich, nicht zu ersetzen. Mit viel Mut, Kraft und auch Beharrlichkeit gelang es dennoch, einige dieser für die Menschen sehr wichtigen Bauten neu zu errichten, wieder in altem Glanz erstrahlen zu lassen, ihnen ihre Faszination zurückzugeben. Dies alles zur wahren Freude der vielen Menschen, die mit vollem Herzen und mit ganzer Seele den Wiederaufbau verfolgten, der Fertigstellung entgegenfeierten, dabei tiefe Dankbarkeit empfanden, diese auch zeigten. Um das alles zu ertragen, war Gelassen-

heit mehr als notwendig, natürlich ebenso Geduld, aber die Hoffnung auf Erfüllung aller Träume und auch Wünsche, war der entscheidende Augenblick, der letztlich die Menschen mitnahm, sie mehr als sanft trug.

All diese Gedanken und Beschreibungen passen sehr genau zur so schönen Evangelischen St. Johanniskirche in Memel. Die vorhandenen Unterlagen sind zwar nicht ganz vollständig, das verflücht aber ihre Geschichte nicht. Die St. Johanniskirche war über viele Jahrhunderte der Mittelpunkt aller Christen im Memelland, sie war mit ihrem gewaltigen 75 Meter hohen Turm Orientierung, half den Menschen sich zu rechtzufinden, der Seefahrt auf der Ostsee zeigte sie bei Wind und Wetter den Weg. Sie hatte die Faszination, die Geborgenheit, ebenso die Ausstrahlung, um den Menschen zu jeder Zeit ein zentraler Mittelpunkt zu sein, ihnen im Glauben, aber auch im ganz normalen Alltag Vertrauen, Halt und Hoffnung zu schenken.

Seit 1258 Pfarrkirche

Die Geschichte der Kirche begann am 27. Juli 1258, denn an diesem Tag wurde sie zur Pfarrkirche ernannt. Der erste Standort ist nicht bekannt, vermutet wird, dass sie in der Vorburg der „Oranienburg Memel“ gewesen sein könnte, an einem Nebenarm des Flusses Dange. Sie war damals schon die Kirche und der Glaubensmittelpunkt für die deutschen Bewohner der Burg und für die Menschen der Stadt Memel. Fast 200

Jahre hielt die Kirche allen Dingen, gleich welcher Art stand, wurde im Jahr 1525 dann evangelisch, bis ein verheerender Brand sie im Jahr 1540 vollständig vernichtete. Nach dem Wiederaufbau wurde die Kirche dann 1630 geweiht, aber im Jahr 1678 erneut zerstört, die Menschen in Memel und im Memelland mussten jetzt ohne ihr Gotteshaus leben. Nun glaubten die Memelländer nicht mehr an eine Zukunft ihrer St. Johanniskirche, zu sehr hatte sie der große Verlust getroffen, und er saß tief.

Dann geschah ein Wunder, denn nach dem Zweiten Nordischen Krieg erhielt die „Evangelisch Lutherische Stadtkirche St. Johannis“ in Memel ihren Platz in der Marktstraße, wurde dort in den Jahren 1696 bis 1706 neu erbaut. Rund 150 Jahre lebten die Menschen in Memel mit ihrer Kirche, der Glaube gab ihnen Hoffnung auf eine weiterhin ruhige, sichere und friedliche Zukunft.

Auch während der napoleonischen Kriege blieb die St. Johanniskirche fester Lebensbestandteil der Menschen im Memelland. Sie gewann wesentlich an Bedeutung, als Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise vor Napoleon aus Potsdam flohen, und in den Jahren 1807 und 1808 von Memel aus die Regierungsgeschäfte führten.

Königin Luise erkrankte im Jahr 1807 sehr schwer, und als sie die Krankheit überstanden hatte, war ihr erster Gang in die St. Johanniskirche, feierte dort mit der Gemeinde am Karfreitag den Got-

tesdienst, nahm mit allen Gläubigen das Abendmahl ein. Diese kleine dennoch so wichtige Erzählung zeigt die Bedeutung der Kirche, für die Menschen, die ihre Königin damals in ihre Mitte nahmen, sie begleiteten, mit ihr beteten, sie beschützten.

Preußenkönig stiftet Altargemälde und Skulpturen

Im Jahr 1854 wurde die St. Johanniskirche beim großen Stadtbrand erheblich beschädigt, aber schon zwei Jahre später begann der Wiederaufbau des Gotteshauses, der wesentlich von den Spenden der Stadtbürger getragen wurde. Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. stiftete das Altargemälde „Christus auf dem Ölberg“, ebenso die beiden kostbaren Holzskulpturen rechts und links des Altars, die Jesus Christus und Moses darstellen.

An der Westseite des Kirchturmes wurde eine Terrakotta Büste des in Memel geborenen Dichters Simon Dach gut sichtbar angebracht, um ihm für seine Arbeit an der Universität in Königsberg zu danken, aber auch ganz herzlich für das wunderbare Lied „Ännchen von Tharau“ Dankeschön zu sagen, dessen Text aus seiner Feder stammt.

Im Jahr 1858 wurde die St. Johannis zur Stadtkirche für alle Bewohner der Stadt Memel und Umgebung ernannt, dies nahmen die Menschen sehr gern und auch mit großer Freude an, es sollte eine gute Zukunft werden, so dachten viele Memelländer.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts konnten die Memelländer

mit viel Optimismus den kommenden Jahren entgegensehen, aber schon bald begann der Erste Weltkrieg. Die Sorgen, die Kirche könnte zerstört werden, waren sehr groß, aber sie blieb verschont. Nach Ende dieses Krieges wurde das gesamte Memelland unter Duldung der Besatzungsmacht Frankreich durch Litauern besetzt, dadurch kam es zu immensen Spannungen zwischen den beiden Völkern, also den Deutschen und den Litauern. Natürlich spielte dabei auch die Zugehörigkeit in der Religion eine mehr als wichtige Rolle, die Memelländer waren überwiegend evangelische Christen, während die Litauer sich zur katholischen Kirche bekannten. Trotz massiver Behinderungen, ließen sich die Memelländer ihre so geliebte St. Johanniskirche nicht nehmen, und so stärkte der feste Glaube das schwierige alltägliche Leben, zudem den Zusammenhalt in der christlichen Gemeinschaft.

Inzwischen war das Jahr 1939 angebrochen, die Spannungen auf dem europäischen Kontinent wurden immer größer, und als Anfang September der Zweite Weltkrieg begann, wurde die Stadt Memel zu einem wichtigen Standort der deutschen Marine ausgebaut, sicherlich nicht zur Freude aller Memelländer, die sich nichts sehnlicher als Ruhe und Frieden wünschten. Spätestens im Jahr 1944 war zu erkennen, dass Deutschland den Krieg verlieren wird, und als die Rote Armee sich immer mehr der Stadt Memel näherte, begann am

29. Juli 1944 die Evakuierung eines Großteils der Bevölkerung. Von



FOTO GÜNTER MUSKAT

St. Johanniskirche in Memel

Tag zu Tag schien die Situation in Memel schwieriger zu werden, der Beschuss nahm zu, Bomben richteten große Schäden an. Am 8. Oktober 1944 fand der letzte Gottesdienst in der Stadtkirche St. Johannis statt, es wurde das Abendmahl gereicht, alle Glocken läuteten, denn das war der Abschied von dieser so bedeutungsvollen evangelischen Kirche, für immer? Wenige Wochen später rückte die Rote Armee in Memel ein, im Januar 1945 wurde die St. Johanniskirche stark zerstört, von den beiden Holzskulpturen aus dem Jahr 1856 blieb die Jesus Christus Skulptur unbeschädigt, die Moses Skulptur wurde jedoch vollständig zerstört. Von nun an war das Schicksal der St. Johanniskirche besiegelt, denn die Sieger kannten kein Erbarmen, wüteten wie entfesselt.

Nach Kriegsende setzte sich überall im Memelland die Zerstörung weiterer Kirchen fort, aber auch die Ausrottung der Kirchengemeinden. Günter Muskat

Wie es mit der Kirche weiterging, folgt in der kommenden Ausgabe.

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

OL.

Ostpreußisches Landesmuseum

Noch bis 18. April, Kabinettausstellung: **Des Alltags schöne Seiten – Grafik der 1950er Jahre von Gerhard Matzat und Ute Brinckmann-Schmolting.**

Zwei ostpreußische Kunstschaffende arbeiteten während der 1950er Jahre in Frankfurt/M. an Kunstgrafik für einen maßvoll modernen Geschmack.

Dienstag, 15. März, 14.30 Uhr, Museumseintritt zuzüglich 1,50 Euro, in der Reihe „Museum erleben“: **Sakrale Kunst in Ostpreußen**, Führung mit Gisela Aye.

Am Beispiel einzelner kulturhistorischer Exponate in der Dauerausstellung thematisiert Aye die Entwicklung und die Veränderungen des christlichen Lebens in Ostpreußen im Lauf der Jahrhunderte.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 16. März, 15 bis 17 Uhr, 3,- Euro zuzüglich ermäßigter Eintritt mit Kaffee, Tee und Gebäck – wenn (coronabedingt) möglich: **Museumsführung für Menschen mit und ohne Demenz.**

Angela Selke

An diesem Nachmittag bieten Jörn Barfod und Silke Straatman eine Führung für an Demenz erkrankte Menschen und ihre Begleitpersonen durch die Natur- und Kunstgeschichte des Museums. Maximal sechs Paare / zwölf Personen können teilnehmen. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Alzheimer Gesellschaft Lüneburg e.V. statt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung erforderlich unter (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de.

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel.: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

OSTPREUSSISCHES PLATT

„Schabbern“, um nichts zu vergessen

Ein Buchche mit 3000 Wörtern und Redensarten – Gedanken und Erinnerungen, die typisch ostpreußische Ausdrücke hervorrufen

VON BÄRBEI BEUTNER

Ich habe ein Buchche (Büchlein), eigentlich ein Heftche (Heftchen) mit 100 Seiten von Felix Arndt, Pastor i.R. So schrieb eine liebe ostpreußische Landsmännin und schickte das „Buchche“ mit dem Titel: „2300 Wörter und Redensarten/damit nicht ganz vergessen wird/wie man in Ostpreußen/schabbern konnte“. Dass „schabbern“, für die Ostpreußen das gebräuchlichste Wort für „reden“, etwas mit dem slawischen Wort für „Frosch“ zu tun hat, erklärte mir vor Jahren eine russische Freundin.

Das goldene Büchlein kam Ende Oktober 2021 an, und wie durch eine seltsame Fügung tauchte zeitgleich aus einem Papierstapel eine Seite aus der PAZ von 2017 auf, wo das „Buchche“ kurz vorgestellt wurde. Man brachte „in loser Folge“ Auszüge aus dem sehr reichen Wortbestand, und hier war der Buchstabe „P“ dran.

Ich erschrak. Von den 26 Ausdrücken kannte ich zehn gar nicht, und bei einigen anderen fand ich eine fremdartige Erklärung. Das fing mit der „Paudel“ an. „Kleines eimerartiges Gefäß“, erklärt Herr Pastor Arndt. Aber ich schwöre, dass mir erzählt wurde, wie zu Anfang des vorigen Jahrhunderts die Freude über den Besuch einer lieben Tante erst dann vollkommen war, wenn sie mit der „Paudel“ kam. Das bedeutete: sie blieb für mehrere Tage. Die „Paudel“ war nämlich eine Reisetasche.

Fremdartige Erklärungen

Noch nie hatte ich etwas von „Peilas“ gehört; das wäre ein altes Messer. Und ein „Peißhaken“ wäre eine „ins Gesicht hängende Locke“. Das bekannte Wort „Piesepampel“ wird von Herrn Arndt sehr zahn erklärt als „einer, den man nicht ganz ernst nehmen kann“. Aber ich habe noch die Stimme von unserem Horst aus Braunsberg im Ohr, der einen unangenehmen, nervigen, unsympathischen Kollegen als „Piesepampel“ bezeichnete.

Wie soll man sich in dieser verwirrenden Fülle zurechtfinden! Es gibt ja noch



Bei einem Schlubberche Kaffee den Nachmittag in gemütlicher Runde genießen: Dabei lässt sich ganz nebenbei der Dialekt der Heimat pflegen. Rechts: Ausschnitt der Fortsetzung in der PAZ von 2017
Foto: Shutterstock

weitere Wörterbücher und Sammlungen. Ein akademisches Studium wäre angebracht, nur für die mundartlichen Ausdrücke.

Knüpfen wir noch einmal bei dem „Piesepampel“ an. In dem reichhaltigen „Ploetz für Ermländer“ von Lothar Ploetz (Osnabrück 1982) findet sich das Wort gar nicht. Klaus Papies, der in seinem „Ostpreußischen Wortschatzkästchen“ (Husum 2018) ausführliche Erklärungen bietet, erwähnt den „Piesepampel“ auch nicht. Aber wenn das wirklich so ein unangenehmer Vertreter ist, wie unser Horst meinte, dann müsste es doch noch weitere ostpreußische Namen für solche Zeitgenossen geben. Und die gibt es.

Allgemein bekannt ist der „Pomuchelskopp“. Ein „Pomuchel“ ist ein

dorschartiger Fisch mit einem großen Maul, darin sind sich alle einig. Während Lothar Ploetz den „Pomuchelskopp“ als „gutmütigen Dickkopf“ bezeichnet, nennen ihn die anderen einen „aufgeblasenen Dummkopf“. Klaus Papies setzt ihn mit „Glumskopp“ gleich (Kopf aus Quark), übernommen von Siegfried Lenz. Ein Schimpfwort ist „Pomuchelskopp“ auf jeden Fall.

Pomuchelskopp und Glumskopp

Alle drei erwähnen den „Poizat“. Das ist mehr ein Hanswurst, ein lächerlicher, aber auch dummer Kerl. Das Wort soll aus dem Polnischen kommen. „Labommel“ kann auch ein Schimpfwort sein. Es wird für einen langen, ungeschickten Jungen gebraucht, hat aber auch Verwandtschaft mit

einem „Lümmel“. Es kommt auf den Kontext an. „Ich sag ja zu Ihnen auch nicht: Herr X, Sie alter Labommel!“, giftete eine Ostpreußin einen Landsmann auf einer Tagung an ...

Ein „Lachodder“ oder „Lachudder“ ist eher ein unordentlicher und auch nicht ganz zuverlässiger Mensch, aber wer so genannt wird, kann sich auch beleidigt fühlen. Es kommt aus dem Slawischen und muss für die Russen eine Bedeutung haben, die lautes Gelächter hervorruft.

Ein „Pachulke“ aber ist ein schlechter Kerl, und ein „Plawucht“ steigert dieses Urteil noch.

Warum fallen einem solche Wörter ein? Es sind die schweren Zeiten, in denen wir leben. Zwei Jahre Corona, und als ob das noch nicht reicht, kommen Krisen, Be-

2300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, heißt das Büchlein, dass der aus Gumbinnen stammende Pfarrer Felix Arndt (1908–1999) in fleißiger Kleinarbeit zusammenstellte. Die PAZ bringt in loser Folge Auszüge. An dieser Stelle geht es mit Folge 35 weiter:

L

Lucht = Hausboden
luchtern = begehrllich
Luntrus = scherzhaftes Scheltwort für einen Jungen
Lusern (weiches „s“) = langsam arbeiten
Lutschbacken = volle, runde Backen

drohungen, bössartige Propaganda hinzu. „Da musst dich doch fragen, ob nur noch Pomuchelsköpp und dammlische Labommels rumlaufen!“, würde ein alter, redlicher Ostpreuße sagen. Aber er hätte auch einen tröstlichen Rat. „Trink man e Schlubberche (Schluck) Meschkinnes. Dann erkuberst dich (erholst dich)!“

Es muss nicht „Meschkinnes“ sein, der „Bärenfang“ aus Sprit und Honig; es kann auch „Machandel“, ein Wacholderschnaps, oder „Kosaken-Kaffee“, ein Mokka-Likör sein. „Koks“ sollte man heute aber nicht mehr erwähnen. Mit „Koks“ (Rauschgift) darf man sich heute nicht erwischen lassen. In Ostpreußen aber war „Koks“ ein Labsal, Rum mit Würfelzucker und zwei Kaffeebohnen. So überstand man Krisen und das Wirken von Pomuchelsköppen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Ich kann mir nicht vorstellen, ihnen nicht zu helfen“

Sammelaktionen und Bereitstellung von Unterkünften – Organisationen der Deutschen Minderheit unterstützen Ukrainer in der Not

Die Hilfsbereitschaft für die Ukrainer hat seit Kriegsbeginn auch die Deutschen in Oberschlesien ergriffen. Die Kommunen mit Partnern in der Ukraine starteten Sammelaktionen und Sondierungen nach Aufnahmemöglichkeiten für Flüchtlinge. So ist es beispielsweise im ober-schlesischen Leschnitz [Leśnica]. Die Gemeinde ist Sitz des „Schlesischen Selbstverwaltungsvereins“, der 1991 als minderheitsnahe Organisation gegründet wurde und die deutsche Kultur in der Region unterstützt. Der Vorsitzende des Selbstverwaltungsvereins und Leschnitzer Bürgermeister, Lukasz Jastrzembki, stellte das ehemalige Gebäude des Gymnasiums in Leschnitz für etwa 50 Flüchtlinge zur Verfügung. „In Leschnitz – dem Pilger- und Tourismusort am Fuße des Sankt Annaberges – stehen Hotels, Pensionen und private Unterkünfte für Ukrainer bereit“, so Jastrzembki gegenüber der deutschsprachigen Radiosendung „Schlesien Aktuell“ bei „Radio Opole“.

Auch der Landkreis Oppeln hilft. Landrat Henryk Lakwa (Deutsche Minderheit) startete eine Sammelaktion für Lebensmittel, Hygieneartikel und Medi-

kamente zugunsten des Kindergartens in Dolyna und des Rehasentrums für Sehbehinderte in Wyhoda, beide Orte liegen im Kreis Stanislaw (Ivano-Frankivsk). „Wir arbeiten mit dem ukrainischen Bezirk Stanislaw bereits seit 2006 zusammen und wissen, was Solidarität insbesondere in diesen schwierigen Zeiten bedeutet“, so Lakwa. Er hat nicht vergessen, dass auch die Oberschlesier einst von den ukrainischen Partnern Hilfe erhalten hatten. „Wir haben 1997 nach der Jahrtausendflut und auch 2010 Hilfe aus der Ukraine bekommen. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn bei unseren Nachbarn solch dramatische Zustände und Not herrschen, ihnen nicht zu helfen!“, sagte er.

Anlaufpunkt Studentenwohnheim

Das Studentenwohnheim der Oppelner Technischen Hochschule wurde zum ersten Anlaufpunkt für Flüchtlinge in der Region. An der Rezeption helfen Freiwillige rund um die Uhr. Darunter auch Jugendliche der deutschen Volksgruppe.

Die Oppelner Sozial-Kulturelle Gesellschaft startete noch am Tag des

Kriegsausbruchs eine Spendensammlung im Internet. „Wir sagten uns, am besten wäre es, Geld zu sammeln, denn damit können wir am schnellsten auf die Nöte der Ukrainer antworten“, so Joanna Hassa, stellvertretende Geschäftsfüh-

rin der Deutschen in der Woiwodschaft Oppeln. Voll Freude berichtete sie, dass sich bereits am darauffolgenden Tag Ortsverbände meldeten, die mithalfen. „Sie haben Spendenaktionen vor Ort durchgeführt, sammelten Medikamente,

Decken, Kleidung oder stellten Räumlichkeiten zur Verfügung“, sagte Hassa in „Schlesien Aktuell“.

Sach- und Geldspenden

Unter den Helfern war der Deutsche Freundschaftskreis in Deschowitz [Zdzieszowice]. Zusammen mit dem Seniorenklub der Deutschen Minderheit werden eifrig Sach- und Geldspenden gesammelt. Einen Schritt weiter denkt bereits der Schulverein Pro Liberis Silesiae. Nach den Spontanaktionen werde Integrationshilfe nötig sein, meint Margarethe Wysdak, Vorsitzende des Schulvereins und Gründerin von Pro-Liberis-Silesiae-Grundschulen und Kindergärten. Sie stellt sich zur Verfügung, Flüchtlingskindern beim Polnischlernen unter die Arme zu greifen. Der Verein will außerdem Schulranzen und Schulausrüstung sowie Frühstück und warme Mahlzeiten für Flüchtlingskinder spenden. Damit möchte Wysdak den traumatisierten Kindern, die ihre Väter und ihre Familienangehörigen in der Heimat zurücklassen mussten, einen „normalen Alltag“ bescheren. Chris W. Wagner



Startete eine Lebensmittelsammlung: Landrat Henryk Lakwa

Foto: C.W.

GEDENKEN

Die Tragödie von Swinemünde

12. März 1945 – Luftangriff sechs Wochen vor Kriegsende – Erinnerungen eines Zeitzeugen

VON ERWIN ROSENTHAL

Hadte der Krieg zwei Monate vor seinem Ende Swinemünde übersehen? Die Häuser waren hier noch wohlgeordnet und unzerstört wie in besten Zeiten, die Fensterscheiben heil. Die Stadt war jedoch voller Menschen, denn sie war Anlaufpunkt und Zwischenstation für jene Flüchtlingstransporte, die auf dem Seewege aus Ostpreußen und dem Danziger Raum und später aus Kolberg und Dievenow kamen. Nach der oft tagelangen Odyssee auf der Ostsee freuten sich die Menschen, wieder festen Boden unter den Füßen zu haben. Auch die etwa 900 Überlebenden des Unterganges der „Wilhelm Gustloff“ machten hier Station. Hinzu kamen die Trecks. Für sie hatte die Wehrmacht eine Pontonbrücke über die Swine gebaut, vor der sich die Pferdewagen häufig bis nach Misdroy stauten.

Flüchtlinge wähten sich sicher

Mit 30.000 Flüchtlingen gab es Anfang März in der Stadt etwa so viele Fremde wie Einheimische. Überall hockten erschöpfte Frauen mit hohen Stiefeln an den Beinen und großen Tüchern um den Kopf. Kinder mit vollgestopften Ranzen auf dem Rücken und alte Leute komplettierten das Bild. Die Ankömmlinge wähten sich in relativer Sicherheit und glaubten, nun sei das Schlimmste überstanden.

Nach kurzer Rast, zu der sie auch Schulen, Kinos und ähnliche zu Massenunterkünften umfunktionierte Gebäude nutzen konnten, um sich eine Nacht auszuschlafen und verpflegt zu werden, wollten sie mit dem Zug, per Schiff aber auch mit dem Pferdewagen ihren Weg in Richtung Westen fortsetzen.

Wir, das sind unsere Mutter sowie wir Kinder Reinhold (8), Waltraud (7) und Erwin (5) hatten unsere Wohnung im Zentrum der Stadt. Wegen der Gefahr von Bombenangriffen wurden in den letzten Kriegsjahren Frauen mit Kindern „umquartiert“. Am 11. März, als der Kanonendonner von der nahen Front in unserem neuen Domizil auf der Insel Wollin bereits deutlich zu hören war, kehrten wir nach Swinemünde zurück.



Die Toten sind unvergessen, Gedenkfeier auf dem Golm: An einer Mauer der Gedenk- und Kriegsgräberstätte findet man die Inschrift „Dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint. Makaber, denn gerade das passiert aktuell in Europa“ Foto: Rosenthal

Der nächste Tag zeigte sich als ein wolkenverhangener, kühler Vorfrühlungstag. Gegen Mittag heulten die Sirenen. Alarm! Luftschutzkeller beziehungsweise Bunker gab es nur wenige. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es in Swinemünde nach jedem Alarm stets kurze Zeit später Entwarnung gegeben, da die Bomberverbände der Alliierten, die Swinemünde anfliegen, Stettin, Berlin oder Dresden ansteuerten. Und in der Tat kam wenig später die Entwarnung. Wir glaubten, nun Mittag essen zu können. Doch die Sirenen verkündeten erneut Alarm. Unmittelbar darauf hörten wir ein anschwellendes, sich näherndes Heulen, Krachen und Bersten. „Sind das Bomben?“, fragte unsere Großmutter voller Angst. Bevor jemand antworten konnte, gab es ganz in der Nähe ohne vorherige Ankündigung ein unvergleichliches Donnern und Krachen.

Unser Haus in der Steinbrückstraße 18 war getroffen worden und das Haus unserer Großmutter, Steinbrückstraße 16, in dem wir Schutz gesucht hatten, hatte plötzlich kein heiles Dach mehr. Fenster und Türen sprangen heraus, Glassplitter flogen durch die Luft und es wurde stock-

finster. Die Abdeckplatte des Kellers, auf der ich stand, hob sich, und ich fand mich im Keller wieder. „Da waren gar keine Kartoffeln drin, nur Steine“, soll ich gesagt haben, als ich nach einiger Zeit wieder oben war. Wir hatten uns nun im Flur des Hauses versammelt, die Straße im Blick. Mein Bruder war verschwunden. Das Heulen der Bomben, sowie das Splittern und Krachen der Einschläge um uns herum, das nach kurzer Pause stets aufs Neue einsetzte, wollte kein Ende nehmen.

Zerstörung und Chaos überall

Die Gebäude ganzer Straßenzüge fielen in sich zusammen, gingen in Flammen auf und begruben jene unter sich, die in den Kellern Schutz gesucht hatten. Die von den in Flammen stehenden Gebäuden ausgehende Hitze und der dichte schwarze, vom nahen Hafen kommende Rauch erschwerten uns das Atmen. Verletzte hasteten vorbei, einer Frau mit blutüberströmtem Gesicht reichte unsere Mutter ein Handtuch, eine andere, völlig verwirrt und orientierungslose Frau, suchte bei uns Schutz. Schließlich kam auch der Bruder zurück. Er hatte angenommen, das

Haus würde zusammenstürzen und war weggelaufen.

Das Inferno nahm nun eine Stunde lang seinen Lauf. 671 schwere viermotorige Bomber der 8. US-Luftflotte, begleitet von 412 Jagdflugzeugen, warfen aus 6000 Metern Höhe 1609 Tonnen Bomben auf die kleine Stadt ab. Die schräg gegenüberliegende große Adolf-Hitler-Schule, die mit Flüchtlingen voll belegt war, erhielt mehrere Volltreffer. Überall gab es Tote, Verletzte, Trümmer, Schutt und Feuer. Unter den elf vollbesetzten Flüchtlingstransportern, die an diesem Tag am Bollwerk festgemacht hatten, war auch der aus Pillau kommende, mit etwa 2000 Flüchtlingen völlig überladene Frachter „Andros“.

Schiffe sollten Hafen verlassen

Eine Bombe fiel auf den Kai und traf die Menschen, die auf der Gangway vom Schiff stürmten. Die zweite Bombe traf das Achterschiff, eine dritte das Vorschiff. Die „Andros“ brannte, sank und nahm 570 Menschen mit auf den Grund. Insgesamt wurden an diesem Tage im Hafengebiet 13 Schiffe versenkt. Zwar hatten gegen elf Uhr die Kapitäne und Kommandanten aller im Swinemünder Hafen liegenden Schiffe den Befehl erhalten, den Hafen zu verlassen. Aber nicht alle erreichten rechtzeitig die offene See. Die etwa 50 auf Reede liegenden Schiffe blieben vom Bombardement verschont.

Zerstört beziehungsweise erheblich beschädigt wurde auch der östliche Teil des Kurviertels mit den unmittelbar an der Promenade gelegenen prachtvollen Hotels Victoria und Stephani, den Pensionen Luise und Ida-Marie sowie dem Pomernhaus. Der Musikpavillon und das westlich des Kurhauses gelegene Kurviertel blieben hingegen erhalten.

Viele Menschen hatten Schutz im Kurpark gesucht. Hier hielt der Tod reiche Ernte, denn es wurden Bomben mit Berührungszündern, sogenannte Baumkrepierer, abgeworfen. Die auf der Erde liegenden Menschen waren voll der Splitterwirkung der Bomben ausgesetzt.

Auf den drei Ausfallstraßen sowie in den Zügen der Deutschen Reichsbahn spielten sich wahre Tragödien ab. Der

Misdroyer Pfarrer Ziemer, er war der letzte deutsche Pfarrer auf der Insel Wollin, schreibt über die Straße, die aus Richtung Misdroy nach Swinemünde führt: „Am 12. März mittags erscheint ein starkes Geschwader feindlicher Bomber und wirft seine entsetzliche Last in die gestauten Trecks. Ein unvorstellbares Unheil! Viele Tausende finden einen grausigen Tod. Zerfetzte Menschen und Tierleiber werden hochgerissen und hängen nachher auf Bäumen und Leitungsdrähten. Panik des jüngsten Gerichts.“

Ähnliches spielte sich auf der Großen-Kirchen-Straße [Grunwaldzka] ab, die in Richtung Zirchow führt, auf der die Trecks die Stadt verlassen wollten. Nur ein Haus blieb in dieser Straße von den Bomben verschont.

Die Zahl der Opfer wurde zunächst mit 23.000 angegeben. Mittlerweile wurde sie mithilfe eines zynischen Dreisatzes korrigiert. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt! Wir vier und unsere Großmutter hatten überlebt. Da störte es wenig, dass uns nichts geblieben war als die Handtasche unserer Mutter mit den Papieren.



Der östliche Teil des Kurviertels wurde zerstört. Der Musikpavillon und das westlich gelegene Kurviertel blieben erhalten

Die Toten wurden auf dem nahen Golm, auf dem sich heute eine Gedenkstätte befindet, in Massengräbern bestattet.

Der englische Philosoph A. C. Grayling („Die toten Städte“) hatte angesichts solcher Angriffe auf deutsche Städte geschrieben: „Es war ein gerechter Krieg gegen verbrecherische Feinde, in dem die späteren Sieger in einigen wichtigen Aspekten moralisch genau so tief sanken wie ihre Gegner, eine Tatsache, die inständig und offen bereut werden sollte.“

TIERISCHES

Die Pommernente ist im Bestand bedroht

Sie gilt als die älteste Entenrasse in Deutschland

Als Tierfreundin und Tierschützerin ist es interessant zu wissen, welche Tierarten in Pommern zu Hause sind. Dazu gehört die Pommernente, früher auch Schwedenente oder Uckermärker genannt. Schwedenente deshalb, weil Vorpommern bis 1815 zu Schweden gehörte. 1930 entstand aus beiden Rassen die Pommernente. Gleichzeitig wurde der „Verein für Pommern-Entenzüchter“ gegründet.

Auch hübsche Zierenten

Über die Pommernenten liest man: Sie sind ruhig, anfängerfreundlich, aufgeweckt und zutraulich. Sie brauchen einen großen Auslauf und einen richtigen Teich, ein kleines Planschbecken ist nicht ausreichend. Sonst stellen sie an die Haltung keine großen Ansprüche. Sie sind wetterfest und gehen sogar im Winter bei Schnee nach draußen. Sie fressen gern, viel und fast alles. Eine ihrer Lieblingsspeisen sind Schnecken. Im Sommer suchen sich die unermüdlichen Enten ihr Futter selbst.

Während der Futtersuche unterhalten sie sich gegenseitig durch leises Geschnatter. Es sind liebenswerte Zeitgenossen, die sehr zutraulich werden können. Mit Mehlwürmern, Salat oder Obststückchen angelockt gelingt es bald, sie auch streicheln zu können. Zu viel Nähe mögen sie allerdings nicht.

Die Pommernente fällt sofort durch ihren typischen weißen Brustlatz im sonst dunklen Gefieder auf. Scherzhaft wird sie deshalb oft Frackente genannt. Die Farbschläge sind blau und schwarz. Der ursprüngliche Farbschlag blau kommt heute seltener vor als der schwarze. Im Sonnenlicht schillert das Gefieder blau/grün, damit machen sie auch als Zierenten eine gute Figur. Der weiße Latz muss übrigens klar abgegrenzt sein, was für die Züchter immer wieder eine Herausforderung ist.

Männchen und Weibchen lassen sich gut unterscheiden. Der Erpel hat einen olivgrünen Schnabel, während der Schnabel des Weibchens eine dunklere, schie-



Eine Pommernenten-Familie

Foto: Stiftung ProSpecieRara, Schweiz

fergraue bis schwarze Färbung zeigt. Die Schnabelspitze, auch Bohne genannt, ist bei beiden Geschlechtern schwarz. Sie wachsen schnell heran und befiedern sich rasch. Schon nach nur vier bis fünf Monaten sind sie ausgewachsen. Die Eierfarbe

ist zumeist grün, bis zu 150 Eier legt die fleißige Entendame pro Jahr. Ihr Fleisch gilt als Delikatesse.

Inzwischen werden leider die Bestände der Pommernente immer kleiner. Nur wenige Züchter nehmen sich dieser at-

traktiven und wertvollen Ente an, trotz der vielen Vorzüge, die diese alte Entenrasse hat, die jedoch nicht für Massenzucht geeignet ist.

Auf der Roten Liste

Inzwischen ist diese Rasse extrem gefährdet und wird in der Kategorie I, extrem gefährdet, auf der Roten Liste der bedrohten Nutztierarten in Deutschland geführt. Möge es gelingen, die Rasse zu erhalten, schließlich gehört auch sie zu Pommern. Brigitte Stramm

● Info Die Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen e.V. (GEH) hat Arche-Projekte ins Leben gerufen, die auf verschiedenen Wegen die bedrohten Tierarten vor dem Aussterben bewahren. Man kann auch Pate werden: www.g-e-h.de. In der Schweiz kümmert sich die Stiftung ProSpecieRara um die Erhaltung dieser Rasse: www.prospecierara.ch

„Die Idee Preußens lebendig halten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Manchmal besorge ich mir die *Preußische Allgemeine Zeitung*, in der ich jedes Mal hochkarätige Artikel vorfinde, so auch in der Ausgabe vom 25. Februar über den Ukraine-Konflikt“

Dr. Wolfram Euler, München



Ausgabe Nr. 8

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

PREUSSEN ALS VORBILD

ZU: KEIN ABSCHIED VON PREUSSEN (NR. 8)

Preußen ist Stil und Klarheit. Preußen ist Unbestechlichkeit statt Korruption. Preußen ist aber auch Toleranz und nicht Zensur, ist weltoffen und nicht Reaktion oder sinnloser Hass. Preußen ist immenses Engagement, die Verwirklichung einer Bürgergesellschaft, die man heute lauthals einfordert, vor der man im Kern aber Angst hat.

Das Vorbildhafte preußischer Souveräne war stets Ansporn für das eigene Tun. Heute, wo es kaum noch Vorbilder gibt, muss das Historische diese Rolle übernehmen. Ich denke, die Idee Preußens sollte lebendig gehalten werden.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

... DANN WIRD ES KNALLEN

ZU: EIN NEUER HEISSER ODER KALTER KRIEG WÄRE EINE KATASTROPHE FÜR BEIDE SEITEN (NR. 8)

Mit der Zustimmung des Bundestages zu Waffenlieferungen an die Ukraine wurde ein möglicher Ausweg Richtung Frieden blockiert. Einer der wichtigsten Punkte in den Verhandlungen um Frieden war auf russischer Seite die Neutralität der Ukraine. Diese ist nun fast nicht mehr möglich, und so wird der russische Angriff zum Anlass genommen, diese Unmöglichkeit zu verfestigen.

Jährlich und vermehrt in den letzten Jahren halten US-Regierungen und die NATO Militärübungen in den Grenzstaaten zu Russland und in der in der Schwarzmeerregion ab, teilweise mit beachtlichen Truppenstärken wie in dem 2016 in Polen abgehaltenen Manöver „Anakonda“ mit über 25.000 Soldaten. 2021 rollte über deutsche Autobahnen großes Geschütz in Richtung der Übungsplätze für die US-geführten Manöver zu „Defender Europe 21“. Der kalte Krieg ist in vollem Gange.

Es wird von beiden Seiten angeheizt, und ich finde es schade, dass in der Presse

sehr einseitig über diesen Konflikt berichtet wird. Russland ist eine Großmacht, und wenn man diesem Akteur alle Handlungsoptionen entzieht, dann wird es knallen. Das ist eine gefährliche und fahrlässige Gewissheit und Berechnung der Politik der „guten Demokratien im Westen“, die sich nach außen nur für den Frieden einsetzen wollen. Den Forderungen Russlands muss Beachtung geschenkt werden! Christina Hanani, Halberstadt

MILITÄRISCH EINE BIENENELFE

ZU: EIN NEUER HEISSER ODER KALTER KRIEG WÄRE EINE KATASTROPHE FÜR BEIDE SEITEN (NR. 8)

Der russische Präsident Wladimir Putin hat mit dem Überfall auf die Ukraine die Welt an den Rand eines globalen Konfliktes gebracht, dessen Gefahr noch lange nicht gebannt ist. Die Menschen in der Ukraine wurden damit mit einem unsäglichen Leid überzogen. So etwas kann und darf die Weltgemeinschaft weder akzeptieren noch tolerieren. Aber die politischen Verantwortungsträger Deutschlands, egal ob in der Regierung oder in der Opposition, sollten sich immer ihrer Position bewusst sein.

Unser kleines, durch zwei verlorene Angriffskriege auf ein Minimalmaß geschrumpft Land ist und bleibt ein wirtschaftlicher Gigant, ein politischer Zwerg und eine militärische Bienenelfe. Die Bienenelfe ist der kleinste Vogel der Welt. Diese Konstellation schränkt den Handlungsspielraum der Regierung stark ein, droht dem Land doch im Falle weiterer gravierender Fehlentscheidungen der endgültige Untergang.

Erinnert sei hier an ein Zitat des Dramatikers Bertolt Brecht aus dem Jahr 1951: „Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden.“

Daran sollten vor allem auch die Politiker denken, die in den vergangenen

16 Jahren versagt und eine damals noch mögliche verteidigungs- und außenpolitische Kurskorrektur versäumt oder gar bewusst unterlassen haben. Allen voran diese undurchsichtige Frau aus der Uckermark, Ex-Kanzlerin Angelika Merkel. Für ihre Politik des Aussitzens bekommen wir schon lange die Rechnungen präsentiert. Jetzt folgt die Endabrechnung.

Claus Reis, Schwabach in Franken

AUFSTAND IM SCHREBERGARTEN

ZU: EIN NEUER HEISSER ODER KALTER KRIEG WÄRE EINE KATASTROPHE FÜR BEIDE SEITEN (NR. 8)

Bundeskanzler Olaf Scholz und Genossen wollen plötzlich wieder zu den Waffen, raus aus der Friede-Freude-Eierkuchen-Politik. 100 Milliarden Euro macht er locker. Woher hat er die? Ach so, es wurde doch jahrelang am Wehretat gespart, und nun holen wir das viele Geld unterm Kopfkissen hervor.

Dennoch: Wird Putin seine Armeen stoppen und warten, bis die Bundeswehr wieder fit ist? Da kann er aber lange warten. Jahrelanges Gezeter im Parlament, unzählige Gerichts- und Genehmigungsverfahren werden Putins Geduld auf die Probe stellen. Allerdings könnte auch eine List hinter dieser „Slow-Motion-Politik“ stecken, denn bis dahin sind die russischen Waffen veraltet und Scholz & Co. könnten ihn übertölpeln.

Dennoch habe ich Zweifel. Denn es müssen nicht nur hochmoderne Waffensysteme entwickelt werden, sie müssen darüber hinaus auch für schwangere Soldatinnen geeignet sein und männlich/weiblich/divers kompatibel sein. Allein die Diskussionen und Schulungen für das Personal würden in Deutschland Jahre in Anspruch nehmen. Bis dahin haben unsere Regierungen in unterschiedlichen Zusammensetzungen mehrfach gewechselt, und es muss immer wieder aufs Neue palavert werden, Für und Wider, warum doch oder doch nicht oder ganz anders. Dann aber sind unsere neuen Waffen auch

schon wieder veraltet, und Putins Nachfolger hat bessere.

Nein, Scholzens Gebaren gleicht einem Zwergenaufstand im Schrebergarten. Deutschland gilt nichts mehr auf dem internationalen Parkett. Unsere Politiker haben nur noch nicht gemerkt, dass sie in ihren prächtigen Gewändern nur die Türsteher der wirklich Mächtigen sind.

Annalena Baerbock und Olaf Scholz sind nur lächerliche Karikaturen im Vergleich zu Bismarck oder Adenauer, selbst ein Gerhard Schröder war noch um Klassen staatsmännischer.

Gerd-Uwe Dahlmann, Salzgitter

UKRAINISCHE „GOLDSTÜCKE“

ZU: EIN NEUER HEISSER ODER KALTER KRIEG WÄRE EINE KATASTROPHE FÜR BEIDE SEITEN (NR. 8)

Ganz klar, Russland ist eindeutig der Aggressor. Allerdings ist es auch völlig unangebracht, dass der Westen hierbei die Unschuld vom Lande spielt. Die Folgen seiner „Regime-Change“-Revolutionen nach Libyen, Syrien und dem Irak und eben 2014 in der Ukraine bekommt nun jetzt in brutalster Art und Weise das ukrainische Volk zu spüren, und hier gibt es wirklich eine deutsche (Mit-)Schuld.

Diese Schuld kann Deutschland jetzt nur tilgen, indem es keine Obergrenze für die Aufnahme von ukrainischen Flüchtigen setzt. Diese sind wirklich Kriegsoffer und „Goldstücke“, stellen sie doch eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt dar und werden garantiert auch bei Flutkatastrophen wie im Ahrtal mit anpacken.

Gleichzeitig muss sofort die Zuwanderung von Asylforderern aus islamischen Ländern auf Null gesetzt werden. Für diese haben wir keinen Platz mehr. Diesen Platz brauchen wir für unsere ukrainischen Brüder und Schwestern. Hier können unsere evangelische und katholische Amtskirche mal dem Beispiel von Polen und Ungarn folgen und nach Langem mal wieder christliche Nächstenliebe praktizieren. Carsten Zöllner, Berlin

ANZEIGE

PLANDEMIC

100 % zensiert. 0 % widerlegt.

■ Mehr als eine Milliarde Menschen aus aller Welt haben den ersten Teil von *PLANDEMIC* gesehen. Die 26 Minuten lange Dokumentation mit der angesehenen Virologin Dr. Judy Mikovits stellte damit einen historischen Rekord auf. Auch der Weltpremiere von *PLANDEMIC 2* (auch bekannt als *PLANDEMIC: Indoctrination*) mit Dr. David Martin, einem Experten für die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, gelang mit 2 Millionen Zuschauern ein Weltrekord für einen Livestream.

Die meistgesehene und gleichzeitig am häufigsten zensierte Dokumentation der Geschichte!

Die wahren Hintergründe jetzt enthüllt!

Rasch erklärten die Kritiker, die zweiteilige Serie sei widerlegt. Gleichzeitig beeilten sich die Torwächter der politischen Korrektheit mit beispiellosen Zensurmaßnahmen die »gefährliche Verschwörungstheorie« von den Bildschirmen verschwinden zu lassen.

Dieses Buch ist die Antwort darauf. Denn anders als Videos können Bücher nicht gelöscht werden!

Als Dr. Mikovits die vermeintlich gewagte Behauptung aufstellte, Covid-19 sei im Labor manipuliert worden, wurde sie als »verrückt« verspottet. Als Dr. Martin mit-

hilfe von Patenten und Dokumenten aufdeckte, dass Dr. Fauci gefährliche »Gain-of-Function«-Forschung in den Labors von Wuhan finanziert, lachten die Kritiker nur.

Inzwischen ist ihnen das Lachen vergangen. Glaubwürdige wissenschaftliche Untersuchungen haben jede einzelne zentrale Behauptung, die in den *PLANDEMIC*-Filmen aufgestellt wurde, als zutreffend bestätigt. *PLANDEMIC* gilt nun als eine der ersten und wichtigsten Warnungen vor dem Vorhaben, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger durch medizinische Tyrannei einzuschränken.

Aus erster Hand erleben Sie eine Unterwelt der Verderbtheit, der Lügen und der dunklen Geheimnisse.

Mikki Willis (Hrsg. und Co-Autor): *Plandemic* • gebunden • 224 Seiten • Best.-Nr. 985 500 • 16,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas



RAUSCHMITTEL

Mit Risiken und Nebenwirkungen

Die Regierung plant die Freigabe von Cannabis – Der freie Verkauf des potentiellen Suchtmittels bleibt aber höchst umstritten

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

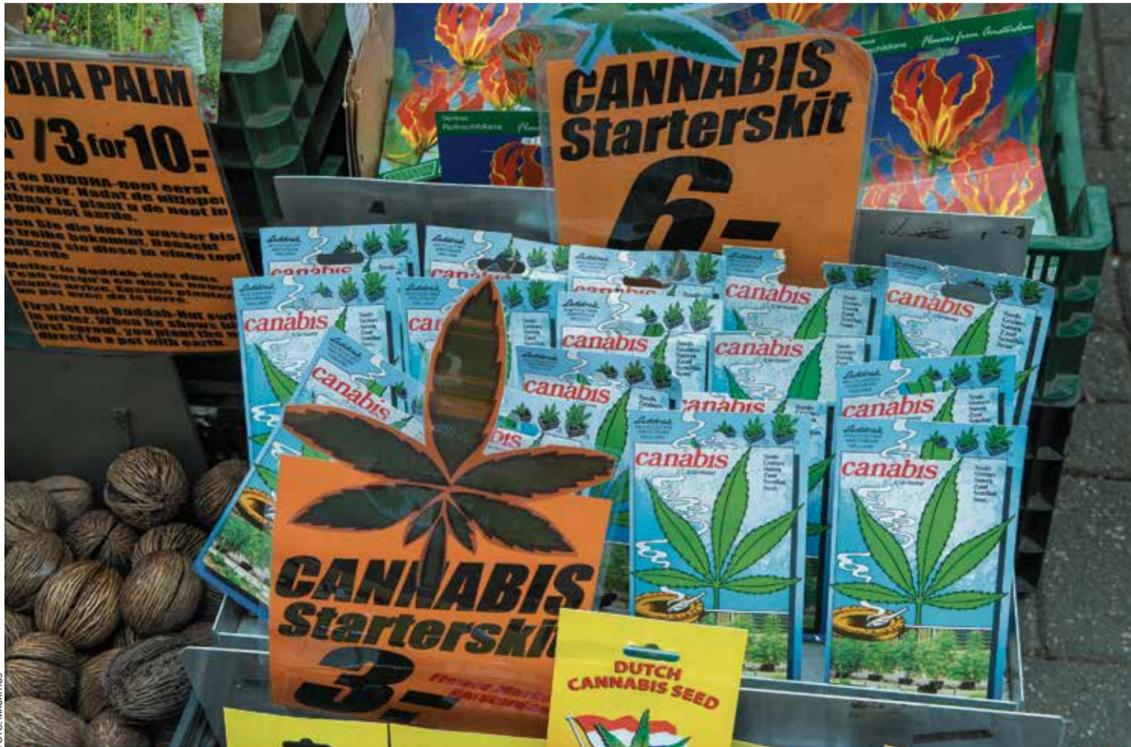
Die neue Bundesregierung will den Verkauf und den Konsum von limitierten Mengen Cannabis für Erwachsene „für den Freizeitgebrauch“ legalisieren. Zur Begründung heißt es, die jahrzehntelange Verbotspolitik sei gescheitert, der Konsum von Cannabis „weit verbreitet“. Cannabis sei längst als Wochenend- und Feierabenddroge etabliert.

Weiter wird argumentiert, dass auf dem Schwarzmarkt zunehmend Produkte in Umlauf seien, die mit gefährlichen Substanzen gestreckt sind und einen gefährlich hohen Anteil an THC (Tetrahydrocannabinol) enthalten, also derjenigen psychoaktiven Substanz der Hanfpflanze (Cannabis), die eine berauschende Wirkung hat.

Durch „Transparenz“ im Handel mit dem angeblich nicht süchtig machenden Rauschgift solle der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden. Beabsichtigt ist eine kontrollierte Abgabe von maximal 15 Gramm Cannabis von geprüfter Qualität „zu Genusszwecken“ an Erwachsene ab 18 Jahren in lizenzierten Geschäften. So werde die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet.

Nach Schätzungen könnte der Fiskus durch den Wegfall der Strafverfolgung und durch Steuereinnahmen über 2,39 Milliarden Euro zusätzlich verfügen. Zwar ist Kiffen schon heute straffrei, der Handel, Kauf und Besitz von Cannabis sind aber illegal. In Berlin werden bis zu 15 Gramm als Eigenbedarf toleriert. Medizinhanf kann in Deutschland schwerkranken Menschen schon seit 2017 verordnet werden.

Es gibt jedoch erhebliche Zweifel an der Idee, dass der organisierten Kriminalität derart die Geschäftsgrundlage entzogen werden kann. Das Beispiel Amsterdam zeigt im Gegenteil, dass die Drogenmafia durch eine lizenzierte legale Abgabe von Cannabis nicht wirksam zurückgedrängt werden kann. Im europäischen Drogenumschlagplatz Nummer 1 wurden der illegale Anbau und Handel sowie Drogenschmuggel und Vertrieb durch diese Maßnahme sogar gestärkt.



So günstig soll man künftig auch in Deutschland an Cannabis kommen: Starterpakete ab 3 Euro in einem Coffeeshop in Amsterdam

Lieber lenkt die neue Bundesregierung den Blick auf Kanada, wo der legale Anbau, Weiterverarbeitung, Großhandel und Vertrieb in staatlich lizenzierten Stellen 2018 gleichzeitig startete. Allerdings existiert auch in Kanada nach wie vor ein Schwarzmarkt, da die Cannabis-Nutzer dort mehr und billigere Produkte bekommen als in den Läden. Das genau ist die Befürchtung vieler Kritiker des umstrittenen Vorhabens der Regierung.

Fadenscheinige Argumente dafür

Tatsächlich finden es viele „ganz normale“ Bürger okay, wenn sie selbst oder andere gelegentlich am Feierabend „zur Entspannung“ einen Joint rauchen. Doch eine Mehrheit von 58 Prozent spricht sich gegen die geplante Legalisierung von Cannabis aus. Laut einer Befragung im Jahr 2018 hatten acht Prozent der Jugendlichen und 23 Prozent der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren in den letzten zwölf Monaten mindestens

einmal Cannabis konsumiert. Regelmäßiges Haschischrauchen, also häufiger als zehnmal in den letzten zehn Monaten, gaben 1,6 Prozent der Jugendlichen und 6,9 Prozent der jungen Erwachsenen an.

Männliche Befragte nahmen die Droge häufiger als weibliche. Damit sind die Konsumentenzahlen auf dem Höchststand seit 1993. Den gelegentlichen Cannabiskonsum von Menschen zwischen 18 und 64 Jahren schätzt der Deutsche Hanfverband auf mindestens 3,7 Millionen oder 7,1 Prozent der Bevölkerung. Niemand hat jedoch einen Überblick über das soziale Umfeld der Konsumenten, und die Erfahrungen mit dem angeblich harmlosen „Stoff“ sind durchaus sehr unterschiedlich. Seltsamerweise aber fehlt eine Sammlung von einschlägigen Erfahrungsberichten.

Die Regierung will erst nach der Legalisierung von Cannabis „wissenschaftliche Modellprojekte“ durchführen, um die Auswirkung auf die Gesellschaft zu über-

prüfen. Den Abgeordneten werden also wichtige Hintergrundinformationen vor der Abstimmung im Bundestag fehlen. Bei einer Anhörung des Gesundheitsausschusses im Juni 2021 plädierten die meisten Experten für eine lizenzierte legale Abgabe von Cannabis, weil damit eine Entkriminalisierung der Konsumenten und mehr Verbraucherschutz erreicht würden. Mediziner äußerten jedoch Bedenken. Sie befürchteten unter anderem eine Zunahme der Suchtproblematik.

Die Sorge, dass Cannabis zur Einstiegsdroge für harte illegale Rauschmittel wie Kokain und Heroin werden könnte, weisen die Befürworter der Legalisierung jedoch zurück: Diese Behauptung sei schon vor Jahrzehnten widerlegt worden. Neuere Untersuchungen hierzu fehlen jedoch. Dass sich mehr junge Menschen durch das Rauchen von Joints auch an das Rauchen von Zigaretten gewöhnen könnten, spielt bei den bisherigen Diskussionen kaum eine Rolle. Man ahnt, dass die

Entscheidung für dieses Vorhaben unter dem Verweis auf „Chancen und Risiken“ als „alternativlos“ gilt. Hoffnungen auf bessere Geschäfte machen sich jetzt Firmen, die schon eine Lizenz für den Anbau von medizinischem Hanf von der staatlichen Cannabisagentur haben.

Mehr „Bekifft“ am Steuer

Auf dem Deutschen Ärztetag am 1. und 2. November 2021 wurde unter anderem vor den möglichen Folgen der legalen Abgabe von Cannabis für die medizinische Versorgung gewarnt. Aus mehreren Ländern würden Hinweise vorliegen, dass es danach zu einem Anstieg des Konsums von Cannabis sowie zu einer Zunahme cannabisbedingter Notaufnahmen komme. Auch zeige sich in diesen Ländern ein erhöhter psychiatrischer Behandlungsbedarf. Besonders gefährdet seien Jugendliche. Wer früh Hasch raucht, erhöhe sein Risiko für psychische Störungen.

Wenn schon eine Freigabe des Handels mit Cannabisprodukten erfolgen soll, dann nur an Erwachsene ab 21 Jahren. Der Behauptung „74.000 Tote jährlich durch Alkohol, 0 Tote durch Cannabis“ kann im Übrigen nur deshalb nicht widersprochen werden, da auch hierzu keine verwertbaren Untersuchungen vorliegen. Eine im November letzten Jahres veröffentlichte Studie aus Kanada ergab jedoch, dass Cannabis-Konsumenten im Vergleich mit Menschen, die nie Cannabis konsumieren, ein fast doppelt so hohes Risiko haben, einen Herzinfarkt zu erleiden.

Laut Polizeigewerkschaft ist eine Kontrolle des Cannabis-Handels reines Wunschdenken. Trotz des Verbots, sich nach dem Konsum von Drogen ans Steuer zu setzen, sei mit einer Zunahme von Autofahrern unter Drogeneinfluss zu rechnen. Dadurch würden mehr Menschen unverschuldet zu Schaden oder gar zu Tode kommen. Der Nachweis kann jedoch nicht durch einen Atemtest erfolgen, sondern nur durch eine Blutuntersuchung oder eine Urinprobe. Dafür sind Polizisten aber weder ausgebildet noch zuständig. So werden also in Zukunft bei routinemäßigen Verkehrskontrollen bekifft, aber in ihrem Verhalten momentan unauffällige Autofahrer kaum erkannt und herausgefischt werden können.

PARK SANSSOUCI

Marode Aussicht von oben auf Frieden

Der Campanile der Friedenskirche von Potsdam war lange Zeit ein Sorgenkind – Spendenkampagne ermöglicht jetzt die Sanierung

Im Potsdamer Park von Sanssouci erinnert die Friedenskirche an die Schrecken des Krieges: jenen, den ein Autokrat aus dem Westen Europas, Napoleon, heraufbeschworen hatte. Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. ließ die Kirche ab 1845 als Symbol für den Frieden, den das orthodoxe Russland, das katholische Österreich und das protestantische Preußen als Heilige Allianz erreicht hatten, errichten.

Markantestes Objekt der Friedenskirche ist der im römischen Stil gebaute, 42 Meter hohe Glockenturm, der Campanile. 1850 vollendet, ist er heute durch Korrosionsschäden in seiner Substanz gefährdet. Doch dank einer von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (DSD) initiierten bundesweiten Spendenkampagne beginnt die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) jetzt mit der Turmsanierung.

Insgesamt sind etwas mehr als vier Millionen Euro für die Baumaßnahmen

erforderlich. Großzügige Unterstützung kam bereits von dem in Potsdam lebenden Fernsehmoderator Günther Jauch, der Hermann Reemtsma Stiftung und der DSD. Die SPSG hofft allerdings in Zukunft auf weitere Spenden.

Der nach dem Vorbild des romanischen Campanile der Kirche Santa Maria in Cosmedin in Rom entworfene Glockenturm mit den graziösen Dreierarkaden war schon länger ein bauliches Sorgenkind. Bereits 1905 musste man die mit den Außenwänden verbundenen Eisengussplatten durch massive Geschossebenen aus Stahlbeton verstärken. Doch auch dieses Trägersystem ist inzwischen marode. Geschädigt ist zudem das Mauerwerk. Die Sandsteinsäulen in den Rundbogenarkaden sind teils nicht mehr tragfähig und nur provisorisch gesichert.

Für die anstehenden Wiederherstellungsmaßnahmen wurde der Campanile eingerüstet. Die im September 2021 be-

gonnenen Gerüstarbeiten waren eine besondere Herausforderung, weil nur die östliche Turmseite frei steht. Die drei ver-



Ist bereits für die Sanierung eingerüstet: Der Turm der Friedenskirche

bleibenden Seiten mussten mit auskragenden Konstruktionen „schwebend“ über den unmittelbar anschließenden Dächern der umgebenden Gebäude erschlossen werden.

Zur Vorbereitung der Restaurierung der historischen – aus Schmiede- und Gusseisen bestehenden – Deckenkonstruktionen im Turminnenen müssen zunächst Freilegungsarbeiten ausgeführt werden. Danach folgt der Einbau eines Edelstahl-„Korsetts“. Das Turmdach wird instandgesetzt, dessen ornamentale Deckenverzierung im Inneren restauriert. Dies gilt auch für die verzierten gusseisernen Trageelemente und Treppenstufen sowie die applizierten Zinkgussornamente. Das aus vier – 1849 gegossenen – Bronzeglocken bestehende Geläut wird wie die Turmuhr mit den vier Zifferblättern repariert, das Turmkreuz wieder vergoldet.

2023 folgt in einem weiteren Bauabschnitt die Überarbeitung der gesamten

Ziegeloberflächen und der Austausch von schadhafte Vollziegeln und Terrakotta-Elementen. Die Verfugungen werden in den zu bearbeitenden und abgängigen Bereichen ergänzt. Ebenso wird die an der Ostseite des Turmes hervortretende Adikula mit dem Wandbild „Christus am Ölberg“ restauriert.

Eine wichtige Komponente der Sanierung ist der Einbau einer funktionstüchtigen Entwässerungsanlage für alle Turmebenen, deren Fehlen schon seit jeher die Ursache für die umfangreichen Schäden an den Eisenkonstruktionen war. Das bei Schlagregen durch die Turmöffnungen eindringende Regenwasser wird künftig durch erneuerte Abwasserrohre in den direkt neben der Kirche gelegenen Friedensteich abgeleitet.

Die Baumaßnahmen sollen voraussichtlich Anfang 2024 abgeschlossen sein – wenn hoffentlich wieder Frieden in Europa herrscht. SPSG/tws

● FÜR SIE GELESEN

Geschichte der Spionage

Jürgen W. Schmidt ist der produktivste Geheimdiensthistoriker Deutschlands. Er legte bislang elf Monographien, Aufsatzbände und Quelleneditionen zum Thema Geheime Nachrichtendienste vor. Nun erschien der zwölfte Band mit dem Titel „Spionage, Chiffren und chemische Kampfstoffe. Fallstudien und Dokumente aus 220 Jahren Geheimdienstgeschichte“. Dieser besteht aus drei Hauptteilen, wobei fünf der insgesamt 20 Beiträge von Schmidts Fachkollegen Mario Kandil, Hilmar-Detlef Brückner, Wojciech Skóra und Helmut Roewer stammen.

Eingangs geht es um Spionage beziehungsweise deren Abwehr, die Biographien von zwei Agenten namens Heinrich Pfeiffer und Wolfgang Gans Edler Herr zu Putlitz, die Aufklärung von Terrorakten sowie ein spektakuläres Kommandounternehmen der Wehrmacht zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Zweck des Letzteren bestand darin, die Giftgasvorräte im Chemiewerk Dyhernfurth nordwestlich von Breslau zu vernichten, bevor sie in die Hände der Roten Armee fielen. Das gelang auch, allerdings konnten sowjetische Geheimdienstler die unbeschädigten Anlagen zur Tabun- und Sarin-Produktion sicherstellen, was maßgeblich mit dazu beitrug, dass die UdSSR ihren Rückstand auf dem Gebiet der Chemiewaffenentwicklung aufzuholen vermochte.

Ansonsten reicht die zeitliche und inhaltliche Bandbreite des ersten Teils vom Attentatsversuch auf Napoleon Bonaparte mittels einer „Höllenschiffmaschine“ am 24. Dezember 1800, der durch den ebenso genialen wie brutalen Polizeiminister Joseph Fouché aufgeklärt wurde, bis hin zu markanten Fällen ausländischer Spionage in Russland zwischen 1990 und 2020.

Im anschließenden zweiten Teil werden die Themen Chiffrierung und Dechiffrierung behandelt. Ein Aufsatz widmet sich dabei dem Gebrauch von Verschlüsselungssystemen seitens der preußischen Innenverwaltung im Regierungsbezirk Bromberg. Danach kommt die Entzifferung britischer und französischer Marine-Depeschen zur Sprache, bevor dann von einem Coup des US-Geheimdienstes Central Intelligence Agency aus dem Jahre 1980 berichtet wird. Damals vermochte es die CIA, den KGB-Chiffriertelexperten Viktor Schejmw in den Westen zu schmuggeln, ohne dass der sowjetische Geheimdienst dies verhindern konnte.

Teil Drei des Buches besteht aus einer Sammlung von bisher unpublizierten Dokumenten zur Geheimdienstgeschichte – beginnend mit dem Bericht eines österreichisch-ungarischen Offiziers über russische Kriegsschiffe im Hafen von Dschibuti vom Februar 1905 und endend mit einigen Lagemeldungen, welche Auskunft über die Tätigkeit der deutschen Funkaufklärung an der Ostfront Ende 1944 geben.

Ansonsten ist Schmidts Buch auch insofern eine Fundgrube, als es auf 30 Seiten eine kritische Analyse aller Neuerscheinungen auf dem Gebiet der Geheimdienstgeschichte während der Jahre von 2016 bis 2020 bietet.

Wolfgang Kaufmann

Jürgen W. Schmidt (Hrsg.): „Spionage, Chiffren und chemische Kampfstoffe. Fallstudien

aus 220 Jahren Geheimdienstgeschichte“, Verlag Dr. Köster, Berlin 2021, gebunden, 415 Seiten, 29,95 Euro



BILDBAND DER WOCHE



Orte des Glücks

Wolf-Dietmar und Philipp Unterweger zeigen in Wort und Bild, wie man einen Bauerngarten plant, bepflanzt und den Ertrag erntet

FOTO: IMAGO IMAGES/MANFRED RUCKSZIO

Satt und glücklich macht ein Bauerngarten. Und tatsächlich wird sich jeder Gartenliebhaber an der Vielfalt und Schönheit der alten Gartentradition erfreuen. Bauerngärten leisten dank ihrer Biodiversität nicht nur einen wichtigen Beitrag zu einem gesunden Ökosystem, sondern auch zum Umwelt- und „Klimaschutz“.

Mit zahlreichen Bildern und Textmaterial zur Anlage und Pflege geben Wolf-Dietmar und Philipp Unterweger in der Neuauflage ihres erfolgreichen Ratgebers neben praktischen Anleitungen für den eigenen Garten auch einen allgemeinen Überblick zur Geschichte von Bauerngärten.

MRK



Wolf-Dietmar Unterweger/ Philipp Unterweger: „Bauerngärten. Glücksorte – biodivers und ertragreich“, stv Verlag, Graz/Stuttgart 2021, gebunden, 198 Seiten, 39,90 Euro

INTERNATIONALE JUSTIZ

Kriegsverbrechern auf der Spur

Carla del Ponte schildert ihre Arbeit als Chefanklägerin des Internationalen Gerichtshofs und als Vertreterin der UN-Kommission in Syrien

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Zahlreiche Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit würden wohl nie Gerechtigkeit erfahren, weil es zu oft am politischen Willen dazu fehle. Die Interessen der an Konflikten beteiligten Staaten sowie eine lähmende Bürokratie der UN behinderten eine Aufklärung der Verbrechen.

So lautet das bittere Fazit der Schweizer Juristin Carla del Ponte, die von 1999 bis 2007 Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag für die Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien sowie für den Völkermord in Ruanda war. Von 2011 bis 2017 war sie Mitglied einer UN-Kommission, die Menschenrechtsverletzungen in Syrien untersuchen sollte.

Das Jugoslawien-Tribunal bezeichnet del Ponte als Meilenstein im Völkerrecht. Schließlich gelang es, von 161 angeklagten Personen 84 zu verurteilen, der Kriegsverbrecher Slobodan Milošević konnte gestoppt werden. Das Tribunal war dazu gedacht, alle Kriegsverbrechen zu ahnden und nicht nur die einzelner Personen oder Kriegsparteien. Als del Ponte gegen die NATO wegen der 1999 gegen Serbien geführten Luftangriffe ermittelte, bei denen diese wissenschaftlich Zivilisten beschoss, musste sie feststellen, dass Dokumente vernichtet und ihre Ermittlungen behindert wurden.

Schlimmer noch kam es, als del Ponte der Straflosigkeit im Völkermord durch die Huti-Rebellen in Ruanda ein Ende setzen wollte. Es konnten zwar von 93 Personen

62 verurteilt werden, doch als sie hartnäckig darauf bestand, auch Tutsis, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Hutis begangen hatten, vor Gericht zu bringen, wurde sie nicht nur gestoppt, sondern sie verlor auch ihren Posten als Chefanklägerin. Hintergrund war, dass die Strafverfolgung den politischen Zielen der USA, die die Tutsis unterstützen, zuwiderlief.

Vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte wurde Del Ponte ab 2011 in Syrien eingesetzt. Sie schildert die Hintergründe für den Ausbruch des Bürgerkriegs und den Stellvertreterkrieg, der dort geführt wird. Ihren Einsatz in Syrien sieht sie als Kampf gegen Windmühlen. Hier wiederholte sich, was sie bereits in Ruanda erlebt hatte. Wie sie schreibt, wurden Kriegsverbrechen ausnahmslos von allen in Syrien beteiligten Parteien begangen, doch gegen die der amerikanischen Verbündeten durfte sie nicht vorgehen. Die Kommission sei eine reine Alibi-Veranstaltung, die dem UN-Sicherheitsrat Berichte vorlegt, woraufhin nichts geschehe. 2017 beschloss sie, der Kommission den Rücken zu kehren. Der UN stellt del Ponte ein Armutszeugnis aus.



Carla del Ponte: „Ich bin keine Heldin. Mein langer Kampf für Gerechtigkeit“, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2021, broschiert, 176 Seiten, 18 Euro

WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Wie große Firmen unser Land prägten

Joachim Mohr und Eva-Maria Schnurr stellen wichtige familiengeführte Unternehmen vor, die bis heute für Deutschland eine Rolle spielen

VON DIRK KLOSE

Die Wirtschaft ist unser Schicksal“, schrieb Walther Rathenau, als er noch AEG-Vorsitzender war. In der Tat, „brummt“ die Wirtschaft, geht es auch dem Land gut. Der Satz „Die Schloten rauchen wieder“ bekundete ab 1950 spürbare Erleichterung über ein Ende der allgemeinen Not. Bis heute wird die deutsche Wirtschaft keineswegs nur von börsennotierten Unternehmen bestimmt. Wie die beiden Autoren Joachim Mohr und Eva-Maria Schnurr in ihrem sehr lesenswerten Buch über „Deutsche Wirtschaftsdynastien“ zeigen, wird mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung von Familienunternehmen erbracht.

Ein Autorenteam von Professoren und „Spiegel“-Redakteuren porträtiert Unternehmerfamilien wie Thurn und Taxis (Post), Warburg (Banken), Reclam (Verlag), Bosch (Energie, Anlagenbau), Bayer (Chemikalien), Porsche (Automobil), Brenninkmeijer (C&A/Textilien) und Würth (Befestigungen). Bei einem Unternehmen reicht die Geschichte 500 Jahre (Coatinc Company in Siegen), bei einem anderen über 300 Jahre (Merck in Darmstadt) zurück, fast alle sind wenigstens 100 Jahre alt.

Zwei Kapitel gehen über die Geschichte der Krupps und der Thyssens. Weitere Kurzporträts gelten den Albrecht-Brüdern (Aldi), Oetker, Jägermeister, Henkel (Persil), Miele oder auch der kleinen, aber weltbekannten Familie Steiff, deren Plüschbär PB 55, ab 1906 als Teddybär verkauft, bis

heute ein Hit ist. Eingeschoben sind mehrere Interviews mit Wirtschaftshistorikern zur geschichtlichen Rolle von Familienunternehmen, zum Thema Zwangsarbeit und zur Frage, wie Generationenübergänge heute ablaufen.

Wer nicht kapitalismuskritisch ist, wird den einzelnen Geschichten mit einer gewissen Bewunderung folgen, wie sich unternehmerischer Wagemut, persönliche Disziplin, familiärer Zusammenhalt, Augenmaß für das Mögliche und zugleich Weitblick für technologische Neuerungen paarten. Scheinbar alle menschlichen Eigenschaften zeigen sich: humanitäres Engagement eines Robert Bosch, philanthropisch geprägtes Mäzenatentum eines Reinhold Würth, Technikbesessenheit bei Ferdinand Porsche oder schieres Machtstreben bei Günther Quandt.

Es gefällt, dass kurz der heutige Stand des Unternehmens (Umsatz und Gewinn, Mitarbeiter, Geschäftsfelder) aufgeführt wird. Was fehlt, sind weitergehende Informationen etwa darüber, wie die „Ehe“ von Krupp und Thyssen zur heutigen Thyssen-Krupp AG erfolgte.

Joachim Mohr/Eva-Maria Schnurr (Hg.): „Das Geheimnis des Erfolgs. Deutsche Wirtschaftsdynastien und ihr Weg zu Macht und Weltruhm“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2021, gebunden, 256 Seiten, 20 Euro



UKRAINEKRIEG

„Wir müssen uns auf Flüchtlingsströme vorbereiten“

Erklärungen von Vertriebenenverbänden und Aussiedlerbeauftragten zum Ukraine-Krieg

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Das Verhalten Russlands gegenüber der Ukraine ruft viele Reaktionen hervor. Nicht nur der BdV und der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, sondern auch das Zentrum gegen Vertreibung, die OMV und die Beauftragten der Länder für Aussiedler und Vertriebene äußern sich besorgt zu diesem Thema. Hier nun, teils gekürzt, einige der vielen Reaktionen.

Die gemeinsame Stellungnahme der Beauftragten der Länder für Aussiedler und Vertriebene

Der 24. Februar 2022 ist seit dem Zweiten Weltkrieg einer der dunkelsten Tage in Europa. Mit größter Bestürzung und tiefer Anteilnahme für die Leidtragenden haben wir die kriegerische Eskalation in der Ukraine zur Kenntnis genommen.

Millionen unschuldige Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, sehen sich völlig unvermittelt einer tödlichen Bedrohung gegenüber. Infolge dieser Entwicklung sind sie von Flucht und Vertreibung betroffen. Angesichts der erschütternden Bilder von Krieg und Flucht, die uns gegenwärtig aus der Ukraine erreichen, rufen wir eine der wichtigsten Aufforderungen aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 ins Gedächtnis: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“

Als Beauftragte der Länder für Aussiedler und Vertriebene hätten wir nicht für möglich gehalten, dass dies im Europa des 21. Jahrhunderts geschieht. Ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Vertreibung der Deutschen aus Ost-, Osmittel- und Südosteuropa erleben wir in Europa eine Rückkehr von Krieg, brutaler Machtpolitik und damit verbunden Angst, Elend und Heimatverlust der von diesem Krieg Betroffenen. Eingedenk der Folgen, die Krieg, Leiden, Flucht und Vertreibung für die Menschen mit sich bringen, verurteilen wir entschieden diejenigen, die dafür verantwortlich sind. Wir fordern die Menschen in unserem Land auf, die Menschen, die nun als Geflüchtete und Vertriebene zu uns kommen werden, nach Kräften zu unterstützen und alles dafür zu tun, ihr Leid zu mindern. Sie verdienen – wie auch die Heimatvertriebenen vor gut 75 Jahren – unsere volle Solidarität und Empathie und sind uns von Herzen willkommen.

Aufruf zur Solidarität

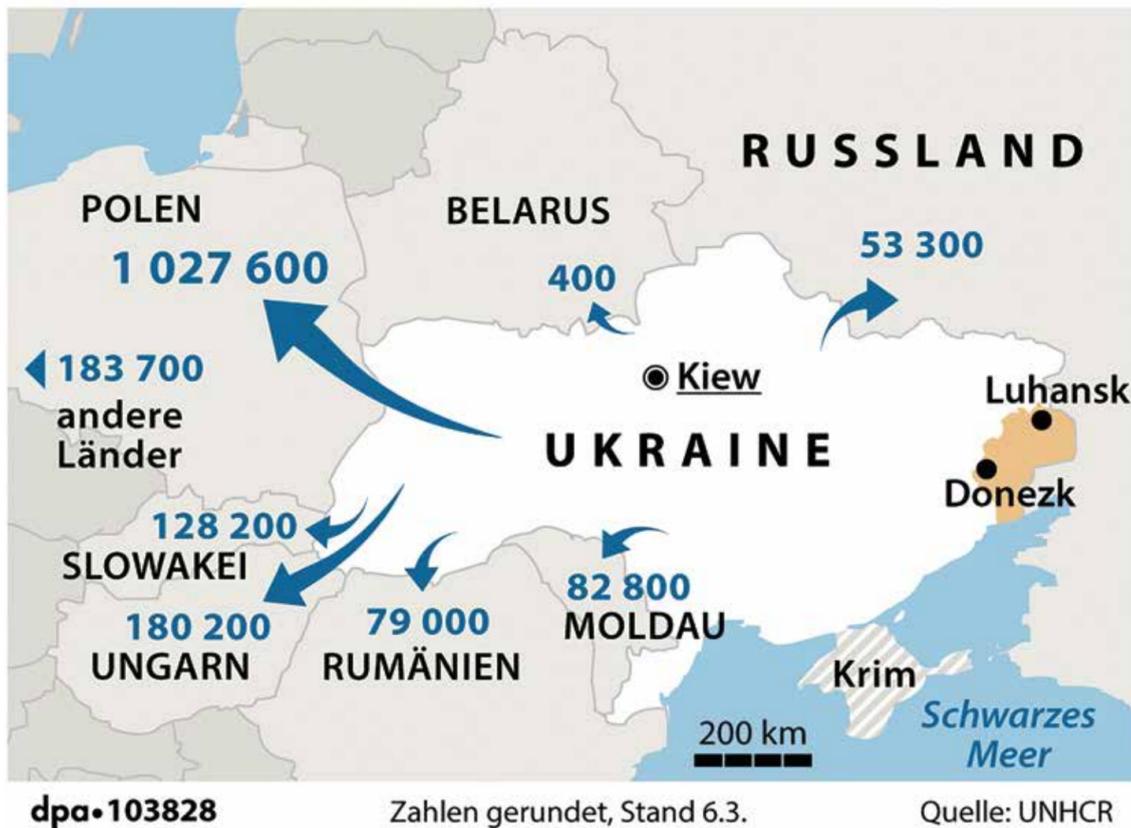
Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Bundesbeauftragter Fabritius

verurteilt Ausgrenzung und Diskriminierung: Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine macht uns alle fassungslos und wütend. Als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten werden mir aus der Gruppe der Russlanddeutschen vermehrt Informationen zugezogen, wonach Spätaussiedler – aufgrund irrtümlicher und falscher Zuordnungen als Russen – sowie deren Familienangehörige unterschiedlicher ethnischer Herkunft Ausgrenzungen und Diskriminierungen erfahren. Das verurteile ich entschieden und rufe zu Solidarität und zu Empathie auf!

Flucht aus der Ukraine

1,74 Mio. Menschen geflüchtet

Separatistengebiete von Russland annektiert



1,74 Millionen : Am 6. März waren es bereits so viele geflüchtete Menschen aus der Ukraine Zahlen gerundet, Stand 6.3. Quelle: UNHCR Foto: pa

Abgesehen davon, dass ein freiheitliches, demokratisches und rechtsstaatliches Gemeinwesen jeglicher Diskriminierung – unter anderem aufgrund von Herkunft – entgegenwirken soll, sollten wir als Gesellschaft auch daran denken, dass die Deutschen aus Russland unsere Landsleute sind. Sie und auch ihre Familienangehörigen gehören zu uns! Der völkerrechtswidrige Krieg in der Ukraine geht weder von ihnen, noch von ihren in Russland oder den anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion verbliebenen Angehörigen aus!

Als Anwalt und Ombudsmann insbesondere für die rund 2,5 Millionen hier lebenden Russlanddeutschen ist es mir wichtig zu betonen, dass Spätaussiedler Statusdeutsche gemäß Artikel 116 Grundgesetz sind. Unsere Verantwortung erstreckt sich auch auf die rund 400.000 noch in der russischen Föderation lebenden deutschen Landsleute. Die Verantwortung Deutschlands für diese Menschen ergibt sich aus ihrem historischen Kriegsfolgenschicksal im Zuge des Zweiten Weltkrieges. Viele Russlanddeutsche und ihre Vorfahren wurden bereits vor der Aufnahme in unser Land aufgrund ihrer Verortung im deutschen Kulturkreis pauschal benachteiligt. Umso schmerzlicher und ungerechter ist eine pauschalisierende Falschadressierung hierzulande, in ihrer historischen Heimat. Lassen Sie uns mit dem guten Beispiel des gegenseitigen Respekts und der Toleranz vorangehen!



Der 24. Februar 2022 wird als Tag des Überfalls Russlands auf die Ukraine und damit als Zeitenwende in der europäischen Geschichte eingehen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Stiftung Zentrum gegen Ver-

treibungen, Christian Wagner: Mit großer Sorge und Entsetzen nehmen wir die kriegerischen Ereignisse zwischen Russland und der Ukraine zur Kenntnis. Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf einen souveränen demokratisch verfassten europäischen Staat aus reiner Machtpolitik markiert einen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte. Krieg als Mittel der Politik, wie wir ihn jetzt erleben, ausgelöst durch einen Diktator, der die Grenzen der früheren Sowjetunion wiederhergestellt haben will, haben wir uns alle nicht mehr vorstellen können. Zugleich sehen wir mit großer Sorge, wie nahe uns der Krieg gekommen ist. Lemberg, das Florenz des Ostens, liegt nur 924 Kilometer von Berlin entfernt.

Für die deutschen Heimatvertriebenen werden schreckliche Erinnerungen an das eigene Schicksal 1944/45 wach. Vorrückende russische Panzer, Explosionen, das ferne Donnern der Artillerie und Gewehrschüsse aus nächster Nähe, Luftangriffe und die Angst vor dem Tag danach, die Angst überrollt zu werden und die Angst vor einer Besatzungsmacht: Alles das kennen die deutschen Vertriebenen aus eigenem Erleben und fühlen und leiden mit der ukrainischen Bevölkerung. Schon jetzt befinden sich 100.000 Menschen innerhalb der Ukraine auf der Flucht, das UNHCR berichtet von „eindeutig erhebliche Vertreibungen im Land“ und „Bewegungen Richtung Grenzen und ins Ausland“. Während die ukrainische männliche Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren zu den Waffen gerufen worden ist, haben sich viele Alte, Frauen und Kinder auf den Weg gemacht.

Flucht, Vertreibung und Heimatverlust sind neben dem unsäglichen Leid des Krieges im Allgemeinen Unrechtstatbestände, die von einer Zivilgesellschaft niemals akzeptiert werden dürfen. Wir müssen weiter daran arbeiten, Konflikte nicht

mit Gewalt, sondern im Dialog zu lösen. Als Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen setzen wir uns gegen Menschenrechtsverletzungen ein und erklären uns aus der Erfahrung des eigenen Erlebens mit den Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich machtlos einem schrecklichen Schicksal ausgesetzt sehen, solidarisch.

Freies und geeintes Europa bleibt wichtiger Auftrag.

BdV verurteilt russischen Angriffskrieg – Spätaussiedleraufnahme wird erleichtert. Der russische Angriff auf die Ukraine, erklärt BdV-Präsident Bernd Fabritius, ist durch nichts zu rechtfertigen und erschüttert jeden friedliebenden und freiheitlich denkenden Menschen.

Angesichts der Bilder von Krieg und Flucht und der Hilferufe, die uns aus der Ukraine erreichen, rufen die deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler einen der wichtigsten Aufträge aus ihrer Charta von 1950 ins Gedächtnis: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“ Diesem Auftrag bleiben wir verpflichtet und sind überzeugt, dass die meisten Menschen in Europa – auch in Russland und der Ukraine – ohne Furcht und Zwang miteinander leben können und wollen. Darauf ist die Verständigung auf der Ebene von Mensch zu Mensch von jeher ausgerichtet. Darauf muss auch das politische Handeln ausgerichtet bleiben.

Aus eigener Erfahrung von Flucht und Vertreibung, von Heimatverlust, Deportation und Zwangsarbeit fordern wir dazu auf, die Zivilbevölkerung der Ukraine vor humanitären Katastrophen zu schützen und politisch motiviertes Unrecht un-

nachgiebig zu verfolgen. Hier muss auch Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden.

Dazu trägt die gute, richtige und vor allem schnelle Entscheidung der Bundesregierung bei, im Sinne eines Härtefallverfahrens die Aufnahme deutscher Spätaussiedler aus den Kriegs- und Krisengebieten zu erleichtern. Noch heute leben rund 33.000 ethnische Deutsche auf dem Gebiet der Ukraine. Wer nach Deutschland kommt und die Voraussetzungen für die Aufnahme erfüllt, kann seinen Antrag mündlich in Friedland stellen. Wichtig ist, dass nicht gleichzeitig eine Aufnahme als Flüchtling beantragt wurde.

Russland bricht internationales Völkerrecht



Zur aktuellen Lage des Russland-Ukraine-Konfliktes erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas: Die Anerkennung der Separatistengebiete in der Ukraine und deren Besetzung durch Russland ist ein Bruch des internationalen Völkerrechts. Auch die Sicherheitsinteressen Russlands rechtfertigen keine Begründungszirkel, mit denen letztlich sogar die Souveränität der gesamten Ukraine – und weitergedacht auch anderer Staaten – in Frage gestellt werden kann. Das ist der Weg in einen Krieg.

Die deutsche Bundesregierung, Europa und die internationalen Partnerschaften sind jetzt gefordert, Russland mit geeigneten Mitteln an den Verhandlungstisch zurückzuholen. Dies ist der Moment, sich in aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, welche tiefen Wunden durch Kriege und militärische Konflikte, durch Diktaturen und Kalten Krieg im 20. Jahrhundert auch in Europa gerissen wurden – und dass es immer wieder die Zivilbevölkerung ist, die darunter zu leiden hat.

Aus der gemeinsamen Geschichte Europas folgt doch für jeden Menschen zwingend, dass Frieden und Freiheit die höchsten Werte sind, die es zu verteidigen gilt. Schon 1950 haben die deutschen Vertriebenen daher in ihrer Charta ein geeintes Europa, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können, zu einem ihrer wichtigsten Ziele erklärt. Dies muss auch im aktuellen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine – und in Zukunft – das Ziel all unserer Bemühungen bleiben.

Auf Flüchtlinge vorbereitet sein



Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf zeigt sich von den aktuellen Entwicklungen in der Ukraine sehr betroffen: „Erstes Opfer des Krieges ist immer die Menschlichkeit. Krieg ist immer eine humanitäre Katastrophe. Deswegen müssen wir jetzt besonders die humanitäre und soziale Situation in den Blick nehmen. Meine Gedanken sind bei den Menschen vor Ort und den Menschen mit ukrainischen Wurzeln, die in Bayern leben und Sorge um ihre Angehörigen haben. Wir stehen Euch bei und sind solidarisch!“

Scharf hat sich heute umgehend mit den bayerischen Wohlfahrtsverbänden ausgetauscht und unterstreicht: „Wir müssen uns auf Flüchtlingsströme vorbereiten und besonders Kinder, Jugendliche, ältere und kranke Menschen sowie Menschen mit Behinderung in den Blick nehmen. Wir lassen die Menschen in der Ukraine nicht allein. Der Bund ist hier gefordert, finanziell zu unterstützen und Hilfsmaßnahmen zu koordinieren.“

● AUFGESCHNAPPT

Die Bäckereikette Armbruster aus dem badischen Schutterwald, die sich als „Familienunternehmen mit Werten“ versteht, wollte ganz vorn dabei sein – in der Front derer, die Putins Krieg gegen die Ukraine zum Anlass nehmen, pauschal alles Russische zu verdammen und dabei vor keiner unreflektierten Peinlichkeit zurückschrecken. An all ihre „Back-Shops“ erging ein Schreiben, wonach „aufgrund der momentanen Situation“ der „Russische Zupfkuchen“ sowie die „Russische Zupfschnitte“ nunmehr ohne den Zusatz „Russisch“ angeboten werden sollten. Das Ganze kam schlecht an und wurde zurückgezogen. In der flankierenden Erklärung heißt es, man habe „Solidarität zum Ausdruck bringen“ wollen, wisse aber nun, „dass das der falsche Weg war“, man stehe für „Offenheit“ und „Vielfalt“. Nie sei es Absicht gewesen, „Russinnen und Russen rassistisch zu begegnen“. Im Überschwang der Kehrtwende hat Armbruster gleich den nächsten Unsinn in die Welt gesetzt – oder sind Russen neuerdings eine Rasse? *E.L.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Bundeswehrgeneral Hans-Lothar Domröse beschreibt gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (7. März) Putins schwierige Lage:

„Das ist ein Partisanenkrieg der allergrößten Art. Das ist ein Afghanistan 2.0, was er (Putin) erlebt. Die ergeben sich nicht, ganz offensichtlich – und das ist wohl auch richtig. Das ist ein Fass ohne Boden. Das ist kein easy win (leichter Sieg) für ihn. Das wird fürchterlich.“

Miriam Lübke findet es überhaupt nicht verwunderlich, dass viele Deutsche den Ukraine-Flüchtlingen mit größerer Sympathie begegnen als jenen Asylsuchern, die vor allem seit 2015 ins Land strömten. Auf „Ansa.org“ (7. März) schreibt sie:

„Wer könnte es uns verdenken, wenn wir mit Sympathie darauf reagieren, dass die ukrainischen Männer sich an die alte Seemannsregel ‚Frauen und Kinder zuerst‘ halten – während Gäste aus anderen Regionen der Welt zwar von ihrer Männlichkeit sehr überzeugt sind, daraus aber offensichtlich den Schluss ziehen, man dürfe Weib und Kind ruhig in Armut und Kugelhagel zurücklassen? Statt ihre Familien in Sicherheit zu bringen, verbreiten sie bei uns lediglich ihr Frauenbild.“

Nach seiner Rückkehr von einer England-Reise wundert sich Ramin Peymani umso mehr über das fortdauernde Corona-Regiment in Deutschland. Auf seinem Blog „peymani.de“ (7. März) schreibt er:

„Während rings um Deutschland herum zumindest beim Thema Corona inzwischen beinahe alle Staaten lockerlassen, hat sich die Bundesregierung offenbar in den Kopf gesetzt, immer neue Gründe zu erfinden, warum die Knechtschaft noch nicht enden darf ... Weltweit ist es etablierter Wissenschaftsstandard, dass spätestens seit Omikron die sogenannten Inzidenzen keine Rolle mehr spielen.“

Der Ökonom Thomas Straubhaar sieht Parallelen zwischen illusionärem Pazifismus und dem neu erwachten, realitätsfernen Glauben an staatswirtschaftliche Konzepte, die Wohlstand und Freiheit zersetzen. Daher mahnt er in der „Welt“ (8. März):

„Das brutale Aufwachen aus naiven Träumen hat völlig richtigerweise zu einer massiven Aufwertung der Bundeswehr geführt. Gleiches muss nun mit der Marktwirtschaft passieren. Sie muss nicht nur gegen Feinde von außen verteidigt werden, sondern auch gegen Missmut und Misstrauen im Innern.“

● WORT DER WOCHE

„Es ist Putins Krieg, aber ihr Vorteil. Es gilt das Motto des Militärstrategen Sunzis, das er in ‚Die Kunst des Krieges‘ so beschrieb: ‚Die höchste Kunst ist es, den Gegner zu besiegen, ohne zu kämpfen.‘“

Gabor Steingart wirft im „Focus“ (8. März) einen Blick auf die Position Chinas im Ukraine-Krieg

DER WOCHENRÜCKBLICK

Von wegen „aufgewacht“

Wie sich die Welt der Phrasen gegen die Wirklichkeit stemmt, und was der Staat nicht können will

VON HANS HECKEL

Der Krieg hat uns wachgerüttelt, sagen jetzt alle. Aber stimmt das überhaupt? Wir bleiben skeptisch. Vergangene Woche hatten wir bereits Karl Lauterbach beim Weiter-schlafen erwischt. Er döst in seinem Corona-Gehege und fürchtet sich vor allem davor, dass die Flüchtlinge nicht artig geimpft sein könnten. Hoffentlich erfährt keiner der aus Krieg und Chaos Entkommenen, was einem deutschen Minister Sorgen macht.

Doch Lauterbach schnarcht nicht allein. Sein Kabinettskollege im Landwirtschaftsressort, Cem Özdemir, will sich ebenfalls nicht aus seiner wohligen Ruhe reißen lassen.

Mit dem Ausfall der ukrainischen Weizenexporte droht in Teilen der Welt eine Hungersnot (siehe Seite 7). Aus der Agrarwirtschaft kommt daher die Forderung, energisch gegenzusteuern.

Und zwar so: Bislang bekommen Bauern in der EU nur Subventionen, wenn sie einen Teil ihrer Felder brachliegen lassen oder Ökolandbau betreiben. Warum? Weil beides die Erträge drückt, was dann staatlicherseits ausgeglichen werden muss. Um nun den Ernteausfall, der durch den Krieg entsteht, auszugleichen, müsse in der EU so viel produziert werden, wie irgend geht, lautet der Vorschlag aus der Agrarbranche. Doch davon will Minister Özdemir nichts wissen: Es sei ein „Holzweg“, die besondere Förderung für umweltfreundliche Produktion zurückzudrehen. Heißt: Die Brachen sollen bleiben. „Aufgewacht“ hört sich das nicht an. Ernährungs-krise? Wozu gibt's Hungertücher?

Gut, der Mann ist Grüner. Pragmatismus und wirtschaftlichen Sachverstand haben wir da noch nie erwartet. Muss auch nicht sein, dafür haben wir in der Ampel schließlich die Liberalen. Dachten wir.

Wir müssen umdenken: FDP-Chef Lindner will die Bedrohung unserer Energieversorgung mit noch mehr erneuerbarem Wackelstrom parieren, den er – wir haben uns nicht verhört! – „Freiheitsenergie“ nennt. Tiefer kann man eigentlich nicht drinstecken im wolkigen Denken der Vorkriegs-Bundesrepublik, wo jede hässliche Wirklichkeit mit einer pathetischen Phrase hinfortgesungen werden konnte.

Allerdings lässt sich die Wirklichkeit immer schlechter hinter den Phrasenwolken verstecken, wenn sie mit solcher Wucht ins

Licht drängt, wie dies gerade der Fall ist. Das schmerzt besonders, wenn wir erkennen müssen, dass es zum Umkehren Richtung Realität bereits zu spät ist.

Wie bei der Atomenergie. Die drei letzten Meiler, die Ende dieses Jahres vom Netz gehen, sollten lieber in Betrieb bleiben, hören wir aus mancher Ecke. Klingt gut, geht aber wohl nicht mehr: Die AKW hätten nur noch Brennstäbe für drei bis sechs zusätzliche Monate. Außerdem fehle es an qualifiziertem Personal, da von den bisherigen Kraftwerksmitarbeitern viele zum Ende der Laufzeit ihres Arbeitsplatzes in den Ruhestand gingen, heißt es von den Betreiberkonzernen. Neue Kräfte einzuweisen dauere bis zu einem Jahr, da die Einarbeitung bei jedem Meiler speziell sei und man nicht einfach jemanden von woanders versetzen könne.

Wie wir es vermutet hatten: Angela Merkel hat in ihrer langen Amtszeit etliche Minen mit Zeitzunder vergraben, die uns erst nach ihrem Abschied aus dem Amt um die Ohren fliegen. Die abrupte Flucht aus der Kernenergie 2011 war so eine. Jetzt geht es hoch. Mal sehen, was als nächstes explodiert.

Was noch wichtiger ist

Unterdessen hat sich auch „Fridays for Future“ in die Bewegung gegen den Ukraine-Krieg eingeklinkt. Was der Abwehrkampf der Ukrainer gegen die russischen Truppen mit Klimaschutz zu tun hat? Haben wir uns auch gefragt. Wir müssen aber bedenken: Schon die Corona-Geschichte hat „FFF“ über zwei Jahre fast gänzlich die Show gestohlen. Da wollte man wenigstens jetzt wieder dabei sein. Und das alte Erfolgsrezept funktioniert noch: Verlege die Demo in die Schulzeit und Sorge dafür, dass dann alle, die kommen wollen, freibekommen. Und zwar nur die, die kommen wollen.

Die Hamburger Schulbehörde etwa hat verfügt, dass für jene, die nicht zur „FFF“-Demo gingen, die Beschulung sichergestellt sein müsse. Für einen Schüler klingt das fast wie eine Drohung: Wenn du nicht mitmarschierst, gibt's Mathe! So ehrlich die Empörung der Schüler über das Leid der Ukraine auch sein mag, die Mathe-Drohung hat der Demo-Teilnehmer sicher nicht geschadet.

Wenn das Grauen in der Ukraine ein hoffentlich baldiges Ende findet, können sich die „Kids“ wieder ihrem eigentlichen Steckpferd widmen und die Welt vor warmem

Merkel hat viele Minen mit Zeitzunder vergraben. Bei der Energiepolitik geht gerade eine hoch



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Wetter retten. Über einen neuen Fan sollten sie sich dann nicht wundern. Der schon genannte Christian Lindner hat deutlich gemacht, dass der Krieg auch seine Prioritäten nicht hat erschüttern können. Während wir noch über den Sonderfonds für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro staunten, versprach der Finanzminister vergangenen Sonntag in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“, dass er in den nächsten Jahren sogar die doppelte Summe für den „Klimaschutz“ lockermachen werde.

Wo nehmen die nur das ganze Geld her? Steuererhöhungen will der Lindner ja nicht, also werden sie es „drücken“ müssen. Das erhöht zwar nicht die Steuern, lässt aber den Geldwert verfallen und schmilzt die Ersparnisse und Altersvorsorgen der Deutschen weg. Indes: Das mit dem Verzicht auf Steuererhöhungen ist ein bisschen geflunkert.

Wenn der Geldwert abrutscht, steigen in der Regel die Nominallöhne, und die Leute rutschen ganz von selbst in höhere Steuertarife. Die Erfahrung lehrt, dass das immer nur zum Teil durch nominale Steuersenkungen ausgeglichen wird. Steuersenkungen, die real gar keine sind, weil sie ja nur die inflationsbedingte Steuererhöhung teilweise ausgleichen. So kann sich der Chef der Freien Demokraten als generöser Steuersenker feiern lassen, während er mithilfe der Inflation die realen Steuern in Wahrheit immer weiter anhebt. Politik will eben gelernt sein! Und auf „liberal“ machen erst recht.

Knifflig wird es für einen wie Lindner nur, wenn die Tricks nicht helfen und er gezwungenermaßen Klartext reden muss. Neulich in der „Bild“ haben sie ihn gefragt, ob man den Bürgern nicht etwas von der Last der explodierenden Energiepreise abnehmen könnte. Lindner sagte dazu in erfrischender Offenheit: „Der Staat kann das nicht auffangen. Es wird einen volkswirtschaftlichen Wohlstandsverlust geben. Man kann das übersetzen, dass wir alle ärmer werden.“

Der Staat, der 200 Milliarden für den „Klimaschutz“ aus dem Hut zaubert, kann da, wo es um die Bürger geht, „nichts“ auffangen, sondern gibt den Gerupften nur die Botschaft mit auf den Weg, dass sie eben „ärmer werden“. Derselbe Staat, der über happige Energiesteuern und überhaupt die höchsten Steuern und Abgaben der Welt kräftig mithilft beim Verarmen seiner Insassen. „Schaden vom deutschen Volke wenden und seinen Nutzen mehren“? Du mich auch, Christian.